

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,00 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM für den Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2,50 RM, für das übrige Ausland 4 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsstelligen Nummern- und Zeichen 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (zweiwöchige 2-fache Wortlänge), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ersteinst täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

N O

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 5. Juli 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die berufliche und soziale Gliederung in Deutschland.

Das gewaltige statistische Material, welches die letzte Berufs- und Gewerbezahlung vom Jahre 1907 zusammengedrückt hat, ist nun endlich vom kaiserlichen Statistischen Amt verarbeitet worden. Soeben erschien der letzte Band der Berufsstatistik unter dem Titel „Die berufliche und soziale Gliederung des deutschen Volkes“. Wie aus allen früheren Veröffentlichungen geht auch aus ihm — nur noch viel leichter erkennbar — die ungeheuren Veränderungen in der deutschen Berufstätigkeit hervor. Einer rapiden Abnahme der landwirtschaftlich Tätigen steht eine ungeheure Zunahme der industriellen Arbeiter gegenüber. Diese Tatsache allein erhellt schon die Verdrängung der deutschen Wirtschaftspolitik, welche gänzlich auf die Interessen der Junker von Agrar und Galm eingestellt ist. Wie sich die Entwicklung abspielte, zeigt die folgende Tabelle. Es entfielen von je

100 männlichen Erwerbstätigen im Hauptberufe	100 weiblichen Erwerbstätigen im Hauptberufe
auf das Land auf die Stadt	auf das Land auf die Stadt
1907 40,7 59,3	57,6 42,4
1895 48,7 51,3	58,0 42,0
1882 57,3 42,7	65,4 34,6

Während im Jahre 1882 noch etwas über zwei Fünftel aller männlichen Erwerbstätigen in den Städten beschäftigt waren, dagegen nicht ganz drei Fünftel auf dem Lande, hat sich nun das Verhältnis genau umgekehrt. Noch riesiger aber schnellte die Zahl der männlichen Arbeiter in den Großstädten herauf, von ein Dreizehntel der von der Statistik erfaßten im Jahre 1882 auf ein Siebentel im Jahre 1895 und ein Fünftel bei der letzten Zählung. — Die weibliche Erwerbstätigkeit hat ihre Schwergewichte jetzt noch auf dem Lande; dies verkehrt sich aber auch schon mehr und mehr in die Stadt. Etwas über zwei Fünftel aller weiblichen Arbeitskräfte waren 1907 in Städten tätig, gegen gut ein Drittel im Jahre 1882. Rapide nimmt die Zahl jedoch in den Großstädten zu, und zwar stieg sie gegen 1882 um rund 110 Proz.

Die Zahl der im Hauptberufe erwerbstätigen Frauen ging ganz gewaltig in die Höhe. Ihre Zunahme übertrifft bei weitem die der Männer. Dies zeigt die folgende Aufmachung. Es wurden Erwerbstätige ermittelt:

	auf dem Lande		in der Stadt	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1907	7 555 600	4 750 561	11 028 255	8 492 987
1895	7 544 836	3 052 442	7 061 646	2 211 951
1882	7 659 196	2 783 636	5 718 709	1 476 467

Das ist der Erfolg der Junkerwirtschaft in den 25 Jahren, welche von den drei Zählungen erfaßt wurden! Durch außerordentliche Erhöhung aller Lebensmittelpreise, die die Preise sämtlicher Waren auf ungläubliche Höhen brachte, wurde der Arbeiterklasse der Profit immer höher gehängt und die Proletarierfrauen in die Fabrik und Werkstätten getrieben, zur harten Landarbeit gezwungen. Insgesamt wuchs die Zahl der Arbeiterinnen in Stadt und Land von 1882 bis 1907 um rund 94 Proz., von 1895 bis 1907 um rund 57 Proz. Dagegen nahm in den entsprechenden Zeiträumen die Zahl der männlichen Arbeiter nur um rund 39 Proz. resp. 20 Proz. zu. Das sind in der Tat vollwertige Beweise gegen die soziale Hebung des Deutschen Proletariats. Und sie gewinnen noch an Kraft, wenn man berücksichtigt, was von Amts wegen dazu gesagt wird:

Der natürliche Ablauf des menschlichen Lebens bedingt es, daß ein großer Teil der Bevölkerung dem Berufsleben fernstehen muß. Die Kräfte des Kindes wie des Greises und auch die in Haus- und Kinderpflege sich betätigenden Ehefrauen müssen möglichst der strenge beruflicher Arbeit überhoben sein!

Deshalb werden aber doch die „Kräfte des Kindes“ nicht geschont. Man ermittelt nämlich erwerbstätige Kinder im Alter von unter 14 Jahren

	insgesamt	männliche	weibliche
1907	296 756	183 428	113 328
1895	181 459	120 437	61 022

Ganz besonders auffällig ist die Erhöhung der Zahl in industriellen Betrieben tätiger Kinder. Sie stieg von 37 319 im Jahre 1895 auf 60 094 im Jahre 1907! Genau läßt sich der wirkliche Umfang der Kinderarbeit, sowohl der haupt- wie der nebenberuflichen, gar nicht statistisch erfassen. Mit lakonischer Kürze, die aber nichtsdestoweniger Wände redet, meint der amtliche Bericht: „Zudem wird die Kinderarbeit vielfach vor den Behörden verheimlicht!“

Schätzungsweise sind die Nachweisungen über das Alter der hauptberuflich Erwerbstätigen. Sie bestätigen nur, was schon aus den Altersstatistiken der preussischen Gewerbeinspektoren hervorging, nämlich, daß die schwere aufreibende Arbeit im Dienste des heutzutage so vorzeitig die Lebenskraft zermürbt und zerrütet! Uebrigens geht das ja auch aus dem unheimlichen Anschwellen der Kranken- und Unfallziffern während der letzten Jahrzehnte hervor. Von je 100 im Hauptberufe Erwerbstätigen entfielen im Durchschnitt des Deutschen Reiches auf die Altersklassen von

bis 16 Jahren	1895		1907	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
16—20	5,7	8,0	5,9	8,1
20—30	12,0	19,0	11,5	16,2
30—40	26,1	27,9	26,6	26,3
40—50	20,9	13,6	22,2	16,7
50—60	15,8	12,1	16,4	14,1
60 u. mehr	19,5	19,4	17,4	18,6

Die Zahl der männlichen Arbeiter im Alter von 40 und mehr Jahren nimmt relativ ständig ab. Während im Jahre 1895 noch 35,3 Proz. der Gesamtarbeiter im Alter von 40 und mehr Jahren stand, so waren es 1907 nur noch 33,8 Proz. In den Großstädten liegen die Verhältnisse etwas günstiger, d. h. sie sind von 1895 bis 1907 nicht schlechter geworden als wie sie schon waren. Die Verhältniszahl der Arbeiter von über 40 Jahren zur Gesamtarbeiterzahl blieb während dieses Zeitraumes konstant und betrug 29,4 Proz. Daß hier keine weitere Verschlechterung eingetreten ist, darf man wohl nicht zu Unrecht auf das Konto der gewerkschaftlichen Organisationen bringen, die allmähliche Verkürzungen der Arbeitszeiten durchsetzen und dadurch den maßlosesten Raubbau an der Arbeitskraft etwas einschränken konnten.

Stark gewachsen ist von 1882 bis 1907 die Zahl derjenigen Selbständigen, die ohne jeden Beruf ihr Leben verbringen. Von eigenem Vermögen, Renten, Pensionen usw. lebten im Jahre 1907: 2 278 022 Personen gegen 1 288 484 im Jahre 1895. Ihre Zahl stieg also um rund 80 Proz.! Von Unterstützungen, als Studierende und Schüler, die nicht bei ihren Eltern wohnten, als Invaliden usw. lebten 1907 insgesamt 1 126 961 Personen gegen 854 324 im Jahre 1895. Das macht eine Steigerung von rund 32 Proz. aus. Die Statistik bemerkt zu dem mächtigen Anschwellen der Zahl der Rentner, Pensionäre usw.:

„Im ganzen läßt sich das Wachstum dieser Gruppe ebenso wie ein Zeichen der Entfaltung des nationalen Wohlstandes, als ein Beweis von der Bedeutung des Berufs bezeichnen, das Deutschland in der Arbeiterversicherung geschaffen hat!“

Diese Behauptung ist um so purziger, als die Zahl der Rentner im Alter von über 70 Jahren, die des Genusses der Altersrente teilhaftig sein könnten, relativ ganz gehörig abgenommen hat. Denn von der Gesamtzahl der Rentner, Pensionäre usw. entfielen auf die Altersklassen von über 70 Jahren 1895 rund 35,4 Proz., dagegen 1907 nur noch 29,2 Proz. —

Ueber den Umfang der Haupterwerbsgebiete und seine Entwicklung unterrichtet die nachfolgende Tabelle. Auch sie zeigt den riesenhaften industriellen und kommerziellen Aufschwung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten und den ebenso starken Rückgang der Bedeutung der Landwirtschaft für die Deutsche Volkswirtschaft. Von den hauptberuflich Erwerbstätigen nebst Angehörigen usw. zogen ihren Unterhalt aus den Berufsgebieten der:

	1907	1895	1882
Land- und Forstwirtschaft	17 681 176	18 501 307	19 225 455
Industrie	26 896 587	20 253 241	16 058 080
Handel und Verkehr	8 278 239	5 968 846	4 531 090
Persönliche Dienste	446 641	382 401	318 772
Lohnarbeit wechselnder Art	846 107	504 406	619 522
Defensiv. Dienste, freie Berufe	3 407 126	2 885 114	2 222 982
Beruflose Selbständige	5 174 708	3 327 069	2 246 222

Noch im Jahre 1882 entfielen 41,6 Proz. der Gesamtbevölkerung Deutschlands auf die Land- und Forstwirtschaft und nur 34,8 Proz. auf die Industrie, 9,4 Proz. auf den Handel und Verkehr. 1895 gestaltete sich das Verhältnis folgendermaßen: 35 Proz. gehörten zur Land- und Forstwirtschaft, 38,5 Proz. zur Industrie und 11 Proz. zum Handel- und Verkehrsgewerbe. Schon damals also hatte die Landwirtschaft an Bedeutung der Industrie zu weichen. 1907 zogen nur noch 28,4 Proz. der Erwerbstätigen mit ihren Familien ihren Unterhalt aus dem Dienste im agrarischen Kapital, dagegen 42,2 Proz. aus gewerblicher Tätigkeit in der Industrie und 12,8 Proz. aus solcher im Handel und Verkehr. Dieser wirtschaftlichen Entwicklung spricht die Tatsache hinzu, daß die ostelbischen Junker des schwachen Dreiklassenwahlrechtes nach wie vor die Herren in Preußen-Deutschland sind und hier die auf die Interessen des Agrarportemonnaies eingestellte Wirtschaftspolitik bestimmen.

Zur Ermittlung der sozialen Stellung der Erwerbstätigen gruppiert die Berufsstatistik drei Abteilungen, und zwar a) Selbständige, zu denen die Eigentümer von Unternehmungen, leitende kaufmännische und Betriebsbeamte, Direktoren, Administratoren usw., Handwerksmeister und Hausgewerbetreibenden gehören, b) Angestellte, d. h. die nicht leitenden technisch und kaufmännisch gebildeten Beamten, die Prokuristen, das Aufsichts- und Bureaupersonal usw., c) Arbeiter, als welche alle übrigen Hilfskräfte gelten. Auch die Handlungsgehilfen in Ladengeschäften, Verkäufer, Kommiss, werden in dieser Rubrik gezählt.

Die Berufszählung in den drei größten Berufsabteilungen gestaltete sich wie folgt. Es wurden gezählt

	Selbständige	Angestellte	Arbeiter
Land- und Forstwirtschaft	2 500 074	98 812	7 283 471
Industrie und Bergbau	1 977 122	686 007	8 593 125
Handel und Verkehr	1 012 122	505 909	1 959 525
Summa	5 489 298	1 290 728	17 836 121

Gegenüber 1895 nahm die Zahl der Selbständigen um 0,3 Proz., der Angestellten um 107,6 Proz. und der Arbeiter um 39,2 Proz. zu. In der Landwirtschaft verringerte sich die Zahl der Selbständigen um 2,6 Proz., was wohl auf die ständig zunehmende Latifundienbildung, das Vauernlegen, den Verkauf von Besitzungen durch die Großgrundbesitzer usw. zurückzuführen ist; die Zahl der landwirtschaftlichen Angestellten vergrößerte sich um 2,7 Proz., während die der Arbeiter um 29,4 Proz. anschwoll.

Von einschneidender Bedeutung sind die sozialen Veränderungen in der Industrie. Die Zahl der Selbständigen nahm um 4,1 Proz. ab, dagegen wuchs die der Angestellten um 160,1 Proz., und die Arbeiterzahl um 44,3 Proz. Das ungeheure Anwachsen der industriellen Beamtenschaft liegt in der modernen Betriebsorganisation begründet. Für zahllose Verrichtungen, die früher von einem einzelnen Beamten verrichtet wurden, werden jetzt besondere Angestellte beschäftigt, von denen jeder ein für allemal eine ganz bestimmte Funktion, die nicht mehr zu zerlegen ist, zugewiesen erhält. So sind z. B. für eine Reihe von Arbeiten, die früher der Werkmeister zu besorgen hatte, jetzt spezielle Angestellte tätig. Im Handel und Verkehr vergrößerte sich die Zahl der Selbständigen gegen 1895 um 20 Proz., die der Angestellten um 93,2 Proz. und die der Arbeiter um 58,9 Proz. Für die handels-gewerbliche Angestelltenzahl gilt übrigens genau dasselbe wie für die industriellen Beamten.

Trotz der enormen Zunahme der Angestelltenzahl seit 1895 wäre es falsch, daraus auf einen sich bildenden neuen „Mittelstand“ schließen zu wollen. Schon der Gedanke an die Gehälter, welche diese Angestellten meistens beziehen und die oft viel niedriger sind als die Löhne „gewöhnlicher“ Arbeiter, sollte vor einer solchen falschen Annahme warnen. Wenn es vielleicht auch bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein hat, als ob sich tatsächlich zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft eine neue, von dieser unterschiedliche Gruppe von Lohn- oder Gehaltsarbeitern bildete — auf die Dauer gibt es doch nur ein Hüben und Drüben: die selbständige Kapitalist — dort unselbständiges Lohnproletariat — ein Zweites kann nicht sein. Das gestatteten die immanenten Entwicklungs-gesetze des modernen Kapitalismus nicht.

Der Kriegsminister verabschiedet.

Herr von Heeringen hat nun unmittelbar nach Verabschiedung der Wehrvorlage gleichfalls seinen Abschied erhalten. In Anerkennung seiner großen Verdienste, so meldet das offiziöse Bureau, die er sich — man staune — durch „seine energische und erfolgreiche Vertretung der Wehrvorlage“ erworben haben soll, ist er zum Generalinspektor der 2. Armeeinspektion (Berlin) ernannt worden. Uebrigens ist ihm von Wilhelm II. zum äußeren Zeichen der Anerkennung „allerhöchst dessen Willnis in Oel“ verliehen worden.

Unter allen Kriegsministern, die Wilhelm II. bisher berufen, ist Herr von Heeringen unbestritten der allerschickteste gewesen. Die Eigenschaft, in den allerengsten Anschauungen des Gamaschendienstes befangen zu sein, teilten auch seine Vorgänger mit ihm; aber so unglücklich wie Herr von Heeringen hat noch keiner zu operieren verstanden. Die Rolle, die der Kriegsminister bei der Vertretung der Wehrvorlage gespielt hat, war die denkbar klüglicste. Wäre das Schicksal der Vorlage von der Art abhängig gewesen, wie sie der Kriegsminister zu vertreten verstanden, so wäre sie nie Geseh geworden. Das offiziöse Scherblatt drückte es noch mit äußerster Höflichkeit aus, wenn es meint, Herr von Heeringen sei ohne Zweifel vom Glück begünstigt gewesen; er habe keine besondere Mühe aufzuwenden gehabt, um das Geseh durchzuführen, weil die Ueberzeugung von dessen Notwendigkeit so weit und so stark verbreitet gewesen sei; sonst „wäre die Sache vielleicht anders gekommen“.

In der Tat: Wenn nicht sämtliche bürgerlichen Parteien von vornherein vom unerschütterlichsten Bewilligungseifer erfüllt gewesen wären, hätte die geradezu armselige Verteidigung der Vorlage durch den Kriegsminister auch die Gutgläubigsten stufig machen müssen. Aber das ist ja gerade das Charakteristische der Situation, daß alle Blamagen des Kriegsministers und alle den Parteien widerfahrenen Brüskierungen in die geschlossene Jägergarde des Bürgertums keine Verstehe zu legen vermochten. Der Rüstungswahnsinn hatte sie derartig befallen, daß sie trotz des Kriegsministers alles, alles bewilligten.

Es verlohnt nicht, bei den Ungehörlichkeiten des verflorenen Mannes noch lange zu verweilen; bei seiner blamablen Inszenierung der Firma Krupp und der anderen Prozentpatrioten vom Rüstungsmonopol, seinen Entgleisungen in Sachen der jüdischen Offiziersaspiranten, des Duellzwangs usw. „Ein solcher Mann gehört nicht in die Gesellschaftskreise des Offizierskorps“, donnerte damals die „Germania“. Zugleich freilich verführte das Zentrum, daß die Zentrumspartei die Wehrvorlagen auf jeden Fall bewilligen werde. Die Person des Herrn von Heeringen scheidet dabei aus, wie sie überhaupt aus der Leitung des Kriegsministeriums ausscheiden mußte. Der Befehl hat nun wirklich seinen Abschied erhalten. Aber hat damit etwa das Zentrum einen Triumph erforschten?

Der neue Kriegsminister, dessen Person noch nicht feststeht, wird vielleicht gleich den Einem und Bronsart von Schellendorf ein geschickter Debatter sein, aber sicherlich ein ebenso wackelhafter Reaktionsär, wie Herr von Heeringen. Bei der bedingungslosen Militärfrömmigkeit und beispiellosen Bewilligungsfreudigkeit unse-

res Bürgerthums hat es unser Militarismus ja auch nicht einmal nötig, auch nur in der Frage der jüdischen Offiziersaspiranten und des Duellzwangs irgendwelche Konzessionen zu machen!

Herr von Heeringen wird als Generalinspektor der 2. Armeeinspektion der Kadetten des Feldmarschals v. d. Golz, des „Reformators“ der türkischen Armee.

Der Krieg im vollen Gange.

Mit der Mobilisation der rumänischen Armee stehen sich jetzt an eine Million Männer in Waffen gegenüber, und nach den bisherigen Berichten verlaufen die Kämpfe noch blutiger, ist die Nordfront noch wilder als im Kriege gegen die Türkei. Der nationale und religiöse Fanatismus wird durch den langen Kriegszustand mit seinen verwildernden Einflüssen sowie durch den Ehrgeiz um Erfolg deranwachsender Militaristen und durch den Landhunger einflussreicher Bourgeoiskreise erst recht zur Siebehitze gebracht. Die große Zahl der Verluste, die vielen Vermundungen durch die blanke Waffe, die blutigen Vorgänge in Saloniki, die die Bulgaren mit der Partholomäusnacht vergleichen, legen davon ein nur zu bedrucktes Zeugnis ab.

Bei alledem ist der Krieg noch nicht formell erklärt, weil keiner der Gegner sich offiziell als der anfangende Teil kompromittieren will. Auch die Gefandten der einzelnen Gegner sitzen noch in den verschiedenen Hauptstädten und haben alle Hände voll zu tun, Protestnoten ihrer Regierungen zu überreichen, während draußen in Mazedonien die Armeen sich Schlachten liefern!

Da jetzt noch mehr als beim ersten Abschnitt des Balkankrieges fremde Kriegskorrespondenten vom Operationsgebiete ferngehalten werden, ist ein klares Bild über die militärische Situation kaum zu erlangen, da jede Partei sich natürlich den Erfolg zuschreibt. Durch die Mobilisation Rumäniens ist Bulgarien in eine schwierige Lage gekommen, da es einen nicht unbeträchtlichen Teil seiner Armee die Front gegen Norden nehmen lassen muß. Wenn es sich bestärkt, daß die Serben auf bulgarischem Gebiet schon bis Kistenkil, einer Station der Strecke Egre Kalanka—Sofia, gelangt sind und die Griechen von Saloniki aus Terrain gewinnen, dürfte die Lage Bulgariens ziemlich kritisch werden.

Nach Meldungen aus Rumänien ist die Stimmung recht österreichfeindlich, weil Oesterreich-Ungarn aus keinem Goh gegen Serbien herans Bulgarien zu weit entgegengekommen ist.

Natürlich lassen sich auch in Rumänien unsere Genossen nicht vom allgemeinen kriegerischen Laumel fortreiben. Trotz des chaotischen Rummels proklamieren sie in Bukarest für Freitagmorgen den Generalaufstand und veranstalteten Protestversammlungen gegen den Krieg.

Die Serben auf bulgarischem Gebiete.

Sofia, 4. Juli. Die Nachricht von einem Einfall der serbischen Truppen in bulgarisches Territorium im Departement Kistenkil bestätigt sich. — General Radts Dimitriew ist zum Gehilfen des Generalissimus ernannt worden.

Bulgarien reklamiert die Erfolge für sich.

Sofia, 4. Juli. (Meldung der „Agence Bulgare“.) Bis gestern mittag sind 25 Offiziere und 2000 Soldaten der serbischen Timok-Division mit sechs Feldgeschützen und zwei Gebirgsgeschützen zu Gefangenen gemacht worden. Die von den Serben unternommene Offensive zu dem Zwecke, dieser Division zu Hilfe zu kommen, sowie zwei heute nacht unternommene Angriffe gegen das bulgarische Zentrum sind mit großen Verlusten für die Serben zurückgeschlagen worden. Infolge der bisher unternommenen Angriffe, bei denen die Serben beträchtliche Verluste erlitten, ist die serbische Armee außerstande, irgendeine Aktion gegen die bulgarische Armee mit Erfolg zu unternehmen.

Auch die Serben wollen gesiegt haben.

Belgrad, 4. Juli. Die Stellung der Bulgaren bei Rajcevo Brdo nördlich von Kotschana (in Mazedonien), die mit hundert Geschützen besetzt war, ist von serbischen Truppen eingenommen und dadurch die Schlacht gewonnen worden. Die Bulgaren fliehen in der Richtung auf Kotschana.

Das Vordringen der Griechen.

Athen, 4. Juli. Beim Kriegsminister ist folgendes Telegramm des Generalquartiers eingegangen: Unsere Truppen sind in Nigrita eingedrungen. Sie fanden es von den Bulgaren in Brand gesteckt. Auf ihrer Flucht haben die Bulgaren die Einwohner von Nigrita massakriert, ebenso haben sie die Einwohner von Segdanza umgebracht.

Die klerikale Schulvorlage.

Brüssel, 1. Juli. (Sig. Bez.)

Die Schulvorlage der Regierung — eine neue und verschlechterte Ausgabe des begrabenen Schollaert'schen Entwurfes — will, wie jener einst, durch den obligatorischen Unterricht bestehen. Der Zwangsunterricht des Ministers Boulet ist aber noch weniger wert, wie der, mit dem der Minister Schollaert die klerikalen Schulforderungen aufgeklopft hatte. Diese sind auch in der neuen Vorlage die Hauptsache, nur daß sie der jegige Autor ästhetisch neu eingekleidet hat. — Dem Schollaert'schen Projekt hatte man den fantosen „Schulchein“ zum Vorschurf gemacht. Jeder Schüler hätte nach dieser schönen Einrichtung einen Geldwert repräsentiert und man mag sich vorstellen, welche Jagd nach Schülern die Klöster da inszeniert hätten. Der „Don“ hat bekanntlich solches Wiffhalten im Land und im Parlament erregt, daß der Erfinder mit seinem Vorlesensbüchsen hüben mußte. Der jegige Minister Boulet ist kein Scholch und besteht nicht auf dem Schollaert'schen „Schein“. Wenigstens nicht mehr pro Kopf des Schülers. Der Gutschein pro Kopf ist nämlich ganz einfach in einen Gutschein pro Klasse angewandelt worden. Eine kleine Formalität, nichts weiter, als das Geschäft, das die Klöster mit dem Zwangsunterricht zu machen sich ansehnen, nicht weiter berührt. Denn der Zwangsunterricht klerikaler Oberstufe, der Belgien nach einem fast dreißigjährigen klerikalen Regime gegeben werden soll, ist durchaus kein Zwangsunterricht in dem Sinne, daß alle schulpflichtigen Kinder zur Schule gehen sollen, sondern daß möglichst viele Kinder in die kongregationalistischen Schulen gehen! Man nennt das bei den Klerikalen „freie Wahl der Schule für den Familienvater“ — oder geschäftlich ausgedrückt: die kongregationalistischen Schulanstalten haben das gleiche Anrecht auf Subventionen wie die öffentlichen Unterrichtsanstalten!

Auf diesem Prinzip der gleichen finanziellen Behandlung basiert auch die Regierungsvorlage, und wenn seinerzeit die klerikale Presse läßt prophezeite, der neue Entwurf werde von denselben „Ideen“ geleitet sein wie der alte, so hat sie tatsächlich recht

behalten. Er ist wie der erste ein Eroberungszug auf die Taschen der Steuerzahler zugunsten des Klosterunterrichts, dem er neben allen materiellen Vorteilen in einer großen Anzahl von Kommunen eine Monopolstellung sichert. Sein unerbittlicher Zweck ist die Stärkung des kongregationalistischen und die weitere Zerstörung des öffentlichen Unterrichts — zwei Tendenzen, die die früheren klerikalen Schulgesetze mit so vielem Erfolg angebahnt haben. Die Klerikalen haben heute das Lehrerbildungswesen fast völlig in der Hand; von 12 000 Kommunalklassen beherrschen sie die Hälfte und 2000 Klassen klerikaler Unterrichtsanstalten versorgen die heranwachsende Jugend mit der geistigen Kost der Dummheit und der sonstigen Klosterwissenschaft, aber das alles ist nicht genug. Die „Gerechtigkeits“ — diesem Teufel wird wirklich und wahrhaftig diese Eifertie aufgeschloßt — bringt erst der Entwurf Boulet's, der der Konkurrenz der Klöster gegen den öffentlichen „gottlosen“ Unterricht noch ein ganz anderes Tempo geben und in jedem Betracht das Werk der Klerikalisierung des Unterrichts fortsetzen wird.

So nebenbei halt das Projekt auch noch zu einem Schlag gegen die kommunale und provinzielle Autonomie aus, indem die Einrichtungen für die Schulaufsicht und -Vereidung um der Einflussphäre der großen freisinnigen Gemeinden entzogen und der „disziplinären“ Gewalt der Zentralregierung ausgeliefert werden sollen — mit welchen Absichten liegt nahe.

Freilich: der Entwurf bringt ja auch den Zwangsunterricht als Blenden. Er hat, wie gesagt, auf dem Weg vom ersten zum zweiten Entwurf nicht gerade gewonnen. Das Schollaert'sche Projekt verlangte dem Zwangsunterricht eine gewisse Wirksamkeit zu garantieren, indem es ihm das Verbot anfügte, Kinder unter vierzehn Jahren für gewerbliche Arbeit anzuwerben. Dem neuen Projekt fehlt diese Bestimmung, dafür gestattet es den Eltern, ihre Kinder alljährlich 35 Tage für „Saisonarbeiten“ zurückzubehalten. . . . (Mit Recht fordert das Manifest der sozialistischen Parlamentsfraktion im Zusammenhang mit den Vorlesungen für den Schulzwang die Beratung des Gesetzes über das Verbot der Kinderarbeit, ohne welches das „Prinzip des obligatorischen Unterrichts“ sehr zweifelhaften Wert hat.)

Was die Zwangsvorschriften an sich betrifft, so sind sie so gehalten, daß sie auf gewissenlose oder unerkennbare Eltern, die ihre Kinder dem Schulunterricht entziehen wollen, keinen besonders abschreckenden Eindruck machen werden, abgesehen davon, daß andere Bestimmungen des Projekts zu sogenannten „berechtigten Entschuldigungen“ für Schulhinterziehungen genugsam mißbraucht werden können.

Außerdem soll den Belgiern der Zwangsunterricht nur ratenweise eingegeben werden. Das Gesetz bestimmt Uebergangsperioden: in den ersten 5 Jahren findet der Zwangsunterricht Anwendung auf die Kinder vom 6. bis 12. Jahre; in weiteren 5 Jahren vom 6. bis 13. und in weiteren 5 Jahren vom 6. bis 14. Lebensjahre. Die Notwendigkeit dieser Bestimmung hängt wesentlich zusammen mit der ganzen klerikalen Schulpolitik, deren Aufgabe wesentlich darin bestand, die Klöster zu sättigen und ihren Unterricht zu monopolisieren und den öffentlichen Unterricht in Mißkredit zu bringen oder ihn zu zerstören. Zu den klerikalen Riffetaten auf dem Gebiet des Schulwesens gehört auch die Unterdrückung einer großen Anzahl von Lehrbildungsanstalten — seit 1884 nicht weniger als 14 —, was zur Folge hat, daß schon heute unter dem Regime der Schulfreiheit Lehrermangel herrscht und die Kommunalschulen überfüllt sind. Wie soll das erst beim obligatorischen Unterricht werden, wenn er nicht mit einer ersten Reorganisation des Lehrerbildungswesens verknüpft wird. Das oberflächliche, sektarische, einzig zur Förderung der klerikalen Schulpolitik fabrizierte Nachwerk gibt sich mit solchen Kleinigkeiten nicht ab, denn der Zwangsunterricht ist nur Dekoration und Dichtung für das Bündel von Schulforderungen, das der Klerikalismus zur Verwirklichung seiner Schulpolitik nötig hat.

Politische Uebersicht.

Der Segen des Bundesrats zu der Wehr- und Dedungsvorlage.

Der Bundesrat hat am Donnerstag unter die gewaltige Heerevermehrung seinen Siegel gedrückt. Nur heißt es nur noch: Zahlen! Wie die „Tägliche Rundschau“ hört, haben gegen das Vermögenszuwachssteuergesetz nur Sachsen und die beiden Fürstentümer Neuchâtel und die Hansestädte, besonders Hamburg, die ebenfalls Gegner der Reichsvermögenssteuer waren, haben auf eine gegenseitige Rundgebung verzichtet.

Die Konservativen großen im stillen weiter. Der Reichshof bemerkt zu dem Bundesratsbeschluss: Die Menge der in dieser Sitzung bewältigten Arbeit läßt kaum erwarten, daß man sich mit den einzelnen Punkten so eingehend beschäftigt hat, wie es wohl nach der Wichtigkeit der zur Verberatung stehenden Fragen erwünscht gewesen wäre. Freilich blies ja auch dem Bundesrate, nachdem der Kanzler und damit die preussische Regierung sowie die von dieser mehr oder weniger abhängigen thüringischen Kleinstaat den Reichstagsbeschlüssen beigetreten waren, keine Wahl mehr. Vielleicht wäre es aber doch angebracht gewesen, in die Beschlüsse einen Satz aufzunehmen, der für die Zukunft festlegt, daß die Erhebung direkter Steuern aus dem Weisse unbeschadet dieses Rotationsgesetzes nach wie vor einzig den Bundesstaaten zustehet.

Mit Volksdampf wird nun die Durchführung der Wehrevorlage vor sich gehen. Es wird hierüber gemeldet: „Die endgültige Benennung der neuen Garnisonen ist bereits am 1. Juli erfolgt, alle Verhandlungen wegen Kasernenbauten waren so vorbereitet, daß der Abschluß mit den Kommunen wegen Terrainüberlassung usw. sofort erfolgen kann. Die Ausdehnungsbehörden sind angewiesen worden, ihre provisorischen Entscheidungen über die erhöhte Ausdehnung der Jungmannschaften in definitive umzuwandeln. Die Bestellungen für die Rekrutierungen und das erhöhte Rekrutenlohn werden in den nächsten Tagen erteilt werden, der Pferdeanlauf wird keine Schwierigkeiten machen. Die Personalveränderungen werden tünlichst bald bekanntgemacht werden, da durch die Wehrevorlage umfangreiche Versetzungen notwendig werden.“

Die neuen Kavallerieregimenter kommen an folgende Orte: Je eins nach Trier, Saarlouis, St. Avold, Larnowitz-Lubling, Angersburg und Jüterburg. Von den drei neuen Pionierbataillonen kommt je eins nach Kärnten, Posen und Koblenz. Das neue Telegraphenbataillon kommt nach Hannover. Neu in Betrieb genommen werden in diesem Jahre die Truppenübungsplätze für das 14. Armeekorps Heuberg, für das 18. Armeekorps Orb und für das Gardekorps Jossen.

Herbsttagung des Dreiklassenparlamentes.

Eine parlamentarische Korrespondenz will wissen, daß der preussische Landtag im November zu einer Herbsttagung zusammenberufen wird, um die vorliegenden Arbeiten vor der Staatsberatung, die im Januar beginnt, zu erledigen. Es würde sich dabei um die ersten Früchte der Arbeit der Immediatkommission für die preussische Verwaltungsreform, nämlich um Entwürfe über die Reorganisation der Generalkommissionen und der staatlichen Schulbehörden handeln; ferner würde das Fischereigesetz, das Parzellierungsgesetz und ein Fideikommissgesetz vorliegen und das Ausgrabungsgesetz solle dem Landtag wieder in seiner alten Form zugehen. Auch gehe die Novelle zum Kommunalabgabengesetz ihrer Vollendung entgegen.

Die Angst vor dem Massenstreik.

Kaum sind die Probleme des Massenstreiks innerhalb unserer Partei zur Erörterung gelangt, so regen sich auch schon unsere Gegner. Sie wissen zu gut, was es bedeuten würde, wenn sich das Proletariat zu einer machtvollen Massenaktion zusammenschloße. In der neuesten Nummer der Zeitschrift des Bundes der Industriellen widmet Dr. A. Schneider dem Massenstreik eine ausführliche Abhandlung. Er schreibt u. a.:

Die sozialdemokratische Partei droht nunmehr damit, in Preußen zur Erzwingung einer Wahlrechtsreform das in Deutschland bisher noch ungebrauchte Mittel des Massenstreiks anzuwenden. Als Vorbild haben da sicherlich die Vorgänge in Belgien gewirkt, wo vor 2 Monaten der aus Wahlrechtsgründen unternommene politische Massenstreik wenigstens mit einem vorläufigen Teilerfolg geendet hat. Es hat in politischen Kreisen sehr viel Beachtung gefunden, daß der verhältnismäßig gemäßigte sächsisch-sozialdemokratische Führer Dr. Frankmann in Berlin in einer großen öffentlichen Versammlung über die Frage des Massenstreiks sprach und sich dabei so entschieden für die Anwendung dieses Kampfmittels zu politischen Zwecken aussprach. . . . Die Wahrscheinlichkeit, daß die Sozialdemokratie bereits vom Herbst dieses Jahres ab in Preußen den Massenstreik als Druckmittel für eine Wahlreform erproben wird, erscheint verstärkt, wenn man sich in dieser Hinsicht die schwierige politische Situation der Sozialdemokratie überlegt. . . . Es ist deshalb überaus wahrscheinlich, daß der von den Führern erörterte und in den Massenzeitungspublizistischen Massenstreik binnen einigen Monaten praktisch erprobt wird. Und zweifellos verdient diese Angelegenheit in hohem Maße die Aufmerksamkeit der deutschen Industrie.

Es folgt dann ein großes Lamento, in dem ausgeführt wird, daß man doch unmöglich die Industrie für das preussische Wahlrecht verantwortlich machen könne, da sie doch auf die Aenderung des Wahlrechts absolut keinen Einfluss habe. Es ist wirklich eine rührende Bescheidenheit, die da zwischen den Zeilen dahinfliehet. Es wird darauf hingewiesen, daß die preussische Industrie vergeblich eine Aenderung des Wahlrechts angestrebt habe, man dürfe sie deshalb keinesfalls für die Sünden anderer büßen lassen. Inwiefern das richtig ist, mag im Augenblick unerörtert bleiben. Interessant ist nur festzustellen, daß den Unternehmern bereits bei dem Gedanken des Generalstreiks ein gelindes Grausen ankommt. Deshalb wohl auch die folgenden Sätze:

Wahrhaftig ein lödliches und zweckloses Spiel! Und oben drein ein gefährliches Spiel, das inmitten einer niedergehenden Konjunktur, bei der immer schwieriger werden der Bewachungshältnissen, bei steigendem Steuerdruck und Wettbewerb für viele schwer ringende Industriebetriebe zum Unheil führen könnte. Aller Schaden aber, den die Industrie leidet, trifft ebenso hart auch die industrielle Arbeiterschaft. Daran sollten auch die Agitatoren denken, die jetzt aus parteipolitischen Bedürfnissen und nach ausländischen Vorbildern in eine Agitation für den Massenstreik eintreten!

Es ist ganz interessant, daß die bloße Erörterung des Massenstreikproblems schon solche Beklemmungen beim Unternehmertum auslöst.

Nur keine Ausreden!

In der „Nationalzeitung“ verteidigt Herr Bassermann die schwachmütige Haltung der Nationalliberalen, die anstatt mit Hilfe der Sozialdemokratie eine finanztechnisch einwandfreie Besitzsteuer, das heißt, die Vermögens- oder Erbschaftsteuer durchzuführen, das Kompromiß mit dem Zentrum geschlossen haben. Herr Bassermann sagt zu seiner Entschuldigung folgendes:

„Ebenso wenig, wie es der Fraktion möglich schien, sich den Wünschen der Konservativen wie des Zentrums unterzuordnen, ebenso wenig vermochte sie es als richtig anzuerkennen, ohne weiteres die Parole der Erbschaftsteuer auszugeben und damit den Kampf der bürgerlichen Parteien untereinander zu entfehlen.“

Eine Einigung auf die Dezentralsteuer mit der Volkspartei und der Sozialdemokratie war natürlich möglich. Für die Dezentralsteuer war eine Mehrheit vorhanden, und es konnte mit ihr ein Steuerbetrag von 80 Millionen Mark aufgebracht werden.

Da nun aber der zu bedeckende Bedarf 200 Millionen Mark betrug, und es sicher war, daß für diese Summe eine Uebereinstimmung mit der Sozialdemokratie nicht zu erzielen war, ergab sich mit Notwendigkeit für die liberalen Fraktionen die Bereitwilligkeit zu einer Einigung mit dem Zentrum.“

Demgegenüber möchten wir feststellen, daß mit der Sozialdemokratie über die Erbschaftsteuer gar nicht verhandelt worden ist, sie daher auch gar nicht in die Lage kam, angeblich unerfüllbare Forderungen zu stellen. Daß selbst 200 Millionen durch eine direkte Besitzsteuer leicht aufzubringen gewesen wären, ohne den Bestehenden etwas Unbilliges zuzumuten, das zu leugnen, würde einem halbwegs liberalen Steuerpolitiker überhaupt völlig unmöglich sein. Uebrigens gesteht ja Herr Bassermann selbst, daß das eigentliche Motiv der Nationalliberalen die Angst vor dem Kampfe war. Sie trauten sich eben wieder einmal nicht, gegen die Schwarzblauen die Schlacht zu schlagen, obwohl ihnen der Sieg sicher war.

Die Schulden des Deutschen Reichs.

Die Schulden des Deutschen Reichs und seiner Kolonien betragen nach einer amtlichen Nachweisung zurzeit 5 160 167 300 Mark; hieron fallen rund 136 Millionen Mark auf die Schutzgebiete und über 5 Milliarden auf das Reich selber. Die Reichsschulden erfordern jährlich eine Zinssumme von rund 167 192 000 M.

Wir haben es herrlich weit gebracht!

Wahlprüfungen.

Die konservative Presse ist über die Ungültigkeitserklärung von Mandaten, die auf amtlichen Wahlbeeinflussungen beruhen, erbost. Sie zieht die ganze Länge ihres Hornes über die jegige Reichstagsmehrheit aus, die u. a. die Wahlen von Bismarck und Torgue für ungültig erklärt hat. Auch der Ausschuss der Reichstagswahl in beiden Bezirken zeigt, daß der Reichstag das Richtige getroffen habe. Da die amtliche Wahlbeeinflussung in beiden Fällen zu klar ist, sucht die konservative Presse durch allerlei Verdächtigungen den Parteien etwas am Zeuge zu stützen, die die Freiheit der Wahl schützen wollen und dies bei ihren Entscheidungen zum Ausdruck bringen. Hilfe leistet bei diesem Treiben der konservative Presse die halbhofige Korrespondenz Woll. Sie bringt jetzt folgende kuriosen Erfindung: Die Parteien der Rechten hätten auf folgende Weise über die Mandate der Abgeordneten Rößch (natl.) und Haupt (Soz.) gedrängt. Da sei man auf einen recht sonderbaren Einfall gekommen.

„Die äußerste Linke stellte die Anträge, Mandate der Rechten und des Zentrums, über die Beweiserhebungen beschloßen werden sollten, für ungültig zu erklären und schüchterte dadurch die anderen Fraktionen ein. Es kam schließlich dahin, sich die unsicheren Mandate bis zum Herbst zu garantieren, indem namentlich die Linke sich gegenseitige Unterstützung zusicherte.“

Der Sozialdemokratie wurde versprochen, das Mandat des Abgeordneten Haupt vorläufig nicht zu kassieren, wenn sie bei der Mehrvorlage von zeitraubender Obstruktion abstehe. „Der Abgeordnete Bösch“ habe sogar für vorläufige Rettung seines Mandates für sozialdemokratische Anträge als einziger Bürgerlicher stimmen müssen.“

In dem ganzen Geschehen ist nicht ein wahres Wort. Tatsächlich und allemal nachweisbar steht vielmehr die Sache so: Die Linke Seite, insbesondere der Sozialdemokrat, haben auf Beschleunigung der Wahlprüfungen gedrängt. Der Bericht über das freilige Mandat Haupt — die Wahl ist, wie wir schon früher darlegten, für gültig zu erachten — hat sich verzögert. Dafür konnte die Wahlprüfungskommission und die Linke nichts: der Berichterstatter war durch außerparlamentarische Arbeiten behindert, der Bericht früher fertigzustellen. Berichterstatter war ein konservativer Landrat. Als die Wahlen endlich auf die Tagesordnung gesetzt waren, stellten die Sozialdemokraten — nicht um einzuschüchtern, sondern um dem Recht zum Siege zu verhelfen — den Antrag, die Wahl der Abgeordneten gegen Bösch (H.) und Rudloff (B.) für ungültig zu erklären. Mit Stimmengleichheit wurde in der Kommission bei Hagenscheid die offensichtlich vorliegende amtliche Wahlbeeinflussung als nicht vorhanden erachtet. Bei Rudloffs Wahl war in der Kommission ebenfalls mit Stimmengleichheit, entgegen der vor und nach der Prüfung dieser Wahl beteiligten Praxis, für unbeschädigt erklärt worden, daß ein Wahlvorstand nur mit zwei Mitgliedern besetzt war. Die Sozialdemokratie hat noch im letzten Seniorensenat darauf gedrungen, die Wahlprüfungen zu erledigen. Eine freie Erfindung ist es, daß die Linke sich „gegenseitige Unterstützung zugesichert“ habe. Eine geradezu schamlose Verdächtigung ist die Behauptung, „der Sozialdemokratie sei versprochen, das Mandat des Abgeordneten Haupt vorläufig nicht zu kassieren, wenn sie bei der Mehrvorlage von zeitraubender Obstruktion abstehe“. Ein solches oder ähnliches Versprechen ist nicht gegeben worden. Sollte man den Versuch gemacht, so wäre mit dem Versucher so verfahren worden, wie man mit einem moralisch Versinnigen zu verfahren berechtigt ist. Das Mandat der Konservativen läuft darauf hinaus, eine objektive Prüfung der Wahlen zu hindern, da eine solche zur Ungültigkeitserklärung der Mandate Hagenscheid und Rudloff und zur Gültigkeit des Hauptischen Mandates führen müßte.

Nationale Zwangsversicherung.

Man ahnt nicht, wie weit die unnationale Gesinnung im deutschen Volke schon um sich gegriffen hat. Selbst den Deutschen Kriegerveteranen, eine Organisation also, die doch wahrhaftig geehrt sein sollte, hat sie ergriffen.

Da haben sich alle staatsbehaltenden Elemente zusammengetan und um die Massen vor den Gefahren der „sozialdemokratischen“ Volksfürsorge zu retten, die nationale „Deutsche Volksversicherung A. G.“ gegründet, die unter dem Ehrenvorsitz des Abgeordneten Grafen v. Posadowsky-Wehner steht. Vorbedingung für ihr Gedeihen und ihren Erfolg ist natürlich, daß alle die, denen der Kampf gegen den Umsturz eine heilige Sache ist, ihr wertvolles Leben ausschließlich bei dieser patriotischen Anstalt verfahren. Aber was tut die Zeitung des Deutschen Kriegerveteranen? Sie empfiehlt dem Delegiertenrat, der am 12. Juli in Breslau zusammentritt, die Auflösung der eigenen Lebensversicherungsanstalt des Bundes und ihren Anschluß — nicht etwa an die Deutsche Volksversicherung A. G., sondern an die Lebensversicherungsgesellschaft „Friedrich Wilhelm“. Der Präsident des Deutschen Kriegerveteranen sowohl wie der Aufsichtsrat der Lebensversicherungsanstalt lassen dem Grafen Posadowsky, der versucht, den Beschluß rückgängig zu machen, nur eine kurze, ablehnende Antwort zu teilen.

Das ist Verrat an der vaterländischen Sache, und um zu verhindern, daß die Delegierten ihm in Breslau zustimmen und so den Glanz der stolzen Erinnerung trüben, die seit ein paar Wochen für die deutschen Krieger mit dem Namen der Stadt Breslau verknüpft ist, müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden. Eine ganze Anzahl von Reichstagsabgeordneten, an der Spitze die Vertreter der christlich-nationalen Arbeiter, haben sich mit einer ausführlichen Eingabe an den Reichskanzler, den Staatssekretär v. Tzipitz, den Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts v. Valentini, den Staatssekretär Dr. Delbrück, den Kriegsminister v. Heering, den preussischen Minister des Innern v. Dallwitz gewandt. Sie sehen darin auseinander, wie sehr der Deutsche Kriegerveteranen die vaterländischen Interessen durch eine Zustimmung zu den Plänen seiner Leitung schädigen würde, und geben der Hoffnung Ausdruck, daß es den verschiedenen Erzellenzherren gelingen werde, die Organisation vor übereilten Schritten zu bewahren und sie zur Beförderung des Fusionsantrages von der Tagesordnung der diesjährigen Generalsammlung zu veranlassen.

Man darf auf den Erfolg dieses Schrittes gespannt sein. Die diversen Minister würden ohne Zweifel an sich sehr gern dem Wunsch der so gut gesinnten und patriotischen Antragsteller entsprechen, aber es ist doch auf der anderen Seite eine sehr mißliche Sache für sie, sich unmittelbar in die Verhandlungen des Kriegerveteranen mit der Gesellschaft „Friedrich Wilhelm“ hineinzumischen. Das privatkapitalistische Unternehmen könnte sich eine derartige Schädigung seiner Geschäftsinteressen doch recht energisch verbitten. Aber welches auch immer der Ausgang sein mag, jedenfalls ist schon der Versuch einer Mobilisierung der staatlichen Behörden sehr bemerkenswert. Gerade die Verfasser der Eingabe sind es ja gemeiner, die, als der Plan der Volksfürsorge austauschte, die behördliche Genehmigung durch den Hinweis auf den Terrorismus zu hintertreiben suchten, mit dem die Gewerkschaften und Genossenschaften die Arbeiter in ihre Lebensversicherung hineinzuziehen würden, und nun wenden sie sich an die Minister, den Reichskanzler und den obersten Kriegsherrn, um durch sie einen amtlichen Druck auf den Deutschen Kriegerveteranen zugunsten der von ihnen ins Leben gerufenen Konkurrenzanstalt ausüben zu lassen. Das ist dann natürlich kein Terrorismus, sondern eine durch die Verhältnisse gebotene nationale Aktion.

Die geförderte Fahrt der Hansa.

Während ein Teil der freisinnigen Presse Schleswig-Holsteins in anerkannter Weise frischen Artikeln ihren Zorn über die hawauische Gewalttat des Sonderburger Landrats zum Ausdruck bringt, ergehen sich andere Blätter in gedrückten Seufzern, wie etwas Derartiges in Preußen möglich sein könne.

Wenn die Herren wirklich wissen wollten, warum in Preußen immer noch eine Politik der feudalen Rache getrieben werden kann, sollte ihnen im Grunde die Antwort recht nahe liegen: es ist ihre eigene Schwäche, die das nord-schleswigsche Gewaltregiment so fröhlich gedeihen läßt.

Man sagt keine Silbe zu viel, wenn man sagt, daß die große Mehrheit der schleswig-holsteinischen Bevölkerung von den unerhörten Taten gar keine Ahnung hat, die im nördlichsten Winkel ihrer Provinz vor sich gehen. Wenn aber auf diesem Gebiet ein so trauriges Dunkel lastet, so trifft die Verantwortung in erster Linie die schwachgemute Haltung eben der freisinnigen Presse, die jetzt so beweglich steht. Die „Kieler Zeitung“ beispielsweise, die von einem nord-schleswigschen Deutschen gegründet wurde, und durch lange Jahre mit intimer Sachkenntnis einen sehr ehrenwerten Standpunkt vertrat, ist längst umgefallen und in Fragen der nord-schleswigschen Zwangspolitik ein unsicherer Rantoniist geworden.

Aber auch im allgemeinen muß der freisinnigen Presse vorgeworfen werden, daß sie sich auf diesem Gebiete müßellos hingeworfen läßt. Wenn die Herren vom hawauischen Deutschen Verein

in Hamburg eine Fejersammlung veranstalten, wird mit einer schönen Objektivität darüber berichtet, die einer viel besseren Sache würdig wäre, und selbst die schönsten Polizeisoldaten aus Nord-schleswig werden entweder ganz ohne Kommentar (wer schweigt, stimmt zu, sagt ein lateinisches Sprichwort) oder mit einem gott-ergebenen Seufzer hingekommen.

Unter diesen Umständen braucht es nicht weiter Wunder zu nehmen, daß auch die Freisinnigen in Nord-schleswig selber zum Teil eine sehr traurige Rolle spielen. Als bei der letzten Landtagswahl beispielsweise den Freisinnigen in Apenrade Stimmeneinhalten zugemutet wurde, rissen sie aus wie Schaafleder und stimmten ausgerechnet aus „nationalen“ Gründen für den hawauischen Kandidaten, der alle nationalen Interessen mit Füßen tritt. Und als in Sonderburg die Freisinnigen fest blieben und sich der Stimme enthielten, fanden sich sofort liberale Staatsmänner, die den Finger an die Nase legten und meinten, daß man in diesem Fall aus „nationalen“ Gründen doch hätte für den hawauischen stimmen sollen.

Am allerhöchsten aber ist es, wenn jetzt liberale Politiker einen frommen Blick zum Auswärtigen Amt in Berlin hinaussenden, dem diese Störung des bevorstehenden Kaiserbesuchs in Kopenhagen unmöglich angenehm sein kann.

Als ob die hawauische Gewalttat des Sonderburger Landrats nicht ein wohlertogener feudaler Handstreich wäre, eben um den Kaiserbesuch in Grund und Boden zu ruinieren.

Wir halten es sehr wohl für möglich, daß dem Auswärtigen Amt die Sache peinlich ist, obwohl man nie derschwoören soll, wie weit die feudale Bürokratie mit den feudalen Junkern unter einer Decke steht.

Selbst aber wenn der Vorgang dem Auswärtigen Amt peinlich sein sollte, sollten doch zum mindesten die Schleswig-Holsteinischen Freisinnigen wissen, daß eine wohlmeinende Friedensaktion, die das Auswärtige Amt durch den Schleswiger Regierungspräsidenten v. Salow unternehmen ließ, von den revoltierenden Junkern unter Donner und Blitz in die Luft gesprengt wurde. Wenn die unterschiedlichen Kemter mit den Junkern aneinander geraten, siegen ewig die Junker.

Und daß dem so ist, ist nicht zum mindesten eine Folge der freisinnigen Schwäche.

Wir brauchen nur einige Monate zu warten, dann ist die gestörte Hanjafahrt vergessen, die nord-schleswigschen Niederträchtigkeiten werden wieder mit der alten Schaafgeduld hingekommen und die biederen liberalen Staatsmänner entscheiden sich im Ernstfall wieder aus „nationalen“ Gründen für den hawauischen.

Sie möchten sich ganz gern aus der feudalen Umklammerung befreien, aber „mit Seufzern und mit Stöhnen und mit selbsteigener Pein“ läßt sich der Junker nun einmal nichts nehmen.

Und zum rücksichtslosen Schlagen fehlt der Mut!

Frankreich.

Die Gegenwehr der Syndikalist.

Paris, 4. Juli. Nach einer Blättermeldung wird in den Kreisen der Syndikalist, die über die Verhaftung ihrer Führer sehr erbittert sind, der Gedanke an einen Gesamtausstand erwogen. Als Zeitpunkt wurde gegebenenfalls Ende September ins Auge gefaßt, also der Augenblick, wo die Jahresklasse von 1910 heimgeschickt werden sollte. Das Syndikat der Erdarbeiter hielt in der Arbeitsbörse eine Versammlung ab, in der ein zweiter Ausschuß gewählt wurde, der für den Fall, daß alle Mitglieder des gegenwärtigen Ausschusses verhaftet würden, die Geschäftsleitung übernehmen soll. Ferner wurde grundsätzlich beschlossen, einen 24 stündigen Gesamtausstand anzuordnen und am Tage des Nationalfestes öffentliche Protestkundgebungen zu veranstalten.

Noch mehr beurteilte Demonstranten.

Montpellier, 4. Juli. Das Kriegsgericht hat zwei Korporale der Garnison Narbonne, die eine Kundgebung gegen die dreijährige Dienstzeit veranstaltet hatten, zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Eine Aktion für die Opfer der Militärjustiz.

Paris, 4. Juli. Eine „Komitee zum Schutz der Soldaten“ betriebene Vereinigung, an deren Spitze Anatole France und andere hervorragende Persönlichkeiten stehen, veröffentlicht einen Aufruf, in welchem unter heftigen Angriffen auf die Regierung und die Kriegsgerichte zu Gesamtsammlungen für die wegen der jüngsten Militärkundgebungen bestraften Soldaten und deren Familien aufgefordert wird.

Der Kampf um die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 4. Juli. In der heutigen Morgen Sitzung der Kammer wurde der Gegenentwurf Treignier (radikal), der eine siebenjährige Dienstzeit in der aktiven Armee mit einer effektiven Dienstleistung von 28 Monaten vorsieht, mit 325 gegen 238 Stimmen abgelehnt. Die Regierung hatte die Vertauschungsfrage gestellt. André Hesse, der Verfasser eines Gegenentwurfs, der dem Reffimps ähnlich ist, erklärte, er ziehe seinen Entwurf zurück.

Die Kammer beschloß, von nächster Woche ab die Sitzungen am Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag vormittag der Beratung des Militärgesetzes zu widmen. Die Diskussion über den Abschnitt betreffend die dreijährige Dienstzeit findet am Montag statt.

Der wilde Haß gegen die Arbeiterschaft.

Paris, 4. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In der heutigen sehr bewegten und durch Sturmstößen vielfach unterbrochenen Nachmittags Sitzung der Kammer protestierte Jaurès leidenschaftlich gegen die Verfolgungen der Arbeiterschaft. Jaurès wies dokumentarisch nach, daß in den Kasernen Broschüren für die dreijährige Dienstzeit verteilt und von vielen Offizieren Vorträge darüber gehalten wurden. Durch ein derartiges Verhalten trügen die Militaristen selbst Politik in der Armee und griffen dadurch der souveränen Entscheidung des Parlaments vor. Auf die vor einigen Tagen von Barthou verlangte Aufforderung, zu erklären, ob Jaurès im Falle einer Kriegserklärung die Arbeiterschaft zur Insurrektion veranlassen werde, verwies dieser auf die Entstehung der dritten Republik und klagte gleichzeitig Barthou an, daß sich dann die damalige Aera Dupuy-Reline wiederholen werde.

Barthou wiederholte in geschickter Rede die Anklagen der reaktionären Presse gegen die „Antipatrioten“ und erklärte unter Begeisterung einer bis zu den radikalsten reichenden Mehrheit seinen Entschluß, gegen die Konföderation der Arbeit nötigenfalls bis zum äußersten zu gehen. Die Mehrheit beschloß dann noch,

diese von Barthou gegen die Organisationen und das Proletariat gehaltene Drohhre durch Maueranschlag der breiten Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Spanien.

Neue Proteste gegen den Marokkokrieg.

Barcelona, 4. Juli. Gestern abend wurde eine Protestversammlung gegen den Marokkokrieg abgehalten. Nach Beendigung der Versammlung kam es zu Krawallen, wobei Schüsse abgefeuert wurden. Dreizehn Verhaftungen wurden vorgenommen.

Italien.

Demonstration gegen die reaktionäre Politik.

Rom, 2. Juli. (Fig. Ber.) Eine große Demonstration gegen reaktionäre Politik der Regierung hat am 20. Juni in Rom stattgefunden. Am Vormittag fand eine Zusammenkunft im Volkshaus statt, an der sich die Vertreter der sozialistischen, der reformistischen und der republikanischen Partei beteiligten, ebenso die Delegierten syndikalistischer und anarchistischer Organisationen. Es wurde eine Resolution angenommen, die zur Vorbereitung auf den Generalstreik, der im Falle eines neuen Blutbades zu proklamieren ist, auffordert, ferner eine solche, die die Amnestie für alle wegen politischer Vergehen Verurteilten verlangt. Weiter forderte die Zusammenkunft, an der sich auch die Vertreter der meisten Gewerkschaftsorganisationen des Landes beteiligten, die Abschaffung derjenigen Paragraphen des Strafgesetzbuches, die sich dem Wortlaut nach gegen gemeine Verbrechen richten (so der Paragraph über die Bildung verbrecherischer Vereinigungen, über die Aufreizung zum Verbrechen, die Verherrlichung von Verbrechen), in Wirklichkeit aber zur Knebelung der Arbeiterorganisationen und der Parteipresse benutzt werden. Am Nachmittag fand ein Umzug durch die Stadt mit über 80 Fahnen statt und zum Schluß eine Versammlung unter freiem Himmel, in der die Redner der verschiedenen Parteien das Wort nahmen.

Holland.

Nach dem Wahlsieg.

Amsterdam, 2. Juli. Die konstitutionelle Gewohnheit schreibt vor, daß bei einer Kabinettskrise die Krone den Rat einer Reihe maßgebender politischer Persönlichkeiten einholt, darunter auch den Rat der Führer der politischen Parteien. Bisher aber war die Sozialdemokratie von dieser Beratung immer ausgeschlossen worden. Jetzt hat zum ersten Male die Königin unseren Parteigenossen Troelstra aufgefordert, am kommenden Samstag zu ihr zu kommen und ihr sein Urteil zur Lösung der Kabinettskrise vorzutragen. Troelstra wird als erster der Parteiführer seinen Rat erteilen.

Noch eine andere Neuierung hat der Wahlausfall bereits gebracht. Der „Standard“, das Hauptorgan der Kupperischen Partei, verleugnet jetzt schon die projektierte Tarifvorlage, nachdem sie die Wähler verurteilt haben. Das Blatt begründet diesen Umfall damit, daß es nicht länger die christlichen Wähler stellen will zwischen ihre religiöse Gewissenspflicht, Akrilal zu stimmen, und ihr materielles Interesse, einem Gegner der Tarifvorlage zuzustimmen. Mit dieser Frontänderung Koppers ist der Freihandel in Holland wohl für lange Jahre sichergestellt.

Letzte Nachrichten.

Zu dem Fliegerzusammenstoß in Johannisthal

wird noch gemeldet: Der verletzte Flieger Selcher ist kurz nach der Einlieferung im Krankenhaus an Herzschwäche gestorben. Er hat scheinbar innere Verletzungen davongetragen.

Oldenburgische Landtagswahl.

Wilhelmshaven, 4. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Landtagswahl in Klüstringen wurde Genosse Buddenberg mit 3338 Stimmen gewählt ohne Gegenkandidat.

Oesterreichisch-griechischer Zwischenfall.

Saloniki, 4. Juli. (B. L. B.) Da der Dampfer „Karlssbad“ vom österreichischen Lloyd auf der Fahrt von Konstantinopel hierher den bulgarischen Hafen Porto Lago berührt hatte, vermuteten die griechischen Behörden bulgarische Kontrebände an Bord, sie verhiinderten die für gestern nacht festgesetzte Abfahrt des Dampfers. Heute vormittag wurde nach entsprechender Verständigung des österreichisch-ungarischen Generalkonsulats eine Untersuchung des Laderaumes der „Karlssbad“ vorgenommen, worauf dem Dampfer gestattet wurde nach Triest abzubringen. Gegen die Zurückhaltung wurde Protest erhoben.

Eine offizielle Erklärung Rußlands.

Petersburg, 4. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) In der Presse ist ein Telegramm aus Sofia verbreitet, des Inhalts, Minister Sazonow hätte der griechischen Regierung ein Telegramm geschickt, in der der griechische Angriff auf die bulgarische Garnison von Saloniki heftig getadelt wird. Demgegenüber erklärt das Ministerium des Aeußeren, daß an keine Regierung irgendeines Balkanstaates irgendein Telegramm geschickt worden ist, und daß, der Möglichkeit beraubt, den Grad der Verantwortlichkeit jedes dieser Staaten in den gegenwärtigen Ereignissen festzustellen, die kaiserliche Regierung mit ganz Rußland offen den gegenwärtigen brudermörderischen Kampf der Balkanstaaten tabelle, ebenso wie die Politik, die einen bewaffneten Konflikt zwischen ihnen herbeiführt hat.

Streik und Aussperrung in Ruffisch-Polen.

Lodz, 4. Juli. (B. L. B.) Infolge des Ausbruchs der Arbeiter ist die Baumwollenmanufaktur Posnanski geschlossen worden. 7000 Leute sind arbeitslos.

Die Stilllegung der Manufakturwerke ist eine Folge des am 27. Juni erfolgten Ausbruchs von 2600 Webern, denen eine kleine Aufbesserung ihrer erbärmlichen Löhne verweigert wurde.

Der Streik im afrikanischen Goldminenrevier.

Johannesburg, 4. Juli. (B. L. B.) Ein Versuch der ausländischen Grubenarbeiter, auf dem Marktplay eine von den Behörden verbotene Kundgebung zu veranstalten, hatte heute nachmittag einige Ausschreitungen im Gefolge. Vor der für die Kundgebung festgesetzten Stunde war der Platz von Kavallerie und Polizeimannschaften besetzt worden. Die Ausständigen bewarfen die Polizei mit Steinen, worauf die Letztere mit ihren Knütteln vorging. Die Kavallerie zog blank und trieb die Menge auseinander, ohne jedoch von der Waffe Gebrauch zu machen. Mehrere Polizeibeamte und Ausständige sind verletzt worden. Verschiedene Verhaftungen wurden vorgenommen.

Das Massenstreikproblem.

VII.

Von Interesse ist natürlich auch die Frage, wie sich die Gewerkschaftspressen zum Massenstreikproblem stellen.

(Genossin Rosa Luxemburg) hält nicht die umfassende Organisation und planmäßige Schulung, sondern die „föhne Initiative“ für die erste Vorbedingung zur Durchführung großer „Massenaktionen“.

Die unorganisierten Massen, ja die gegnerisch organisierten Schichten werden ihr dann begeistert Heerhaufen leisten, verkündet sie. Als Beweis führt sie den Kampf in Belgien an.

Im ganzen västlichen Teil Belgiens war die Beteiligung der Unorganisierten fast gleich Null. Und zu der Behauptung von der begeisterten Heerfolge der gegnerisch Organisierten liefert die geradezu fanatische Bekämpfung des Generalstreiks durch die christlichen Gewerkschaften in Belgien einen sprechenden Beitrag.

Vor allem aber, das muß nachträglich festgestellt werden, hat gerade der Massenstreik in Belgien mit aller nur wünschenswerten Klarheit gezeigt, daß starke Organisationen die allererste Vorbedingung für einen wirksamen Massenstreik sind.

Und dann eine straffe Disziplin. Die unbedingte Unterordnung unter die in demokratisch gefügten und geleiteten Organisationen selbstgegebenen Befehle ist eine der ersten Vorbedingungen, nicht nur für den Erfolg, nein, schon für den korrekten Ausbruch moderner Massenlämpfe.

Planlose Putsch, blutige Revolotten, wilde Aufstände kann man ohne feste Organisation und ohne jede Disziplin beginnen und durchführen, unter Umständen sogar erfolgreich durchführen — ein politischer Revolutionskampf in einem modernen Staat ist aber kein revolutionärer Putsch.

Roch ein Wort schließlich zu dem Versuch, für einen kommenden Massenstreik neben der absonderlichen Theorie auch eine absonderliche Taktik auszubringen. Dr. Frank meinte in seinem Vortrage, der Massenstreik könne eventuell auch als „Stegmoes Feuer“ ausbrechen.

Wieselt, daß z. B. in Westfalen eines Tages hunderttausend Bergleute nicht mehr in die Grube fahren, und wenn sie zur Arbeit zurückgekehrt sind, es im fernen Osten zu glimmen anfängt, und dann im Norden, in der Mitte und überall, so daß die Herrschenden in Preußen ihrer Herrschaft nicht mehr froh werden dürften.

Das wäre der Massenstreik in Lieferungen. Außerdem kann man sich so etwas schon; sagen kann man es auch, aber man machen können wir in Preußen so ein politisches Föhnefeuerwerk nicht.

Es liegt uns daran, gegen diese Art, den Kampf gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht zu „befruchten“, erste Bedenken auszusprechen. Damit machen wir uns kein Verbrechen an über die Maßnahmen der sozialdemokratischen Partei, sondern wahren und vertreten nur das Interesse der gewerkschaftlichen Organisationen, die letzten Endes nicht nur die Verantwortung, sondern auch die Folgen eines Kampfes tragen müßten, der, wie die Dinge nun einmal liegen, blutwenig Aussicht auf Erfolg bietet.

Es ist unangenehm, das bekennen zu müssen, aber es ist immer richtiger, seine Kräfte vor der Schlächt zu wagen als nachher. Dr. Frank meinte allerdings, gegen den Massenstreik dürfe sich nur wenden, wer einen anderen Weg zur Erreichung eines besseren Wahlrechts angeben könne.

Weil das aber keiner könne, müsse dieser Weg gegangen werden, wie steil er auch sei. Zu diesem Entwurf hat Frank erst ein Recht, wenn er nachweist, daß der von ihm empfohlene Weg überhaupt zu dem angestrebten Ziele führt.

Dieser Nachweis ist aber bisher noch nicht einmal ernstlich versucht worden. Und wir bezweifeln eben, daß er zu führen ist. Der Massenstreik ist gewiß nicht nur ein theoretisches Problem, sondern auch eine praktisch anwendbare Waffe im Befreiungskampfe des Proletariats.

Aber sein Gelingen ist an Vorbedingungen geknüpft, die in dem vorliegenden Falle fast völlig fehlen. Das mag bedauerlich sein, aber es ist so. Diese Vorbedingungen werden auch durch eine Propaganda wie die zurzeit beliebte nicht geschaffen, sondern gekemmt. Und darin liegt nicht zuletzt die reaktionäre Wirkung dieser revolutionären Spielerei.

Die letzte Nummer der „Neuen Zeit“ bringt einen Artikel des Genossen Breitscheid über: Die Stimmung der Masse und der Massenstreik. Breitscheid geht auf einen in der vorhergehenden Nummer der „Neuen Zeit“ abgedruckten und auch in dieser Heftseite mehrfach erwähnten Artikel des Genossen Meerfeld-Köln ein.

Dieser ist ein Gegner des politischen Massenstreiks und spricht von einer gewissen „Verbürgerlichung“ innerhalb unserer Partei. Nachdem sich Breitscheid mit dieser Auffassung Meerfelds auseinandergesetzt hat, schreibt er:

„Aber Meerfeld sagt, die Zeit für den politischen Massenstreik sei in Deutschland vorüber. Das ist richtig, wenn man den Massenstreik als eine Art von Putsch auffaßt; es ist unrichtig, wenn man ihn als eine von dem Streik im gewöhnlichen Sinne nur durch den Umfang und den Zweck verschiedene Form des proletarischen Kampfes behandelt.“

Rur in jenem Falle ist die ausgebildete Organisation ein Hemmnis, in diesem aber ist sie ein gewaltiger Vorteil, oder sagen wir vorsichtiger, sie kann es sein. Die Frage lautet dann aber nicht, ob es noch Zeit ist, dieses Kampfmittel anzuwenden, sondern ob wir schon imstande sind, zu dieser Waffe zu greifen.

Niemand kann diese Frage mit echtem Gewissen bejahen. Und wohl alle, die sich grundsätzlich für den Massenstreik um das preussische Wahlrecht aussprechen, betonen mit Nachdruck, daß es einer langen und systematischen Vorarbeit bedarf, ehe wir die Schlächt wagen können.

Zu der Vorarbeit aber gehört es, die Aufmerksamkeit der Massen immer wieder auf dieses Ziel zu lenken, ihnen die Notwendigkeit der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation gerade auch im Hinblick auf diese Aktion klarzumachen und sie zu einer Diskussion über die in dem Kampfe zu beobachtende Taktik zu veranlassen.

Meerfeld hat durchaus recht: man soll die Situation und die Stimmung der Arbeiterschaft nicht nach einzelnen Versammlungen in den großen Städten beurteilen, man soll die Schwierigkeiten nicht unterschätzen, die besonders in der Streikmüdigkeit der Bergarbeiter liegen, und man soll nicht leichtsinnig über die Tatsache hinweggehen, daß zahlreiche Arbeiter heute in Organisationen stehen, die es nicht nur absehen, mit uns gemeinsame Sache zu machen, sondern bereit sind, uns in den Rücken zu fallen.

Aber der Schluß darf nun nicht lauten: Also verzichtet mir, sondern vielmehr: Also haben wir gewaltige Anstrengungen zu machen, um die Situation zu unseren Gunsten zu verändern.

Man wendet von gewerkschaftlicher Seite ein, die Propagierung des Massenstreiks löse die stetige Fortentwicklung der Verbände und mache die Massen topfideu. Diese Bedenken verdienen sicherlich ernste Prüfung. Fürs erste aber möchte ich annehmen, daß sie fast übertrieben sind.

Es hat den Gewerkschaften nicht geschadet, sondern genützt, daß sie stets ihre Entschlossenheit betont haben, den Forderungen ihrer Mitglieder durch einen Streik Nachdruck zu verleihen, wenn sie auf anderem Wege nicht verwirklicht werden könnten. Ja, wir sehen, wie heute immer mehr Verbände von Angehörigen einer Schicht also, bei der das proletarische Klassenbewußtsein erst unvollkommen ausgebildet ist, offen ihre prinzipielle Entschlossenheit zur Arbeitsverweigerung betonen. Kann es da eine nachteilige Wirkung haben, wenn man der Arbeiterschaft aus einanderzieht, sie müsse sich hüten, um nach Versagen aller anderen Mittel sich die politische Rechte durch einen wichtigen Schlag auf wirtschaftlichem Gebiet zu erkämpfen? Es ist doch wohl nicht anzunehmen, daß dieselben Leute, die bereit sind, um einige Pfennige Lohnverhöhung zu kämpfen und zu darben, sich scheuen

würden, um des preussischen Wahlrechts willen daselbe Opfer zu bringen. Würde aber wirklich hier oder dort eine solche Abneigung vorhanden sein, dann wäre es um der Bedeutung willen, die den Gewerkschaften für den Massenstreik zukommt, um so notwendiger, den Gedanken des politischen Massenstreiks in den Vordergrund zu schieben.

Alles in allem: Es wäre ein Wahnsinn, zu verlangen, daß heute oder morgen losgeschlagen werden solle, aber es ist politische Pflicht, diejenigen, auf die es ankommt, an die ihnen noch zur Verfügung stehenden Kampfmittel zu erinnern und in ihnen die Bereitwilligkeit zu ihrem Gebrauch um so mehr zu befestigen, als alle anderen Versuche schlaggeschlagen sind, das Ziel zu erreichen, das die Partei selbst als das für die nächste Zeit erstrebenswerte zu und so oft hingestellt hat.

Der Gegenstand des Prozesses führt auf die Reichstagswahl zurück. Damals wurde im Kreise Waldenburg ein Flugblatt verbreitet, das schwere Angriffe gegen die Partei der niederschlesischen Grubenkapitalisten enthielt. Herr Reindorf, der Hauptmacher der gelben Bewegung im Kreise Waldenburg, fühlte sich als Generalbedolmächtigter des mächtigen Fürsten von Pleß am meisten betroffen.

Er strengte gegen den ehemaligen Oberassistenten Paul Gallaß, mit dessen Namen das Flugblatt gezeichnet war, Klage an wegen formaler Beleidigung. Herr Gallaß gab in der Voruntersuchung an, für den tatsächlichen Inhalt des Flugblattes hafte zu wollen; er könne den Wahrheitsbeweis voll erbringen. Für die angeblich beleidigenden Redewendungen sei er jedoch nicht verantwortlich zu machen, da diese nicht von ihm herrührten und ohne sein Wissen in das Flugblatt gekommen seien.

Daraufhin wurde die Untersuchung gegen Gallaß eingestellt und gegen den Geschäftsführer der „Schlesischen Bergwacht“ Klage erhoben. Im September 1912 wurde Weichelt vor der Strafammer zu Waldenburg zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Faktor Hoffmann wurde in dem Prozeß als Zeuge vernommen und bekundete, sich nicht mehr genau entsinnen zu können, ob er das Flugblatt gesetzt und gelesen habe.

Auch wisse er nicht, ob in der Bergwacht eine Stelle existierte, wo das Manuskript der Flugblätter vor der Drucklegung geprüft würde. Die Partei der Grubenkapitalisten sann auf Rache. Es gelang ihr, den ehemaligen Expedienten Alfred Köhler als Kronzeugen zu gewinnen. Köhler hatte es verstanden, bei der Gründung der „Bergwacht“ das Vertrauen der Parteileitung zu gewinnen.

Er bekam eine Anstellung, ergab sich aber gar bald dem Trunk und mußte, da er sich auf verschiedene Vorhaltungen nicht besserte, im Oktober 1912 entlassen werden. Köhler ging nun zu seinen ehemaligen Feinden über; er wußte, daß die niederschlesischen Grubenkapitalisten die Taschen nicht zumachen, wenn einer kommt, der bereit ist, Ehre und Befinnung um einen Silberling zu verkaufen. Köhler wurde eine Stellung im Blatte der niederschlesischen Grubenkapitalisten versprochen, wenn er die „Brüder der Bergwacht meineidig mache“.

Und am 31. Dezember 1912 ging Köhler zum Staatsanwalt und denunzierte seinen ehemaligen Kollegen Hoffmann wegen angeblichen Meineids.

Hoffmann wurde im Februar verhaftet. Im Verlauf der Voruntersuchung soll Weichelt beschworen haben, er könne sich darauf nicht mehr entsinnen, das fragliche Flugblatt geprüft und gesetzt zu haben. Osterroth, der sich damals in Haft befand, sagte bei seiner Vernehmung aus, nicht zu wissen, wer das Flugblatt gesetzt habe, er könne auch keine Auskunft geben, ob Hoffmann und Weichelt dabei geholfen haben.

Kunmehr wurden auch die Genossen Osterroth und Weichelt in Untersuchungshaft genommen. Die Voruntersuchung baute sich ausschließlich auf die Angaben des Köhler auf, der behauptete, Weichelt und Hoffmann hätten mit ihm das Flugblatt während der Nacht gesetzt. Sie wären zum Schweigen verpflichtet worden; Osterroth habe die Direktiven zum Drucken gegeben und auch die Setzer gefannt.

Nach viermonatiger Untersuchungshaft begann am 30. Juni in Schweidnitz die Verhandlung gegen die drei Genossen. Es steht heute fest, daß während der Weisaufnahme die Anklage der Staatsanwaltschaft völlig in nichts zusammengebrochen ist. Der Kronzeuge Köhler verwickelte sich in so viel Widersprüche, daß selbst der Staatsanwalt ihn fallen ließ und sich lediglich auf Indizienbeweise stützen mußte.

Köhler hatte bei seiner Anzeige bekundet, Osterroth habe das Manuskript an Weichelt abgegeben. Die Weisaufnahme hat aber ergeben, daß das Manuskript durch die Hände Rabolds in die Setzerei gelangte. Rabold hat das Manuskript auch der letzten Fehlung unterzogen. Osterroth, zwei Maschinenseher, Rabold und das Schreibmaschinenfräulein stellten übereinstimmend fest, daß das Manuskript auf der Schreibmaschine hergestellt worden sei.

Der Kronzeuge Köhler behauptete jedoch unter feinem Eid, das Manuskript sei handschriftlich verfertigt worden. Drei weitere Zeugen stellten unzweideutig fest, daß Köhler von 1912 zu 1913 wiederholt zu ihnen gesagt habe:

„Ich mache die Brüder von der Bergwacht noch meineidig; mir sind von der Reindorffspartei 1500 M. Belohnung versprochen worden.“

Köhler blieb trotz wiederholter Hinweise auf seinen Eid dabei, keine derartige Äußerung zu den Zeugen getan zu haben. Als der Kronzeuge Köhler schließlich noch behauptete, der Geschäftsführer des Konjunkturvereins, Genosse Tittel, sei während des Segens gegen gewesen, und zwar von neun Uhr abends bis drei Uhr früh, Tittel aber auf das bestimmteste bestritt, sich länger als eine halbe Stunde in der Setzerei aufgehalten zu haben, versuchte Köhler seine wahrheitswidrigen Behauptungen zu bekräftigen.

Er gab an, Tittel habe damals noch nicht in der Druckerlei gewohnt, sondern in Gottesberg, und er habe damals nicht nach Hause fahren können, und habe deshalb in Reuzalbrunn, dem Drucker, bei einem Bekannten, übernachtet. Tittel stellte fest, daß er schon seit Dezember 1911 in Reuzalbrunn wohne, also damals gar nicht mehr nach Gottesberg zu fahren brauchte. Jetzt machte der Verteidiger, Justizrat Ramroth auf die fortgesetzten, haarsträubenden Widersprüche des Köhler aufmerksam und beantragte, Köhlers widersprechende Aussagen zu protokollieren. Sonderbarerweise lehnte der Vorsitzende diesen überaus wichtigen Antrag ab.

Es kommt noch hinzu, daß alle Zeugen übereinstimmend bekundeten, Köhler sei ein notorischer Säufer, ein Birkenhauspekaler, ein Schürzenjäger, vor dem selbst am hellen Tage die weiblichen Angestellten der „Bergwacht“ keine Ruhe hatten, so sehr stellte er ihnen nach mit unsittlichen Anträgen.

Trotz alledem verlangte der Staatsanwalt, die drei Angeklagten wegen wesentlichen Meineids zu verurteilen. Die Tatsache, daß sich bei der Vernehmung, die bei Hoffmann ein halbes Jahr und bei Weichelt ein volles Jahr hinter der Drucklegung stattfand, Hoffmann und Weichelt nicht mehr des wahren Sachverhalts entsinnen konnten, genügte dem Staatsanwalt, zwei ehrenwerte Männer reif für das Zuchthaus zu erklären. Auch Osterroth wollte er schuldig gesprochen wissen, obwohl sich auch nicht ein Schatten des Beweises erbringen ließ, daß Osterroth eine falsche Aussage gemacht hätte.

In einer glänzenden Verteidigungsrede des Justizrats Ramroth wurden alle Mängel der Anklage, alle trüben Charakterzüge Köhlers, alle widersinnigen Behauptungen eingehend widerlegt und insbesondere betont, daß der Prozeß einen ganz schändlichen Hintergrund hätte. Nicht Not, nicht Gerechtigkeitsgefühl, nicht edle Motive hätten den Kronzeugen Köhler zu seiner Denunziation gebracht, sondern heimlicher Haß, üble Intrigen, schändliche Rachsucht hätten ihn zu seiner Anzeige veranlaßt. Er sei das Werkzeug gewesen; Sintermänner hätten ihn gefügig gemacht und seine falschen, den Tatsachen ins Gesicht schlagenden Behauptungen hätten dem Staatsanwalt genügt, Ehrenmänner zu verhaften und auf Monate hinter Schloß und Riegel zu sperren.

Es war ein erhebendes Moment, als Herr Ramroth ausführte, nicht die Genossen Osterroth, Weichelt und Hoffmann hätten während der drei Tage auf der Anklagebank gesessen, sondern der Zeuge Köhler, dem die Trunksucht aus den Augen gude, dem auch nicht in einem Punkte Glauben zu schenken sei. Aber die treffliche Rede des Verteidigers Ramroth und die wirkungsvolle Rede des Rechtsanwalts Sohn, der vor allem mit den Drahtziehern, die hinter Köhler stehen und denen es in erster Linie daran lag, Osterroth, das Haupt der Waldenburger Arbeiterbewegung, für immer tot zu machen, gründliche Abrechnung hielt, prallten ab an den Köpfen der Geschworenen, die meist aus agrarischen Kreisen stammten.

Die Verteidigung wird gegen das Urteil Revision einlegen. Sie hofft bestimmt auf Annahme. Es sind eine Reihe formaler Fehler bezugnehmend worden, die zu einer Aufhebung des Urteils führen müssen. Die neue Weisaufnahme muß ergeben, daß Hoffmann und Weichelt ebensowenig ins Zuchthaus gehören wie der Genosse Osterroth. Sie haben ihre Aussage nach bestem Wissen so abgegeben, wie sie es mußten. Wenn die Staatsanwaltschaft ihres Amtes gerecht walten will, muß sie nach den Rechtsbegriffen des Volkes sofort ein Verfahren wegen Meineids gegen Köhler einleiten.

Dem Empfinden der Verteidigung und dem Empfinden vieler Zeugen und Zuschauer mißfiel besonders die Art der Verleumdung, die der Vorstehende den Geschworenen gab. Es schien den Anschein zu haben, als plädierte er für ein schuldig. Die Verteidiger, die Zeugen, und selbst Gerichtspersonen, die am Eingange des Saales Platz genommen hatten, schüttelten wiederholt den Kopf. Staunen erregte es geradezu, als der Genosse Osterroth nach den Reden der Verteidiger uns Wort hat und vom Vorstehenden darauf hingewiesen wurde, daß er ihm das Wort nur erteilen könne, wenn er sich kurz fasse und keine Wiederholungen bräute. Osterroth konnte nur mit Mühe durchsehen, zum Worte zugelassen zu werden.

Vor dem Schwurgerichtsgebäude hatten sich trotz der vorgeordneten Stunde Hunderte von Menschen eingefunden. Osterroth wurde herzlich empfangen. Eine 23jährige Frau brach hilflos zusammen. Sie hatte drei Tage die Verhandlungen verfolgt und hoffte auf einen Freispruch. Nun muß sie erleben, daß ihr unbescholtener Sohn, der Faktor Hoffmann, ein Jahr und sechs Monate ins Zuchthaus muß, wenn das Urteil aufrecht erhalten werden sollte, und Weichelt, ebenfalls unbescholtener, soll auf ein Jahr und drei Monate hinter die fürchterlichen Mauern des Zuchthauses.

So hat dieser Prozeß gewiß ein Stück häßlichster politischer Kultur gezeigt. Es sind zwei Opfer gefallen. Zwei bisher völlig unbescholtene Männer werden der Qual des Zuchthauslebens ausgesetzt und ihre bürgerliche Ehre will man ihnen auf eine lange Dauer ebenfalls nehmen. Daß sie einen willkürlichen Meineid geleistet haben, ist auch durch die dreitägige Verhandlung nicht bewiesen worden. Gleichviel; vorläufig sind die Älten über dieses Drama geschlossen. Sie mögen den Männern die Ehre genommen haben — in unseren Augen bleiben sie die alten, ehrlichen Kameraden auch im Zuchthauskleid.

Der internationale Kongreß zur Bekämpfung des Mädchenhandels.

London, 2. Juli 1913. (Fig. Ber.)

Wir trafen einmal auf einem internationalen Kongreß einen biedereren Deutschen mit seiner Frau, der uns vertraulich mitteilte, daß er schon seit Jahren seine Ferien auf die ökonomischste und angenehmste Weise auf internationalen Kongressen zubrachte.

Auf irgendeine Weise wußte er sich Mitgliedsarten zu einem der zahlreichen internationalen Kongresse zu verschaffen, wo er und seine Gemahlin dann unentgeltlich alle die Feiertage und Schmäuse mitmachen konnte. Ob dieses Pärchen auf dem in dieser Woche in London tagenden internationalen Kongreß zur Bekämpfung des Mädchenhandels anwesend ist, vermögen wir nicht zu sagen. Wenn die beiden nicht hier sind, so haben sie etwas verpaßt. Denn diese Veranstaltung ist wohl das letzte Wort in Kongressanmeldungen. Er verzeiht kein Tag, an dem nicht zwei oder drei Schmäuse oder Ausflüge stattfinden, und die Zahl der hohen Herrschaften, denen man hier die Hand drücken kann, ist Legion. Zwischen den Vergnügungen finden dann die Debatten statt, in denen das Meer der Pfarrer, das erschienen ist, die sorgfältig präparierten Moralpredigten los werden kann. Der ganze Kongreß ist präffisch verweicht und wenn sich die klare menschliche Bernunft einmal zu Worte meldet, wird sie sogleich durch Füßtrampeln unterdrückt.

Wir hatten und heute (Wittwoch) in das Kongreßlokal begeben, weil das Programm angab, daß die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen des Mädchenhandels diskutiert werden würden. Hier, dachten wir, wird man doch endlich etwas anderes zu hören bekommen als moralische Entrüstungsreden und pompose Reden über die Wirkung des letzten Pfälzerkrieges für die Symptome des Lebens. Anfanglich nahm die Debatte einen tröstlichen Verlauf. Man sprach über die staatliche Überwachung der Stellenvermittlungen. Kur insofern war die Diskussion von Interesse, als sie die Hoffnungslosigkeit der symptomatischen Behandlung dieser sozialen Krankheit aufdeckte. Es wurde nämlich von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß die zu strenge Überwachung der Stellenvermittlungsbüreaus nur dazu geführt habe, die Agenten der Mädchenhändler zu veranlassen, in den Zeitungen zu annonciieren. Wie ist nun das neue Loch in der Mauer zu verstopfen? Niemand konnte darauf eine gescheite Antwort geben. Eine französische Baroness stand auf und konstatierte das obige Faktum unter einem großen Aufwand von moralischer Entrüstung, und als sie sich vergewissert hatte, daß wir eine Gänsehaut bekommen

hatten, trat sie befrachtet von der Tribüne ab. Endlich kam das Wort um herbeigeführte Thema an die Reihe. Ein österreichischer Redner hielt ein sehr vernünftiges Referat, das heißt, er hätte es gehalten, wenn man ihn hätte ausreden lassen. Aber seine Erklärungen, daß die Behandlung der Symptome des Uebels zu nichts führe und daß die Hauptursache in den erbärmlichen wirtschaftlichen Verhältnissen der arbeitenden Frauen liege, verfiel so sehr gegen den ganzen Geist der Versammlung, daß Vorsitzender und Delegierte ihn beständig unterbrachen und ihn nicht ausreden ließen. Und doch war diese Rede wohl — so weit man aus den Bruchstücken urteilen konnte — das interessanteste Ereignis des Kongresses. Er führte einleitend aus, daß man Prostitution und Mädchenhandel nicht voneinander trennen könne; der Mädchenhandel sei eben der Handel mit der Prostitution. Prostitution und Mädchenhandel hätten ihre Wurzeln im wirtschaftlichen Elend. Der Referent setzte sich dann mit Lombroso und Ferrero auseinander, die die Prostitution auf die physische Entartung des Individuums zurückführten. Diese wissenschaftlich unhaltbare anthropologische Erklärung des Phänomens sei kürzlich auch auf dem internationalen Kongress für Frauenzimmerrecht in Budapest zur Grundlage einer Resolution gemacht worden. Wohl sei es wahr, daß ein Teil der Prostituierten aus entarteten Menschenkindern bestehe; ein anderer Teil erwerbe sich zu schwach, um der Umgehung widerstehen zu können; aber die große Masse der Prostituierten seien Opfer der sozialen Verhältnisse. In seiner Uebersicht über die verschiedenen Erklärungen, die das behandelte Problem erforschen habe, zitierte er Verta Pappenheim, Kampfmeister und Strömberg. Er wandte sich gegen die symptomatische Behandlung des Uebels; soziale Krankheiten müßten durch soziale Heilmittel kuriert werden. Er verpflichtete dem deutschen Strafrechtslehrer von List in der Anschauung bei, daß die Sozialreform ungleich tiefer dringe, als die Bestrafung oder ähnliche Mittel. Der Referent forderte deshalb die Hebung der sozialen Lage des Volkes: bessere Löhne, kürzere Arbeitszeit, längere Ruhezeit, Vergeistigung der Ruhestunden, Volksebildung und dergleichen.

Wie schon gesagt, mußte der Redner unrichtiger Sache von der Rednertribüne abtreten. Es ist daher nicht möglich, auf seine anregenden Ausführungen näher einzugehen. Es folgten ihm drei deutsche Geistliche. Der erste, ein Pastor Bruns, sagte: „Der Zeitgeist treibt die Leute zur Prostitution.“ Doch muß erwähnt werden, daß auch dieser Redner soziale Ursachen für das Uebel gelten lassen wollte. Der zweite Gottesgelahrte, Pastor Reholz, sah das Heil in einer Verlesung des religiösen Lebens. Der dritte, ein Pastor Dissenhof, zeigte einen frischeren Geist. Er behauptete, daß die Hälfte der Prostituierten geistig anormal seien. Jede Prostituierte, die dem System der Reglementierung ausgeliefert werde, müßte ethisch blödsinnig werden. Dieser Geistliche forderte gleiches Recht und gleiche Moral für Mann und Frau. Erwähnenswert sind auch die Ausführungen einer kanadischen Dame, da sie das geistige Durchschnittsniveau der Delegierten zurechtfindend illustrierten. Diese Rednerin gab wohl zu, daß die Hungerlöhne der weiblichen Arbeiter zur Erklärung der Prostitution herangezogen werden müßten; sie meinte aber, daß die Arbeitskraft vieler Mädchen einen auskömmlichen Lohn (living wage) nicht wert sei, daß ihnen kein Arbeitgeber diesen Lohn zahlen könnte. Sie wollte daher die Mädchen zu besseren Arbeiterinnen erziehen. Diese tiefgründigen Betrachtungen wurden von den Versammelten mit großem Beifall aufgenommen.

Es fehlte nur noch das vermaledeite Zeitgeist aufgestanden wäre, um dem Kontrast folgende Kredit zu halten: „Meine Damen und Herren! Auf die Gefahr hin, Sie bei der gegenfeitigen Bewunderung zu hören und Ihren Unwillen hervorzurufen, möchte auch ich meinen Senf hinzusetzen. Ich verstehe wohl, weshalb die hohen Herrschaften so besorgt sind, dem Problem der Prostitution aus dem Wege zu gehen und es von dem Problem des Mädchenhandels trennen wollen. Dieses scheint einer so leichten Behandlung zugänglich zu sein: man verpersert den Nupfern alle Wege, haut ihnen den Rücken blutig und genießt danach den Ruhm der Hüter der moralischen Weltordnung. Jenes aber, das den Mädchenhandel einschließt, entpuppt, wie Sie selbst gut genug wissen, dem furchtbaren Elend, auf dem die ganze Herrlichkeit ruht, die die Protektoren dieses Kongresses — die königlichen Hoheiten, Prälaten und Aristokraten — genießen. An diesem System ernstlich zu rütteln, hieße für Sie, einen Zweig abzähen, auf dem Sie sitzen. Doch ehe Sie mich hinauswerfen, möchte ich Sie noch an die Worte erinnern, die mein Interpret Bernhard Shaw Ihnen vor kurzem zurief, als er sagte, daß der Mädchenhandel so lange bestehen werde, als Millionen von Frauen nur zu wählen hätten zwischen einem Leben voll Hunger und Erniedrigung und dem Champagner und den gebrauchten Häusern der Kupplerin.“

Was nun in Preußen?

Zur Wahlrechtsbewegung nahm eine von mehr als 6000 Männern und Frauen besuchte Versammlung der Arbeiter-Schaft Neuköllns am Mittwoch, den 2. Juli, Stellung. Der Jahresanfang der „Neuen Welt“ war bis auf den letzten Blau gefüllt und der Genosse Karl Dieblich wurde beim Betreten des Saales stürmisch begrüßt. Wohl alle hatten den Ernst der Situation empfunden. Oft von Beifallsstürmen und Entrüstungsrufen unterbrochen, machte Genosse Dieblich etwa folgende Ausführungen:

Die Wahlrechtsfrage steht seit einem Menschenalter im Mittelpunkt der sozialen Kämpfe, eine Wendung bekamen diese, als die Arbeiter-Schaft beschloß, sich an den Landtagswahlen zu beteiligen, und durch Massenaktionen eine Aenderung des elenden Wahlrechts herbeizuführen suchte. Die Wirkung blieb nicht aus. Vor 5 Jahren kündete die Regierung an, daß eine organische Entwicklung des Wahlrechts stattfinden müsse. Die Vorlage selbst war ein Schlag ins Gesicht, ein Hohn auf die Forderungen des Volkes. Nach lebhaftem Kampfe wurde diese Spottgeburt in die Volksschlicht befördert. Seitdem verharret die Regierung in Unfähigkeit, sie findet nicht den Mut, bei der reaktionären Mehrheit des Abgeordnetenhauses eine Wahlreform durchzuführen. Dem Willen der Junker zeigt sie sich untertänig.

Der Minister des Innern erklärte auf eine Anzapfung, daß bei der Zusammenfassung des Landtages eine erneut eingebrachte Reform keine Aussicht auf Erfolg habe. Warum wende man hier nicht die Energie an, wie bei anderen Fragen; aber die Regierung verstehe sich hier nur hinter der reaktionären Mehrheit. Was hat die letzte Wahl gebracht? Einige Freisinnsmänner und vier Sozialdemokraten mehr. Die Konservativen haben die Stirn, zu erklären, daß der Wahlausfall beweise, daß das jetzige Wahlrecht dem Volke seine Vertretung bringe.

Bei der Eröffnung des Landtages hat man kein Wort von einer Wahlreform gehört; desto mehr von dem Jubiläum, als wenn das eine weltbewegende Tat wäre. Im Reichstage ist angefragt worden wegen einer Wahlreform, der Minister des Innern hat die Erklärung des Ministers Dollwitz wiederholt; also es gibt keine Wahlreform.

Die Wahlrechtsfeinde haben sich heute organisiert. Wie stellt sich nun die Arbeiterschaft dazu. Eine Wahlrechtsänderung zieht eine Verschiebung der Machtverhältnisse nach sich. Die Anregung dazu kann und wird in den Parlamenten erfolgen, der Druck muß aber außerhalb der Parlamente liegen, da mögen sich die Bürger bekennen, mögen alle ihren Mann stellen. Der Wahlrechtskampf in Preußen stellt einen Teil des Kampfes um die Macht im Reich dar. Der Widerstand der Reaktion richtete sich dagegen, daß die im Volke vorhandenen Mächte ihren Ausdruck im Parlament finden.

Der Reichstag ist den Junkern verhaßt; je mehr die Sozialdemokratie ihn mit ihrem Geiste durchdringt, desto größer wird der Haß. Man wagt es nicht, offen vorzugehen, weil die Gefahr doch eine zu große ist, versucht nun aber in Preußen jeden Fortschritt zu verhindern. Die Arbeiterschaft hat riesige Kräfte in ihren Organisationen und die große Frage in der jetzigen Periode ist die, wie diese Kräfte für unsere Kämpfe anzuwenden sind. Früher hatten wir in Berlin an einem Tage 26 Versammlungen, griffen dann weiter

zu StraßenDemonstrationen, und der Kampf von 1910 ist einer der glorreichsten Baskentaten des deutschen, ja des internationalen Proletariats. Wir können ruhig die Verhinderung der „Wahlreform“ unseren Demonstrationen zuschreiben; obgleich ein direkter Erfolg nicht zu verzeichnen war. Wir müssen nun nach anderen Mitteln suchen. Vor 50 Jahren war das Bürgertum in einer ähnlichen Situation, die ihren Ausdruck in der Konstitution fand, aber das Bürgertum besah nicht den Mut, einen energischen Vorstoß zu wagen; obgleich Lassalle ermahnte, der reaktionären Regierung den Dornen aufs Auge und das Knie auf die Brust zu setzen. Man blieb bei der Ankündigung der Steuerverweigerung. Das Mittel der Steuerverweigerung ist auch neuerdings als Mittel im Kampfe disklutiert worden, es könnte auch zur Anwendung kommen, aber nur, wenn ganz besondere Verhältnisse vorliegen. Das Genossenschaftswesen ist ein Mittel, welches unbedingt von jedem beachtet werden muß; ferner die Bewegung zum Kirchenaustritt und der Kampf gegen den Militärstaat.

Ein wichtiger und stärker wirkt der ständige politische Kampf, die feste Organisations- und Aufklärungsarbeit des Proletariats. Mit großer Angst betrachten die Regierenden den Eintritt von immer mehr und besser geschulten Sozialdemokraten in das Heer, das Steigen des rebellischen Geistes in dem Beamtenheer.

Der Massen- oder Generalstreik ist uns da als eine Weisheitslehre erschienen, auf dem Bremer Parteitag war alles gegen mich, schon auf dem Parteitag in Jena wurde es als Kampfmittel aufgenommen. Die Sozialdemokratie ist sich dahin einig geworden, ihn anzuwenden, es ist nur zu prüfen, ob der gegenwärtige Augenblick der geeignete Zeitpunkt ist, ohne Vorbium muß das erwogen werden. Das Eintreten sogenannter revisionistischer Genossen, die doch immer als vorsichtige, kühl abwägende Beobachter hingestellt werden, erbe zu denken. Wenn solche Genossen dem Massenstreik ihre Reverenz erweisen, dann ist es klar, daß wir die Bahn beschreiten können. Warum sollten wir es nicht wagen? Haben wir erst einmal das allgemeine Wahlrecht, wird es keiner wagen, es uns wieder zu nehmen, daß würde die Revolution auf der ganzen Linie bedeuten.

In Schweden ist es ganz schmerzlos gegangen, zwar sind dort die Verhältnisse etwas anders und es kamen für den Kampf nur circa 400 000 in Frage.

In Belgien haben wir wohl ein anderes Militärsystem, immer zeigen sich revolutionäre Vorfälle, auch ist die Bevölkerung revolutionärer; wiederum sind sie aber nicht so aufgellärt; es gibt dort sogar noch viele Analphabeten.

Wir aber haben eine Arbeiterklasse, die gut organisiert ist, und das ist ein großes Gewicht, was wir in die Waagschale werfen können. Der wichtigste Helfer aber ist der preussische Staat, die Polizei, die uns ständig Hilfe leisten, und das haben wir vor Belgien voraus. Die Verhältnisse sind bei uns nicht ungünstiger als in Belgien. Der Kampf wurde geführt, bis die Regierung sich zu Reformen bereit erklärte, und nur abgebrochen; er wurde mit glänzender Disziplin geführt und war gut vorbereitet.

Randge waren der Ansicht, solche Streiks könnten nicht vorbereitet werden, die müßten spontan kommen. Diese sind wohl nun eines besseren belehrt worden. Lebensmittel wurden vorher aufgespart, trotz schlechter Lebensverhältnisse, und so haben sie es fertig gebracht, ohne Aufseher, ohne daß die Staatsgewalt Gelegenheit hatte einzugreifen, der herrschenden Klasse Zugeständnisse abzufragen.

Wir sind ja daran gewöhnt, jeden Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht zu vermeiden; alles das kann es aber nicht verhindern, daß die Gewalttäter versuchen werden, Zusammenstöße herbeizuführen. Darum haben wir unser Augenmerk auf die Schulung der Massen zu richten.

Ein Teil ist aus organisatorischer Verantwortlichkeit dagegen, sie befürchten, daß, wenn der Erfolg ausbleibe, würde die ganze Schuld auf sie gewälzt werden. Nicht von oben muß es kommen, sondern von unten mit ungestüher Macht hervorzubrechen.

Die Bedeutung eines freien Wahlrechts ist ungeheuer. Den Gewerkschaftsführern müsse gesagt werden, daß ihre Bedenken nicht zutreffen, der politische Massenstreik geht alle an, das politische Recht ist nicht anders als das gewerkschaftliche Recht. Die Staatsgewalt stellt sich bei Arbeiterkämpfen immer auf die Seite des Unternehmertums, siehe Randfeld, Rheinfeld, Koobit und der Streik der Bergleute im Ruhrgebiet, um nur einige Beispiele heranzugreifen.

Der Schrei nach dem Zuchthausgesch kam aus Breußen. Breußen ist der Ort der Reaktion, deshalb muß hier zuerst für bessere Verhältnisse eingetreten werden, die anderen Kleinststaaten würden schon nachfolgen, wenn hier der Sieg errungen ist. Der Kampf um ein besseres Wahlrecht ist wichtiger als der Kampf um eine Lohnerhöhung. Die Gewerkschaften dürfen nicht davor zurückschrecken, für die politischen Rechte einen Massenstreik zu führen. Die Gewerkschaften müssen auch die Gefahr einer Niederlage mit in Kauf nehmen. Hat nicht schon die Arbeiterschaft der ganzen Welt Niederlagen erlitten und haben sie ihr geschadet? Nein, gestärkt und neubelebt ist sie wieder aufgestanden. Man wird einwenden, ja machen auch die christlichen und gelben Organisationen mit? Wenn wir mit frischem Mute in die Arena treten, werden auch die Högernden mitgeriffen.

Früher hieß es, es gäbe nur einen Generalstreik auf Leben und Tod. Das ist falsch. Man kann ihn führen als Demonstrationstreik, als Streik bestimmter Orte und Berufe, kurzum, es gibt die verschiedensten Formen des Streiks. Ist es nun nicht an der Zeit, diese Mittel zu prüfen? Der Feldzug der reaktionären Mehrheit muß gesprengt werden.

Die Wahlrechtsbewegung muß bei der Eröffnung des Landtages einsetzen. Man wird sagen, es sind schlechte Zeiten. Vielleicht geben diese einen besseren Resonanzboden. Wir müssen alles vorbereiten; der Parteitag wird sich mit der Frage zu beschäftigen haben. Es wird nötig sein, einen außerordentlichen Parteitag für Breußen einzuberufen. Die Gewerkschaften werden gewonnen werden, gewonnen werden müssen.

Es wird ein Kampf sein, der sich über ganz Deutschland verbreiten wird, weil es keine alleinig preussische Sache ist. Ist die Bahn in Breußen frei, wird das andere schon kommen.

Die Situation von heute sagt uns: So kommen wir nicht weiter. Aus dem Empfinden heraus, etwas Erhabenes, etwas Machtvolleres zu schaffen, gebrauchen wir den Massenstreik als Machtmittel.

Die Stimmung der Massen muß opferwillig und bereit sein, die Aktion in den Parlamenten zu unterstützen, damit Breußen endlich ein Kulturstaat wird, daß alle die Versprechungen eingelöst werden.

Freiwillig wird nichts gegeben. Macht gegen Macht. Das Proletariat hat es in der Hand. Sorgen Sie dafür, daß das preussische Wahlrecht noch im kommenden Jahre zusammenbricht unter den wichtigen Schlägen des Massenbewußten und kampfbereiten Proletariats.

Rachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die letzten Landtagswahlen haben erneut bewiesen, daß es bei dem elenden Dreiklassenwahlrecht unmöglich ist, eine dem Willen des Volkes Rechnung tragende Vertretung zu erreichen.“

Die wiederholten Mahnungen, das Wahlrecht zum Abgeordnetenhause einer durchgreifenden Aenderung zu unterziehen, bleiben unberücksichtigt. Die Regierung beharrt, unterstützt von der reaktionären Mehrheit, auf ihrem Widerstand.

Der Arbeiterschaft als einzige Kampferin für volle Gleichberechtigung wird es dadurch zur Pflicht, den herrschenden Gewalttätigen den Kampf mit allen Mitteln anzufangen. Als eines dieser Mittel ist der politische Massenstreik anzusehen.

Die Versammelten sind sich bewußt, daß das Gelingen des großen Kampfes nur gewährleistet ist, wenn die gesamte Arbeiterschaft in selbigen Organisationen zusammengeschlossen ist. Die Versammelten verpflichten sich deshalb, in energischer Weise für den Ausbau der Organisationen Sorge zu tragen.

Gleichzeitig fordern sie die Leitenden Kreise der Arbeiterorganisationen auf, alle die Kampfmittel anzuwenden, die geeignet sind, dem Volke eine gerechte Vertretung im Abgeordnetenhause zu sichern.“

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Im Reichstagswahlkreise Raum burg-Weizenfels. Zeit ging die Zahl der Parteimitglieder im verflochtenen Geschäftsjahre infolge der im Kreise herrschenden Geschäftslage, durch die viele Genossen aus dem Kreise getrieben wurden, ein wenig zurück. Die Zahl der organisierten Frauen erhöhte sich um 25. Am Schlusse des Berichtsjahres gehörten dem Verein 5501 Mitglieder an, darunter 1194 weibliche. Die Zahl der einzelnen Verwaltungsjahren lag bei 44 auf 48. — Der Stand des Parteiblattes, des in Zeit erscheinenden „Volkboten“, ist im allgemeinen befriedigend. — Der Kreisvorstand legte ein Antrag vor, den Abonnementpreis des Blattes um 10 Pf. pro Monat zu erhöhen und dafür die „Neue Welt“ beizulegen. Der Antrag wurde gegen eine starke Widerheit abgelehnt. — Der Antrag auf Gründung eines Kreisbildungsausschusses wurde dem Kreisvorstand zur Erledigung überlassen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Begräbnis als Versammlung unter freiem Himmel. In Rendsburg hatte beim Begräbnis eines Genossen ein Gesangsverein ein Lied gesungen. Ein Pastor hatte beim Begräbnis nicht mitgewirkt, dafür erstatteten aber zwei Diener der christlichen Nächstenliebe Anzeige, weil nach der Meinung dieser Gottesmänner das Begräbnis ein „ungewöhnliches“ und daher anmeldepflichtig gewesen sei. Drei Genossen wurden deshalb wegen Vergehens gegen das Reichsvereinsgesetz angeklagt und jeder zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. Begründet wurde das Urteil damit, daß das Begräbnis einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel gleich zu achten sei, weil dabei gesungen wurde und weil 400 bis 500 Personen daran teilgenommen hätten. Die Auslegung des „liberalen“ Reichsvereinsgesetzes zeitigt immer schönere Blüten.

Jugendbewegung.

Ein weiblicher Jungdeutschlandbund.

Der Ruhm des Freiherren v. d. Goltz hat die Leiterinnen weiblicher Jugendvereine aus ihrem bescheidenen Dasein geweeht. Am 2. Juli tagte in Stuttgart eine Versammlung von Vertreterinnen der weiblichen Jugendvereine Stuttgarts, die sich mit der Schaffung einer gemeinsamen Organisation für die weibliche Jugend beschäftigte, von der die Rednerinnen eine Wiederbelebung ihrer im tiefsten Schlummer ruhenden Vereine erhoffen. Nach eingehender Aussprache wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die versammelten Vertreterinnen und Vertreter vieler Stuttgarter weiblicher Jugendvereine halten es für wünschenswert, auch für die heranwachsende weibliche Jugend die gleiche, der Gesunderhaltung und der körperlichen Erhaltung dienende zusammenfassende Organisation zu schaffen, wie es der Jungdeutschlandbund für die männliche Jugend ist. Die bestehenden Vereinigungen sollen in ihren Sonderbestrebungen aber dadurch nicht gehemmt werden.“

Amazontenkorps im Heere jungdeutscher Kriegsspieler? Ei, warum denn nicht. Das wäre wieder mal eine recht zugkräftige Sensation, die sicherlich die lichten Reihen der naturverwöhnten und menschenvernichtenden Kriegsspieler wieder füllen hilft — das heißt, wenn die Arbeiterschaft sich dies frivole Spiel mit ihren Kindern gefallen läßt.

Jungdeutsche Musterknaben.

Unser Parteiblatt in Halle erntet einem bürgerlichen Blatte folgende Notiz:

Am Sonnabend, nach 6 Uhr abend, kamen in der Heide fünf junge Damen kurz vor Bahnhof Kietzleben in einem Wagen bis achtzehnjähriger Mitglieder des Wehrkraftvereins Jungdeutschland. Schon von weitem ahmten diese den Gesang der Damen in markerschütternder Weise nach. Anstatt nun den Damen, wie es sich gehört, beim Begegnen auszuweichen, stellte sich ein etwa achtzehnjähriger Burche vor eine der fünf Damen und gab ihr ohne jeden Anlaß zwei schallende Ohrfeigen. Damit aber war es noch nicht genug; einige zwölf bis dreizehn Jahre alte Jungen verfolgten die Damen noch ein Stück Wege und bearbeiteten sie mit Häufen.

Es ist wünschenswert, wenn sich die Wehrkraftfängerlinge darüber erholen, daß singende Damen ihnen den Weg vertreten, wo doch jeder Polizist und Nachtwächter gewissermaßen dienstlich verpflichtet ist, vor Jungdeutschland Kotau zu machen. Die Schlagfertigkeit des angehenden Kriegers, die er als gelehriger Schüler der jungdeutschen Schule sich so schnell aneignen verstand, zeugt von einer militärischen Begabung und Tüchtigkeit, die — wie beim Rommish — auch im Jungdeutschlandbund belobt werden müßte. v. d. Goltz sollte Orden für Musterknaben einführen.

Aus der österreichischen Jugendbewegung.

Eine Verbeaktion der deutsch-österreichischen Jugendorganisation in den Kreisen Wiener Neustadt (Nieder-Österreich), Karlsbad, Teply und Reichenberg (Böhmen) brachte dem Verband jugendlicher Arbeiter Österreichs im vorigen Wochen 1973 neue Mitglieder!

Genossenschaftliches.

Zentralsterbekasse „Leo“ und „Volkfürsorge“.

Neuerdings werden wieder in der katholischen Presse Westdeutschlands Vergleiche zwischen dem Sterbegelde der „Leo“-Kasse und den tariflichen Versicherungssummen der „Volkfürsorge“ angestellt, und dann gesagt, daß die „Leo“-Kasse keinen Grund habe, einen Vergleich mit der roten „Volkfürsorge“ zu scheuen. Da die „Leo“-Kasse mit ihrem Vergleich auf halbem Wege stehen bleibt, erfüllen wir ihren Wunsch, diesen etwas zu vervollständigen.

Aufnahmebedingungen.

Die „Volkfürsorge“ nimmt alle Volkangehörigen auf. Männer, Frauen, Kinder, unbekümmert um ihre religiösen und politischen Anschauungen, unbekümmert auch um ihre Zu- oder Nichtzugehörigkeit zu Vereinen irgendwelcher Art. Die „Leo“-Kasse nimmt nur Mitglieder katholischer Vereine auf.

Die „Volkfürsorge“ stellt keine hochnotpeinlichen Vorfragen bezüglich des Lebenswandels der Aufzunehmenden.

Die „Leo“-Kasse nimmt nur Personen auf, welche einen achtbaren Lebenswandel führen. Die „Leo“-Leute scheinen in dieser Beziehung sehr strenge Richter zu sein, denn sie melden selbst in ihrem Jahresberichte, daß sie im Jahre 1912 in 638 Fällen die Aufnahme abgelehnt haben.

Bei der „Volkfürsorge“ findet eine ärztliche Untersuchung nicht statt; die „Leo“-Kasse verlangt in zweifelhaften Fällen aber wenn das Sterbegeld den Betrag von 500 M. übersteigt, auf Kosten des Versicherungsnehmers ein ärztliches Gesundheitsatze.

Auch bei Prüfung des Gesundheitszustandes scheint die „Leo“-Kasse sehr streng zu verfahren, denn ihr Jahresbericht meldet, daß sie in 41 Fällen die Parteilose auf drei Jahre verlängert hat.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen „Volkfürsorge“ und „Leo“-Kasse, der, wie jedermann weiß, auch für die Berechnung der Versicherungssummen in Betracht kommt, ist also der: die „Volkfürsorge“ betreibt Volkversicherung mit nicht ausgewählten Risiken, die „Leo“-Kasse, eine kleine Sterbekasse, mit nur streng ausgewählten Risiken.

Aufnahmegebühr.

Die „Volkfürsorge“ erhebt von allen Versicherungsnehmern, unabhängig von der Höhe der Versicherungssumme, eine Aufnahmegebühr von 1 M. Anders bei der „Leo“-Kasse.

Bei 1500 M. Versicherungssumme beträgt die Aufnahmegebühr bei der „Vollfürsorge“ 1 M., bei der „Leo-Tasse“ 7,70 M.

Prämienzahlung.

Bei der „Leo-Tasse“ ist es Vorschrift, daß die Prämien am ersten jedes Monats bezahlt werden müssen; bei Zahlungsverweigerung wird für je 50 Pf. und Monat eine Strafe von 2 Pf. erhoben. Das bedeutet also für sehr viele Mitglieder eine Beitragsverhöhung von 4 bis 20 Proz. Die „Vollfürsorge“ kennt selbstverständlich ein solches Strafsystem nicht.

Ausschluß.

Wer aus einem katholischen Verein austritt oder ausgeschlossen wird, wer die bürgerlichen Ehrenrechte verliert, wer unrichtige Angaben bei seiner Aufnahme gemacht hat, wird aus der „Leo-Tasse“ ausgeschlossen. Es braucht nicht erst betont zu werden, daß die „Vollfürsorge“ derart rigorose Bestimmungen nicht hat.

Prämienfreie Versicherung.

Bei der „Leo-Tasse“ kann die Umwandlung in eine prämienfreie Versicherung erst nach dreijähriger Prämienzahlung erfolgen; bei der „Vollfürsorge“ findet eine Umwandlung erforderlichenfalls schon im ersten Jahre statt.

Die „Leo-Tasse“ verfährt also genau so rigoros wie die kapitalistischen Gesellschaften, ja, infolge ihrer Ausschlußbestimmungen noch weit rigoros.

Im Jahre 1912 schieden bei der „Leo-Tasse“ aus: durch Tod 1034 Mitglieder mit 98 588 M. Versicherungssumme, durch sonstige Ursachen 1687 Mitglieder mit 219 793 M. Versicherungssumme.

Können die Herren von der „Leo-Tasse“, die angeblich einen Vergleich ja nicht zu scheuen brauchen, auch nur eine einzige Versicherungsgesellschaft nennen, bei welcher der anormale Abgang an Versicherungssummen über 69 Proz. des Gesamtabgangs beträgt?

Der Arbeiter ist in der Lage, in ähnlicher Weise die Bedingungen der „Vollfürsorge“ mit denen von Versicherungsgesellschaften zu vergleichen.

Von der Konsumentenorganisation in Oesterreich.

In Wien tagte soeben der 11. Verbandstag der Arbeiterkonsumvereine. Dem Verband gehören zurzeit 540 Genossenschaften (+ 25) an. Die berichteten 434 Konsumvereine hatten 1912 296 154 Mitglieder (+ 23 000), eine Zunahme trotz der Gallanreise. Der Umsatz stieg um 12,8 Millionen Kronen auf 97,7 Millionen Kronen, pro Kopf von 312 auf 329 Kronen. Der „Konsumverein“ hat eine Auflage von 4800 (+ 900), das genossenschaftliche Familienblatt eine Auflage von 83 000 (+ 10 000) erreicht. Die prämien-sparenden Geschäfte der Versicherungsabteilung, die zur eigenen G. m. b. H. ausgestaltet wird, wachsen, der scheidische Separatismus konnte wenigstens neue Schädigungen nicht aufweisen.

Aus der Begrüßungsansprache des Genossen Dr. Viktor Adler seien folgende Worte wiedergegeben:

Es ist nicht der Zweck der Konsumvereine, Sozialdemokraten zu machen oder auszubilden. Aber die Einsicht, die dem einzelnen Konsumenten im Konsumverein in den ganzen Mechanismus der Konsumtion gegeben wird, muß ihn allmählich und automatisch aus einem Genossenschaftler zu einem guten Genossen umbilden. Das ist keine Statutenüberschreitung, das ist nichts, was sich etwa zwischen den Klippen der Paragraphen einschieben ließe. Es ist einmal so, daß jede zielbewußte, zweckdienliche Tätigkeit der Arbeiterklasse mit Notwendigkeit führt zu einer Gemeinschaft strebender, wollender und wissender Arbeiter. Und strebende, wollende und wissende Arbeiter können nichts anderes sein als Sozialdemokraten.

Der Verbandssekretär Wilhelm berichtete, daß 1912 an die Angehörigen der Konsumvereine um 780 000 Kronen, 14 Proz., mehr als 1904, auf gleiche Verhältnisse berechnet, ausgegahlt wurde.

Beschlossen wurde u. a. die Errichtung eines Frauen-Agitationskomitees und eines Bildungsfonds, denen in erster Linie die durch die Steuernovelle von 1913 ersparten Beträge zufliessen. Nach deutschem Muster wird ein Komitee mit den Gemeindefunktionären von Streitfragen unterbleiben. Nach einem Referat des Genossen Dr. Renner wurde einstimmig beschlossen, den Gedanken der „Vollfürsorge“ zu propagieren.

Der nächste Verbandstag wird in Triest stattfinden.

Gerichts-Zeitung.

Arbeiterwohnungen auf dem Lande.

Western stand der Genosse Fritz Haas, Redakteur des Organs „Der Landarbeiter“, als Angeklagter vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I. Nach der Mitteilung einer Gerichtskorrespondenz — da uns keine Nachricht von dem Termin zugeht, konnten wir keinen besonderen Berichterstatter entsenden — handelt es sich um einen Artikel in der Januarnummer des „Landarbeiter“. Durch ihn schickte sich Rittergutsbesitzer und Amtsvorsteher Dr. Krause in Pölnitz bei Breslau beleidigt. Es fand in dem Artikel die Wohnungsverhältnisse und Verhältnisse einer Arbeiterin geschildert. In der gestrigen Verhandlung bekundete ein entlassener Gutsarbeiter des Dr. K., daß tatsächlich Durschen und Mädchen in einem Räume geschlafen haben, allerdings sei dies ausdrücklich von der Gutsverwaltung verboten worden. Die weitere Beweisaufnahme ergab, entgegen dem Inhalt des Artikels, daß Dr. K. und seine Gattin in ausgiebiger Weise für eine Wöchnerin gesorgt hätten. — Das Gericht erkannte trotz der bisherigen Unbescheidenheit des Angeklagten auf die vom Staatsanwalt beantragte hohe Strafe von 1 Monat Gefängnis.

Auf Worb und Anstiftung zum Mord.

lautet eine Anklage, deren Verhandlung heute vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmeier begann. In der Verhandlung soll ein Indizienbeweis geführt werden. Es handelt sich um die Aufführung eines im Dezember 1910 anscheinend begangenen Mordes. Am 6. Dezember 1910 wurde die Leiche des in Charlottenburg, Solowjestrage 8, wohnhaften Schankwirts Albert Wenzel in seinen Schankräumen aufgefunden. Die Leiche zeigte eine Schusswunde in der linken Schläfe. Es wurde Selbstmord angenommen und die Leiche beerdigt. Später führte doch der Verdacht durch, daß Wenzel das Opfer eines Verbrechens geworden sein dürfte. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurde im Juli 1912 die Leiche ausgegraben. Der Schädel wurde vom Medizinalrat Dr. Stürmer konfiszieren und es ergab sich, obwohl Wenzel Rechtschänder war, zwei Kugeln die linke Schläfe getroffen hatten und schon der erste Schuß tödlich gewesen sein muß.

Als vermeintlicher Täter des anscheinend vorliegenden Verbrechens steht nun der Mieter und Monsieur Friedrich Nidel unter der Anklage des Mordes vor den Geschworenen, während die Frau des Verstorbenen, jetzige Hauswirtsin Anna Wenzel geb. Schiele sich auf die Anklage der Anstiftung zu verantworten hat.

Der Angeklagte Nidel, ein 35 Jahre alter Mann, ist u. a. wegen Verletzung und lebensgefährdender Behandlung seiner Ehefrau bestraft, von der er getrennt lebt. Frau Wenzel ist im Jahre 1869 in Gernrode am Harz geboren; sie ist unbestraft. Beide Angeklagte befinden sich seit dem 4. April 1912 in Untersuchungshaft.

Anwältin Nidel betritt entschieden, daß er ein arbeitsscheuer Mensch sei, wie einmal behauptet worden; er habe immer gearbeitet und sei viel auf Montage gewesen. Im Jahre 1910 sei er mit mehreren anderen Kollegen für die Sogener Firma nach Charlottenburg zum Bräudenbau entsendet worden. Er hat bei Wenzel als Schlafburde Wohnung genommen und auch am Todestage Wenzels dort gehohnt. Nach seiner Behauptung ist er erst nach dem Tode Wenzels, und zwar erst im November 1911 in dauerndem intimen Verkehr mit Frau Wenzel getreten; er sei immer lustig undibel gewesen und wenn er über den Zeitpunkt,

wo dieser Verkehr begonnen, dritten Personen gegenüber andere Angaben gemacht haben sollte, so wäre dies aus Scherz geschehen. Am 6. Dezember 1910 sei er nachmittags 3 Uhr mit Wenzel haben gegangen. Er habe mit Wenzel auf sehr gutem Fuß gestanden. Während er ein Schimmelhut genommen, sei Wenzel in ein Bannendbad gegangen. Als er nach Beendigung des Bades Wenzel wieder aufsuchte, habe dieser mit blaßem Gesicht dagehessen und mit stierem Blick ins Weite geschaut. Auf eine Frage habe er geantwortet, daß ihm das Baden nicht gut bekommen sei. Beide hätten dann noch mehrere Wirtschaften besucht; in zwei Wirtschaften sei Wenzel so aufgeleitet gewesen, daß er herumgelangt habe. Schließlich seien sie nach Hause gegangen und er, der Angeklagte, habe sich auf ein Sofa gelagert und sei eingeschlafen. Etwa um 20 Minuten vor 12 Uhr sei er aufgewacht und habe zwei Bekannte, welche noch Billard spielten, Vorwürfe gemacht, daß man ihn solange habe schlafen lassen. Als man ihn aufforderte, eine Partie mitzuspielen, habe er etwas davon gesagt, daß er zwar Wenzel gegenüber Mut zu einer Skarabologepartie habe, aber nicht gegenüber den anderen. Wenn die Jungen behaupten, er habe etwas von „Mut“ gegen Wenzel gesprochen, so haben sie sich gründlich verhöhrt. — Der Angeklagte erklärte auf das Bestimmteste, daß er von der Tat absolut nichts wisse. Er sei erst am nächsten Morgen dazu gekommen, als man Wenzel tot aufgefunden habe. Wichtig sei es, daß er sich auf Ersuchen der Frau Wenzel dazu entschlossen habe, das Schankgeschäft fortzuführen. Das sei etwa 10 Tage lang geschehen, am 22. Dezember sei er schon zum Besuch in Hagen gewesen. Nach Neujahr sei er wieder zurückgekommen. Er habe niemals von Frau Wenzel Geld erhalten, im Gegenteil sei ihm diese noch 20 M. schuldig, ebenso müsse er beitreten, nach dem Tode Wenzels einen Anzug desselben getragen zu haben.

Der verstorbene Wenzel habe einen Tag vor dem Tode einen Tobuchsanfall gehabt und dabei das Vorgehen in der Küche zertrümmert. Weiter erzählt der Angeklagte einen Vorfall, bei welchem einmal Wenzel durch vor zwei Leuten geäußert haben soll, die nach seiner Behauptung erklärt hätten, ihn erschießen zu wollen. Er selbst habe niemals im Wenzelschen Lokal Gewalttätigkeiten ausgeführt, aber mehrfach Herrn Wenzel bei Konflikten mit seinen Gästen, unter denen sich vielfach Schiffersknechte befanden, in Schutz genommen. Der Verteidiger Rechtsanwältin Kränkel verweist ferner darauf, daß Nidel nach seiner Behauptung in zwei Fällen einem anderen das Leben gerettet habe. Der Angeklagte bemerkt hierzu: Im Jahre 1906 habe ein Kind aus der Wupper gerettet und 1910 einen jungen Mann beim Baden im Rhein.

Dann stellt sich der Weiterverhandlung eine große Schwierigkeit entgegen. Nach der Anklage soll Nidel mehrfach zu Arbeitskollegen geheimnisvolle Andeutungen gemacht haben, aus denen zu schließen sei, daß er Herrn Wenzel auf Anstiften der Ehefrau erschossen habe. Der Verteidiger behauptet demgegenüber, daß diese verdächtigen Bemerkungen ganz bedeutungslos seien, da der Angeklagte, dem vor Jahren in Wülshelm eine schwere Henschnur aus nicht unbedeutender Höhe auf den Kopf gefallen sei und ihn verletzt habe, nach dem Genuß von Alkohol sehr schnell in einen Zustand gerate, der ihn das richtige Zeug schmecken lasse. Der Unfall sei seinerzeit während seiner Beschäftigung bei der Firma Heim Lehmann vorgekommen, der Angeklagte sei von einem Arzt einer Berufsgenossenschaft behandelt worden, er selbst habe leichtfertig die Sache nicht für schwer gehalten, die Folgen des Unfalls seien aber doch bald eingetreten. Denn der Angeklagte sei seitdem schwerhörig, leide des Nachts an Alpträumen, führe aus unruhigen Träumen plötzlich empor usw. u. s. w. Er beantrage, den Sachverständigen Dr. Stürmer zu befragen, ob nicht ein solcher Mann, der einen solchen Unfall erlitten, unter der Einwirkung des Alkohols leicht in einen Zustand kommt, wo er allerlei Dummdinge redet. Anwesende Zeugen werden bekundet, daß der Angeklagte diesen Unfall erlitten hat; leider müsse er nicht mehr den Namen des Arztes, der ihn behandelte. — Medizinalrat Dr. Stürmer stellt fest, daß sich an dem Schädel des Angeklagten deutlich das Seiden einer ganz gehörigen Depressionsfraktur zeige. Er halte es durchaus für notwendig, daß der Sache weiter nachgegangen und durch Befragung des behandelnden Arztes festgestellt werde, welcher Art die Verletzung war und welche Folgen auf den Gesundheitszustand des Angeklagten daraus anzunehmen seien. Er würde es für eine eminente Pflicht halten, wenn er, der den Angeklagten heute zum ersten Male sehe, ohne weiteres ein Gutachten abgeben möchte.

Das Gericht beschließt, eine Pause einzutreten zu lassen und Ermittlungen anzustellen, bei welcher Berufsgenossenschaft die Firma einen Monteur, der in ihrem Dienst in Wülshelm a. Ruhe einen Unfall erlitten hat, versichert. Diese Ermittlungen haben nicht den gewünschten Erfolg. Die Nachfrage bei der Nordöstlichen Berufs-genossenschaft haben ergeben, daß diese nicht in Frage komme, wahrscheinlich handle es sich um die Maschinenbau- und Kleinisen-Industrie-Berufs-genossenschaft in Düsseldorf. — Rechtsanwalt Dr. Walter Kränkel stellt hierauf eine Reihe von Anträgen. Danach sollen weitere Untersuchungen über die körperliche und geistige Beschaffenheit Nidels angestellt und auch der Berufsgenossenschaftsarzt in Wülshelm vernommen werden. Ferner soll der praktische Arzt Dr. Simon, der zur ärztlichen Hilfeleistung zu Wenzel gerufen worden war und diesen noch lebend angegriffen hatte, darüber vernommen werden, wann wohl die Verletzung dem Wenzel beigebracht worden, ob in der Nacht oder am frühen Morgen, d. h. ob es denkbar ist, daß Wenzel mit dieser Verletzung die ganze Nacht noch lebend gelegen haben kann, bis er um 8 Uhr morgens aufgefunden wurde. Mehrere Zeugen sollen darüber vernommen werden, daß Nidel tatsächlich mehreren Menschen das Leben gerettet hat und viele Jahre als sehr fleißiger und tüchtiger Arbeiter sich bewährt hat.

Nach langer Beratung beschließt der Gerichtshof: die Sache zu vertagen, über die Vorgänge bei dem Unfall des Nidel im Jahre 1907 die Akten der Berufsgenossenschaft in Düsseldorf einzufordern und den Wülshelmer Arzt tatsächlich zu hören, den Angeklagten auf seinen körperlichen und geistigen Zustand und daraufhin unterfragen zu lassen, ob seine Verletzung geeignet war, eine pathologische Lügenhaftigkeit nach dem Genuß von Alkohol auszulösen, ferner schriftliche Gutachten von dem Wülshelmer Arzt und dem Geh. Medizinalrat Dr. Leppmann einzufordern und noch eine Reihe neuer Zeugen zu dem später anzuberaumenden Termin zu laden.

Der Antrag auf Kostenlassung der Frau Wenzel wird abgelehnt, da sie der Anstiftung zur Ermordung ihres Ehemannes dringend verdächtig sei und auch Kollisionsgefahr vorliege.

Aus aller Welt.

Der abgebitzte Vorgesetzte.

Einen recht unangenehmen Verlauf für den Vorstand des Militärtelegraphen, Oberleutnant Belgien, nahm ein Prozeß, der am Donnerstag gegen den Feldwebel Horstmann vom Elisabeth-Regiment vor dem Oberkriegsgericht des Gardekorps verhandelt wurde. Horstmann war zum Militärtelegraphen abkommandiert worden und hatte mit seinem Vorgesetzten, dem Oberleutnant Belgien, wiederholt Differenzen. Einmal Tages fand auf Grund einer Meldung des Oberleutnants gegen Horstmann eine verantwortliche Vernehmung statt, bei der Horstmann eine Reihe Beschwerden über seinen Vorgesetzten vorbrachte. U. a. erwähnte der Angeklagte, er habe eines Tages dem Oberleutnant um Urlaub gebeten, weil seine Ehefrau in den nächsten Tagen einem freudigen Ereignis entgegenstehe. Oberleutnant B. habe sich jedoch ablehnend verhalten und im Laufe des Gesprächs die Kennerung getan: „Die Wilden schneiden sich ihre Kinder allein ab. Ihre Frau oder Braut natürlich eine Pflegerin!“ Hierin erblickte der Oberleutnant, der von der Kennerung erfuhr, eine Beleidigung. Er bestritt, eine solche oder auch nur eine ähnliche Kennerung getan zu haben, und dadurch, daß der Feldwebel eine solche Behauptung aufgestellt, habe er sich der vorzunehmenden Beleidigung eines Vorgesetzten schuldig gemacht.

Vor dem Oberkriegsgericht mußte der Oberleutnant Belgien zugeben, daß die Möglichkeit vorliege, daß er eine ähnliche Kennerung getan habe. Da der Feldwebel bei der Vernehmung erklärt hatte, daß sein Vorgesetzter die Kennerung im ironischen und höhnischen Tone gesagt habe, wollte ihn der Vertreter der Anklage wegen einfacher Beleidigung zu einem Tage gelinden Arrest verdonnern lassen. Aber auch das gelang nicht, das Oberkriegsgericht sprach den Angeklagten frei.

Was aber geschieht mit dem menschenfreundlichen Oberleutnant? Ist es übrigens keine Beleidigung, wenn man einen königlich preussischen Feldwebel mit einem Wilden vergleicht? Wird man seine eigenartige Stellung zum Problem der Volksvermehrung gebührend würdigen?

154 Menschen verbrannt.

Eine furchtbare Brandkatastrophe hat sich nach einer telegraphischen Meldung in der Nacht zum Freitag in der russischen Stadt Simbirsk zugetragen. In einem ganz aus Holz erbauten Hotel brach ein Brand aus, der das ganze Gebäude in wenigen Minuten vollständig einäscherte. Da in dem Orte gerade die Messe abgehalten wird, war das Hotel sehr stark besetzt. Es heißt, daß 154 Personen bei lebendigem Leibe verbrannt sind.

Frankfurt a. M. — Königsberg i. Pr.

Eine bemerkenswerte Fernfahrt hat das für die Militärverwaltung bestimmte Luftschiff „L. 3. 19“ vollführt. Das Luftschiff stieg am Donnerstag vormittag 11 Uhr in Frankfurt a. M. auf, kreuzte abends gegen 8 Uhr über Slettin und setzte ohne Zwischenlandung längs der Küste seiner Fahrt nach Königsberg fort wo es Freitag früh bald nach 6 Uhr landete. Die vom „L. 3. 19“ durchfahrene Strecke beträgt über 1000 Kilometer.

Fortschritte der drahtlosen Telegraphie.

Wie gemeldet wird, haben die jetzt begonnenen Versuche der Hochfrequenz-Röhren-Altkriegsgesellschaft für drahtlose Telegraphie (System Goldschmidt), eine drahtlose Verbindung zwischen Hannover und den Vereinigten Staaten herzustellen, vollen Erfolg gehabt. Die der Gesellschaft gehörige, noch unferliche Station in Luderton (Vereinigte Staaten) hat die bei vollem Tageslicht auf der ganzen Strecke gegebenen drahtlosen Depeschen der Station Elbese bei Hannover einwandfrei aufgenommen.

Der Abgeordnete als Vermittler.

Von dem römischen Kassationshof ist soeben ein Urteil gefällt worden, dessen Begründung sich gewisse Abgeordnete hinter die Ohren schreiben sollten. Der Abgeordnete Brunardi hat eine Petition Parisi auf Vermittlergebühr in der Höhe von 304 000 Lire verklagt, weil er ihr den Bau und den Betrieb mehrerer Eisenbahnstrecken verschafft hat. Das Gericht erkannte die Forderung des Abgeordneten für rechtmäßig, fügte aber in die Motivierung den folgenden Satz ein: „Man wird das Vorgehen Brunardi wenig korrekt nennen können, da seine Vermittlung gegen Vergütung den Charakter einer Spekulation annimmt, die dem Wesen und dem Amt des Trägers eines parlamentarischen Mandats durchaus widerspricht und von den öffentlichen Gewissen getadelt wird, weil dadurch der Abgeordnete zum Affaristen wird, aber dieses tut der Rechtmäßigkeit der Forderung einer Vermittlergebühr keinen Abbruch.“ Das bedeutet aus der fürchterlichen Juristenpraxis in verständliche Ausdrucksweise übersetzt, daß der Abgeordnete sich einen unanständigen Verdienst verschafft hat, von dessen Geltendmachung ihn aber das Gesetz und die Gerichte nicht abhalten können!

Die beunruhigten Amerikaner.

Die Landung des „Zeppelin“ in Lunenburg scheint, wie der „Mail“ erzählt, eine seltsame und ferne Wirkung in Amerika hervorgerufen zu haben. Man hat damals das Luftschiff ausgiebig besprochen und dabei auch erwähnt, daß sich an Bord auch ein luxuriöses ausgestattetes W.-C. (Klosett) befand. Diese Mitteilung hat, wie es scheint, die Amerikaner beunruhigt. Sie sagen, daß ein W.-C., so luxuriös es auch sein mag, sich nicht nach unten entleert, daß dort unten einige freie amerikanische Bürger sitzen oder gehen könnten, die das nicht zu dulden brauchen. Deshalb zirkuliert jetzt in ganz Amerika eine Petition, die bereits von Tausenden unterzeichnet worden ist und in der der Senat aufgefordert wird, die Einrichtung von W.-C.s auf Luftschiffen zu verbieten. Die Petition hat alle Aussicht, angenommen zu werden, und die amerikanischen Luftschiffer werden zusehen müssen, wie sie fertig werden.

Kleine Notizen.

Grubenunglück in Obersachsen. Auf der Heintzgrube bei Weuthen wurden am Freitag fünf Bergleute verschüttet. Einer von ihnen konnte bisher als Leiche geborgen werden.

Noch ein schwerer Grubenunfall. Auf dem im Abhauen begriffenen Schacht Craya bei Borbis kippte am Donnerstag eine Arbeiterbahn um, so daß ein Teil der darauf beschäftigten Leute abstürzte. Zwei Arbeiter kamen zu Tode, einer wurde schwer und drei leicht verletzt.

Dynamitexplosion. In der Fabrik von Hamburger u. Gademann in Genshau (Russ. Polen) ist eine Dynamitexplosion erfolgt. Vier Personen sind lebensgefährlich verletzt worden.

Ein tollwütiger Hund. In der russisch-polnischen Ortschaft Sosnowice sind dreißig Personen von einem tollen Hunde gebissen worden. Die Verletzten sind nach Warschau in das dortige Pasteurinstitut übergeführt worden.

Marktwerte von Berlin am 3. Juli 1913, nach Ermittlungen des Königl. Volkswirtschaftsamt. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 15,20 bis 20,20, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Roggen, gute Sorte 16,28—16,40, mittel 16,34—16,35, geringe 16,20—16,32 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,90—16,70, mittel 15,90—16,20, geringe 15,50—15,80. Hafer, gute Sorte 17,20—18,50, mittel 16,20—17,20. Weizen (mixt), gute Sorte 15,50—16,00. Weizen (runder), gute Sorte 15,80—16,00. Weizen (schmal), gute Sorte 0,00. Gerstl. alt 0,00—0,00, neu 0,00—0,00.

Markthallenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speldebohnen, weiße 30,00—30,00. Linsen 35,00—30,00. Kartoffeln (Kleinbl.), alte 7,50—9,00, neue 10,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch, 1,30—2,40. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Gemmefleisch 1,50—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—5,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,60—2,80. Kalle 1,20—3,20. Jander 1,40—3,00. Dögle 1,00—3,00. Sardine 1,00—2,40. Säfte 1,40—3,50. Eier 0,80—1,00. 60 Stück Krebse 1,50—60,00.

Witterungsübericht vom 4. Juli 1913.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in C. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in C. u. F.
Emmende	758,0	SW	1	bedekt	16	Dachau	753,0	SW	2	bedekt	20
Hamburg	757,0	SW	1	bedekt	14	Petersburg	756,0	SW	1	wolkig	21
Berlin	757,0	SW	1	bedekt	15	Schw.	761,0	SW	1	wolkig	14
Frankf. a. M.	758,0	SW	1	bedekt	14	Aberdeen	753,0	SW	2	bedekt	12
München	760,0	SW	2	bedekt	12	Paris	762,0	SW	1	bedekt	15
Wien	759,0	SW	1	bedekt	14						

Wetterprognose für Sonnabend, den 5. Juli 1913.

Ziemlich kühl und veränderlich, vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gewerkchaftliches.

Ultramontane Zwiespältigkeit.

Wenn es sich um Arbeiter handelt, dann predigt die ultramontane Presse stets Zerspaltung. Die politische und gewerkchaftliche ultramontane Presse befindet sich dabei in wunderbarer Uebereinstimmung. Eine einige, von den Fesseln der Kirche und der Zentrumsparlei losgelöste, nur ihr Klasseninteresse verfolgende Arbeiterorganisation ist den „abgestempelten“ Frommen in der Seele zuwider. Darum reizt man die Arbeiter auseinander; ja, die Prediger der Nächstenliebe hegen die Arbeiter gegeneinander. Ziel doch in einer Versammlung der Christlichen aus dem Munde eines Geistlichen sogar das Wort von den Todsünden im anderen Lager. Damit waren die freien Gewerkschaften gemeint!

Verchiedene Weltanschauung und religiöse Meinung soll ein Hindernis einer gemeinsamen wirtschaftlichen Organisation sein. Aus politischen Erwägungen wirft man den Zankapfel zwischen die Arbeiter. Die Kirchengläubigen werden verpflichtet, wollen sie nicht ihr Seelenheil gefährden, aus religiösen Gründen auf die gemeinsame Vertretung gemeinsamer Interessen zu verzichten. Aber das gilt nur für die Arbeiter, nur für diese! Den übrigen Berufsständen macht man dergleichen Vorschriften nicht. Mit Nichtchristen, mit ausgesprochenen Ungläubigen sitzt der christliche Scharfmacher vergnügt und ungestört in der Scharfmacherorganisation und schmiedet dort mit den anderen schwarze Pläne gegen christliche und nichtchristliche Arbeiter. Geschlossene, von keinem christlichen Demagogen behinderte Organisationen der Metzger, Handwerker, Kaufleute, Bauern usw. widmen sich, oft mit seltener Rücksichtslosigkeit, der Wahrung und Vertretung ihrer besonderen wirtschaftlichen Interessen. Und während die Arbeiter außer gegen das Kapital auch noch gegen einseitige Maßnahmen mancher Behörden kämpfen müssen, erfreuen sich die übrigen Berufe deren liebevollster Unterstützung.

Auf ihre Zwiespältigkeit in dieser Beziehung ist die ultramontane Presse sogar noch recht stolz. Sie rechnet es sich als ein hohes Verdienst an, die geschlossene Berufsorganisation der — Nichtarbeiter grundtätlich und machtvoll zu fördern. In einem Artikel „Die christlichen Bauernvereine als wirtschaftliche Berufsorganisationen“ tritt die „Kölnische Volkszeitung“ — Nr. 573 — energisch für den Ausschluß religiöser und politischer Fragen aus der Berufsorganisation ein. Zu diesem Zwecke wird die Auslassung eines Vereinspräsidenten zitiert, der sich gegen das Vereinzeln politischer und konfessioneller Fragen in die Organisation wendet. Er jagt dazu:

„Ich halte es für nicht ausgeschlossen, daß irgend jemand, der in sich den Beruf fühlt, eine Rolle zu spielen, an diesem Punkt den Hebel ansetzt, um zu seinem Ziele zu gelangen und die Einigkeit zu sprengen. Ich würde einen solchen für einen Verräter an der guten Sache, ja sogar am Vaterlande halten.“

Dann sind aber doch auch Verräter an der Arbeitersache alle jenen Leute, die mit dem allergrößten Eifer und den wertvollsten Mitteln des Geisteszwanges die Arbeiter auseinander hegen, eine geschlossene Organisation der wirtschaftlich Unmachtigsten verhindern. Warum sollen die Bauern unterschiedslos sich organisieren dürfen, während es den katholischen Arbeitern als todeswürdiges Verbrechen angerechnet wird, mit ihren Berufs- und Leidensgenossen zusammen an der Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage zu arbeiten?

Auf solche Frage kann man nur mit rabulistischen Spitzfindigkeiten antworten. Aber keine Jesuitenlogik schafft die Tatsache aus der Welt, daß die Erbdäcker abgestempelten Glaubens, die patentierten Güter offiziell anerkannter Religion der Zerspaltung der Arbeiter als im Hauptgeschäft betreiben, den Zusammenschluß der grimmigsten Gegner der

Arbeiter sowie anderer Berufsgruppen keinerlei Schwierigkeiten bereiten, sie vielmehr eifrigst fördern und unterstützen. Denkende, nicht gänzlich dem Fatalismus verfallene Arbeiter muß diese Zwiespältigkeit der Zentrumschriften doch stutzig machen.

Berlin und Umgegend.

Differenzen im Verbands der Gastwirtsgehilfen.

Die Ortsverwaltung Berlin I des Verbandes der Gastwirtsgehilfen hatte ein Ortsstatut beschlossen, das in verschiedenen Punkten dem Verbandsstatut widersprach. Die Hauptverwaltung genehmigte dieses Statut nicht und hob die schon früher zur Einführung gebrachte Bezirkserteilung und Delegiertenvertretung vorläufig wieder auf. Ein Versuch der Hauptverwaltung, ihre Maßnahmen vor den Mitgliedern zu rechtfertigen, scheiterte, da die von ihr einberufene Generalversammlung durch die Opposition an einem ordnungsgemäßen Verlauf verhindert wurde. Durch das Verenden eines Flugblattes an die Verwaltungsstellen im Reich, durch die Nichtwiederwahl zweier Beamten, lediglich aus dem Grunde, weil diese sich verpflichtet fühlten, die Beschlüsse der Hauptverwaltung auszuführen, wurde der Zwiespalt immer größer. Schließlich mußte die Hauptverwaltung einige von der „Opposition“ ausschließen. Diese gingen nun nicht den durch das Statut vorgeschriebenen Weg des Rekurses, sondern sie berieten, zusammen mit einer weiteren Anzahl ihrer Gewinnungsgenossen, eine Versammlung ein, wählten dort einen Vorstand, beschloßen ein eigenes Bureau zu errichten, eigene Marken herauszugeben usw. Damit hatten sich die Betroffenen außerhalb der Organisation gestellt, sie mußten darum ausgeschlossen werden.

Nummehr riefen die Ausgeschlossenen die Berliner Gewerkschaftskommission als Vermittlungsinanz an. Es wurde ein Schiedsgericht gebildet, zusammengesetzt aus Mitgliedern der Berliner Gewerkschaftskommission und der Generalkommission. Das Schiedsgericht unterbreitete nach dreitägigen Verhandlungen Einigungsvorschläge zusammen mit einer eingehenden Begründung, die eine Art Urteil in der Sache darstellt, und die von beiden Seiten akzeptiert wurden. Nach den Vorschlägen sind alle Ausgeschlossenen wieder als Verbandsmitglieder zu betrachten, sofern sie die Einigungsvorschläge für sich als bindend anerkennen.

Am Donnerstag, den 3. Juli, fand nun in Kellers Festsaal, Kopenstraße, eine stark besuchte Generalversammlung des Verbandes statt, die sich mit den Einigungsvorschlägen zu beschäftigen hatte. Genosse Köpcke referierte; er erläuterte in eingehender Weise die einzelnen Punkte der Einigungsvorschläge, begründete die Stellungnahme des Schiedsgerichts zu den einzelnen Handlungen der „Opposition“ und den Maßnahmen der Hauptverwaltung. Er schloß seine Ausführungen unter großem Beifall der Versammlung mit der Aufforderung an beide Teile, nunmehr alle Zwiespältigkeiten zu unterlassen, in Zukunft alles zu tun, um die Organisation zu fördern. Die „Opposition“ hatte naturgemäß manches an den Einigungsvorschlägen und der Begründung, die in der Hauptsache gegen die „Opposition“ entfiel, auszuführen. Schließlich aber überwog doch bei allen das Bestreben, die Sache den persönlichen Wünschen und Empfindungen voranzustellen. Alle versprachen, daß nunmehr die Streitigkeit begraben sein solle, und so fand die nachstehende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heutige Versammlung erkennt die unter Mithilfe der Generalkommission und der Berliner Gewerkschaftskommission vereinbarten Einigungsvorschläge für sich, beziehentlich die Ortsverwaltung als bindend an. Die Anwesenden versprechen, in Zukunft alles zu unterlassen, was den Frieden wieder stören könnte, vielmehr alles zu tun, um die Organisation im Interesse der gastwirtschaftlichen Angehörigen zu stärken.“

Sie beauftragt den neuwählten Vorstand der Ortsverwaltung I, spätestens im Monat September im Einvernehmen mit der Hauptverwaltung die Beratung eines neuen Ortsstatuts für Berlin in die Wege zu leiten.“

Damit dürfte die Sache erledigt sein.

Kaczmarek auf der Suche nach Arbeitswilligen für Brüssel.

Auf der Herberge zur Heimat in der Oranienstraße zu Berlin versuchte am Donnerstag der Arbeitswilligenvermittler Kaczmarek, Wagenfalter nach Brüssel zu engagieren unter dem Vorwande, sie würden in Eisberfeld Stellung bekommen. Er bot freie Reise und einen Wohnlohn von 40 M. an.

Da man in Preußen aus den schon angeführten Gründen seine Deutungskunst nicht mehr an den Eisenbahnwagen ausüben kann, so hält sich der Volkswitz an den Kleinbahnen schadlos, denen man allerlei nieblidde Namen verliehen hat. Auch über die Mark Brandenburg hinaus ist die „Stille Pauline“ bekannt geworden, die Kleinbahn, die Neu-Ruppin mit Paulinenaue verbindet. Andere heilige Namen märkischer Kleinbahnen sind: „die zahme Josephine“, „die lahme Karoline“, „die Blindschleiche“, „die Bummeljute“ und „der tolle Wolfemar“.

Papier aus Gras. Die Italiener haben soeben in ihrem neu-erworbenen Gebiet in Tripolis eine erdreichliche Entdeckung gemacht. Sie haben herausgefunden, daß das Spartogras, das in ganz Nordafrika, von Marokko bis ans Rote Meer vorkommt, namentlich aber in Innertripolis in Unmenge gedeiht, sich sehr gut zur Papierfabrikation verwenden läßt. Bis jetzt wurde das Gras, das unterem Pflanzengras ähnlich ist, ausschließlich zu Flechtarbeiten verwendet. Das Spartogras soll nur einen ganz ausgezeichneten Papierbrei abgeben und einen guten Schiß liefern, der fürs Auge angenehm und im Drucke widerstandsfähig sein soll. Die einzige Schwierigkeit für eine profitable Ausbeutung dürfte der Wassermangel in Innertripolis sein. Er gestatte zunächst nicht, daß Papierfabriken an Ort und Stelle angelegt werden. Das Rohmaterial müßte also exportiert werden, was aber die Herstellungskosten ganz bedeutend verteuern würde. Die italienische Regierung ist deshalb auf den Gedanken gekommen, die Grasart im südlichen Italien anzupflanzen. Bereits sind damit Versuche unternommen worden. Mit ganz ähnlichen Untersuchungen ist gegenwärtig das englische Kolonialministerium beschäftigt. Es ist ihm der Gedanke unierbreitet worden, das sogenannte Elefantengras, das in Uganda sehr verbreitet ist, zur Papierfabrikation auszu- beuten. Mit einer größeren Labung von diesem Gras aus Uganda sind Fabrikationsversuche angestellt worden. Die Pflanze würde eines der feinsten, allerdings auch des teuersten, Papiere liefern. Denn auch hier hat man wieder mit den enormen Transportkosten zu rechnen.

Die Kultur des Bogens. In dem Kreislauf der Mode, der auch in der Welt des Sports bestimmend wirkt, rückt in jüngster Zeit das Bogen wiederum in den Vordergrund. Die Leidenschaft für das Schauspiel großer Vorkämpfe hat von England und Amerika einen neuen Eroberungszug nach Europa angetrieben und in Frankreich bereits die Rolle des beliebtesten Sportspiels errungen. Heute ist das Bogen nicht nur die am meisten gesuchte Sensation, es ist jetzt auch der kostspieligste und teuerste Sport. Kein Opernunternehmen und kein russisches Ballett, kein Caruso und kein Rime kann sich rühmen, so gewaltige Tageseinnahmen zu bringen, wie sie heute ein öffentlicher Bogenspielfest zwischen zwei Meistern abwirft. Im letzten November erzielte man bei dem Reich Carpentier-Paple für das wenige Minuten dauernde Schauspiel eine Einnahme von 110 121 Frs., die für die Plätze bezahlten Preise gingen bei einem Minimum von 8 Frs. bis zu 100 Frs., und bei gewissen Abenden des Londoner National Spor-

Da wir genau wissen, daß diese Saitler nach Brüssel verschickt werden sollen, erlauben wir, den Werbungen Kaczmareks kein Gehör zu schenken.

Differenzen im Hoppoldt-Auschanke Hasenheide.

Zwischen der Betriebsleitung des Hoppoldt-Auschanke, Hasenheide 32-38, und dem Verband der Gastwirtsgehilfen bestehen Differenzen. Ursache ist das rigorose Vorgehen des neuen Betriebsleiters. Alle diejenigen Kellner, die durch den Verband placiert waren, wurden ohne Angabe irgend eines triftigen Grundes entlassen. Gleichzeitig wurden die Löhne der Kellner, die bisher durch Tarifvertrag geregelt und festgelegt waren, reduziert und Arbeitsbedingungen eingeführt, welche bedeutende Verschlechterungen für die Angestellten mit sich bringen.

Infolge der Herabsetzung der bisher gezahlten Löhne hat auch der größte Teil der neuangestellten Kellner die Arbeit eingestellt. Diese haben die Organisation mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt. Die im Restaurant tätigen Kellner schlossen sich ebenfalls diesem Vorgehen an.

Alle Bemühungen, die Differenzen in Güte beizulegen, waren bisher vergeblich. Nach Lage der Sache handelt der Dekonom im Einverständnis mit der Direktion der Brauerei, was wohl am besten der Unklarheit beweist, daß diese trotz wiederholter Anfragen den Namen des neuen Betriebsleiters verheimlichte.

Die Direktion der Brauerei veranlaßte auch, daß der Betrieb seit gestern mit Polizeibeamten besetzt wurde.

Der Betrieb ist für organisierte Gehilfen gesperrt!

Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin I.

Aussperrung in der Pelzbranche.

Die Berliner Pelzwarenarbeiter und Arbeiterinnen stehen mit den Unternehmern in Tarifverhandlungen. Als die Arbeiter die Angebote der Unternehmer als unzureichend ablehnten, formulierte der Arbeitgeberverband noch ungünstigere Bedingungen, die dem Arbeiterverband mit der Aufforderung zugestellt wurden, sich über die Annahme derselben zu erklären. Als darauf geantwortet wurde, das könne nicht vor dem 11. Juli geschehen, beschloß der Arbeitgeberverband, wie die „Neue Pelzwaren-Zeitung“ berichtet, alle Arbeiter, die sich weigern, die neuen Bedingungen zu unterschreiben, am 5. Juli auszusperrten, ferner aber auch diejenigen Zwischenmeister, deren Arbeiter diesen neuen Tarif nicht unterschreiben, vom 11. Juli, gleichfalls auszusperrten.

Deutsches Reich.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen im Jahre 1912.

Nach dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht hat der Handlungsgehilfenverband seine Mitgliederzahl um 2987 auf 18 489 Mitglieder erhöhen können. Der Uebertritt der Lagerhalter ist am 1. Januar dieses Jahres erfolgt, infolgedessen hat jetzt der Verband 20 000 Mitglieder weit überschritten. Die Einnahmen stiegen von 188 878 M. im Jahre 1911 auf 245 499 M. im Jahre 1912. Die Ausgaben vermehrten sich in demselben Zeitraum von 174 588 M. auf 229 988 M. An Stellenlosenunterstützung wurden an 519 Mitglieder 15 800 M. gezahlt. Die Ausgaben für Unterstüßungszwecke werden im laufenden Jahre erheblich anwachsen, denn mit dem 1. Juli 1913 hat der Verband Kranken- und Unzulagsunterstützung sowie Sterbegeld neu eingeführt und die Stellenlosenunterstützung erheblich ausgebaut. Die Stellenvermittlung des Verbandes kann sich mit denen der bürgerlichen Handlungsgehilfenverbände durchaus messen. Sie konnte im Berichtsjahr von 8005 vorgemerkten Bewerbern 1822 placieren. Von den Lohnbewerbern führten 69 zum Abschluß von Tarifverträgen. Die Gesamtzahl der Ende 1912 in Kraft befindlichen Tarife betrug 119, die sich auf 7808 Personen erstreckten. Unter den gewerkschaftlichen Kämpfen ist besonders eine Bewegung im Warenhaus Louvre in Straßburg i. Elz. bemerkenswert. Hier wurde u. a. die gänzliche Beseitigung der Geldstrafen erreicht.

Auf sozialpolitischem Gebiete erforderte der Kampf um die Beseitigung der Vertrauensmännerposten in der Angestelltenversicherung die größten Anstrengungen. Die „Freie Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten“, der auch der Zentralverband der Handlungsgehilfen angehört, hat bekanntlich bei diesen Wahlen schöne Erfolge erzielt. Gegen Ende des Berichtsjahres setzte der Kampf um die völlige Beseitigung der Konkurrenzklausel besonders lebhaft ein. Der dem Reichstag von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf über die Konkurrenzklausel harzt noch heute einer Erledigung. — Der Jahresbericht zeigt recht deutlich, daß die freigewerkschaftliche Handlungsgehilfenbewegung auf dem Vormarsch ist. Offen wir, daß die gute Entwicklung anhält.

Kleines feuilleton.

Egmont und die Arbeiterpartei. Aus Brüssel wird uns geschrieben: Daß die professionellen Fremdenführer der historischen Wälsheit bisweilen ein Schnippschen schlagen, ist ja nicht unbekannt. Warum sollten einem einfachen Chauffeur eines Mietautos nicht umso leichter ein paar kleine geschickliche Fertimer verstatet sein? Jede da längst ein Chauffeur zwei Fremde vor das Egmont-Hoorn-Monument in Brüssel. Als sich die Fremden aus dem Wagen beugten, wollte der brave Chauffeur die schillige Wiffigkeit seiner Passagiere nach Maßgabe seiner lokalhistorischen Kenntnisse befriedigen und er begann also: „Hier, meine Herrschaften, sehen Sie das Denkmal der Grafen Egmont und Hoorn, die vor dreihundert Jahren für die Arbeiterpartei ihr Leben lassen mußten und guillotiniert wurden.“ Daß die belgische Arbeiterpartei so weit zurückreicht, hat wohl bisher niemand geahnt.

Die Eisenbahn und der Volkshumor. Wenn wir heute auf der Reise einen langsam vorbeifahrenden Güterzug betrachten, so sehen wir, daß jeder einzelne Wagen als Aufschrift die Bezeichnung des Eisenbahndirektionsbezirktes — z. B. Essen, Bromberg usw. — trägt, dem er angehört. Vor der durch den Minister Rathbach durchgeführten Verstaatlichung der preussischen Eisenbahnen war dies anders. Da wurde jeder Wagen als das Eigentum der Privatbahngesellschaft gekennzeichnet, der er gehörte, und da die Namen der Gesellschaften meistens sehr lang waren, so beschränkte man sich dabei auf die Anfangsbuchstaben der Einzelworte. In diesen Abkürzungen hat der Volkswitz seine Deutungswünsche reichlich geübt. Die Buchstaben R. O. L. E. prangten auf den Wagen der „Reichs-Ober-Nier-Eisenbahn“ in Schlefien. Da man der Gesellschaft eine allzu große Sparfamkeit hinsichtlich der Beamtengehälter nachsagte, legte man diese Inschrift mit den Worten: „Reichtum oben, unten Elend“ aus. Andere interpretierten die Inschrift als: „Recht ohne Ueber-Eilung“. Die Abkürzung der ehemaligen „Oppeln-Tarnowitzer Eisenbahn“ O. T. E. wurde „O traurige Gründung“ und die Abkürzung der „Ober-Schlesischen Eisenbahn“ O. S. E. „Ohne sonderliche Eile“ gedeutet. Die „Großherzoglich Oldenburgische Eisenbahn“ (O. O. E.) fuhr „ganz ohne Eile“ und die „Eifel-R. D. E. (Koblenz-Galberstadt Eisenbahn) wurde mit „Micklungert eisigfisch“, weil es um die Bahnrestauration dieser Bahn schlecht bestellt gewesen sein soll, überlegt.

Jetzt trifft man solche Abkürzungen und ihre Deutungen noch häufig in Oesterreich an. Die österreichische „Kronprinz-Rudolf-Bahn“ (K. R. B.) ist keine rentable Bahn, die Wagen der „Kaiser-Ferdinand-Nord-Bahn“ (K. F. N. B.) heißen „Kaffig für Nordpol-Bären“, und die „Böhmische Westbahn“ (B. W. B.) bietet wenig Bequemlichkeit“. Am drucklichsten ist jedoch die Deutung, die man in Oesterreich den Kennbuchstaben der allerdings nicht ein Muster von Eleganz bildenden italienischen Eisenbahnwagen gibt. Die mit der Aufschrift S. P. A. Z. versehen sind und in etwas freier Uebersetzung als „Schandhalswert aus Italien“ bezeichnet werden,

ing Club werden für die schlechtesten Plätze 40 M. und für die besten bereitwillig 200 M. bezahlt. Diese intimeren Veranstaltungen können sich natürlich nicht mit dem noch bekannten amerikanischen Wettkampf zwischen Jeffries und Johnson vergleichen; er bleibt mit seinen 1 1/2 Millionen Mark Einnahme ein Weltrekord. Aber auch in Europa findet ein Meisterdager heute sein Auskommen. Der junge 19-jährige Meisterdager von Europa, Carpentier, verliert durchschnittlich über ein Jahreskommen von 200 000 Frs. Vor 3 Jahren war der junge angehende Bergarbeiter froh, wenn er mit seiner Wozkunst in einem Kampfe 20 oder 30 Frs. verdienen konnte. Freilich, der Boger, der heute berühmt ist, muß, wenn er nicht bei Zeiten spart, der Zukunft stets mit einiger Sorge entgegensehen. Ein paar Jahre ist das Glück ihm vielleicht hold, dann ist der Höhepunkt seiner Kraft überschritten, neue jüngere Meister drängen ihn in den Hintertgrund, und schnell sinkt er der Vergessenheit entgegen.

Notizen.

- Das Kaiser-Friedrich-Museum hat seinem Besitze an holländischen Kleinmalern ein neuertworbenes Winterbild des Harlemers Maers Joad van Nade einverleibt (Kabinett 66).
- Neue Dramen. Die Direktion der vereinigten Bremer Schauspielhäuser erwirbt die Renaissance-Tragödie „Mutter Maria“ von Eih Braun zur Uraufführung.
- Ein deutsches Sängerkonzept soll in Koburg zur Erinnerung an die dort erfolgte Gründung des deutschen Sängerbundes errichtet werden.
- Vereiligung der Künstler am Wertigwachs ihrer Werke verfaßt Dr. Otto Spet in einer Veröffentlichung in der „Weltzeitung der Kunst“. Er will gesetzlich festlegen, daß der Verfasser eines Originalbildwerkes im Falle einer Veräußerung des Werkes an dessen Ueberer den vierten Teil des Wertigwachses zu entrichten hat. Dem seinerzeit vom Verfasser entrichteten Erwerbepreis sind aber hinzuzurechnen die Kosten seiner Aufwendungen für die Erhaltung des Werkes und 4 Proz. des Erwerbepreises für die Dauer seines Bestandes.
- Ein neuer Erfolg der drahtlosen Telegraphie. Die Versuche der Hochfrequenz-Maschinen-Altiengesellschaft für drahtlose Telegraphie (System Goldschmidt), eine drahtlose Verbindung zwischen Hannover und den Vereinigten Staaten herzustellen, haben vollen Erfolg gehabt. Die Station in Auderton (Vereinigte Staaten) hat die bei vollem Tageslicht aufgegebenen drahtlosen Depeschen der Station Elbese bei Hannover einwandfrei ausgenommen.
- Ein fliegendes Riesentier der Urzeit entdeckt. Den beiden amerikanischen Geologen Dr. F. Salaisie und van Wagener, die in den letzten Wochen im Staats Wyoming nach neuen Petroleumfeldern forschten, entdeckten ein großes Fossilienbein, in dem sie die versteinerten Geletheile eines riesigen fliegenden Reptils der Urzeit fanden. Das Tier hat eine Länge von über 20 Metern. Im lebenden Zustande muß die Spannweite seiner Flügel mehr als 25 Meter betragen haben.

Achtung, Former und Gießerarbeiten! Bei der Firma A. Wogener in Kistrin streiken die Former und Gießerarbeiten. Abzüge und andere Mißstände, welche die Firma nicht abzuändern gewillt ist, haben Veranlassung gegeben, daß sämtliche Kollegen der Gießerei, 48 Mann, die Arbeit eingestellt haben. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Die Tarifbewegung in der Stettiner Konfektion

Ist erfreulicherweise ohne Streit zu einem günstigen Abschluß gekommen und wurden die neuen Vereinbarungen am Donnerstag nachmittag in einer zahlreich besuchten Versammlung der Stettiner Konfektionäre und Schneiderinnen mit 1818 gegen 558 Stimmen bei 26 Stimmenthaltungen angenommen. Der neue Tarif bringt eine durchschnittliche Erhöhung der Löhne um 7 bis 9 Proz. und umfaßt nun alle Haupt- und Extraarbeiten der Herren-, Damen- und Knabenkonfektion. Darin besteht sein großer Wert, daß durch ihn erstmalig das ganze Arbeitsverhältnis tarifiert und damit den mannigfaltigen Lieberverhältnissen der Arbeiter durch Unternehmer und Zwischenmeister ein Ziel gesetzt wurde. Die bisher getrennten Tarife für die Groß- und die Damskonfektion sind unter dem heftigen Widerstand der Stettiner Unternehmer, aber unter Mitwirkung des Zentralvorstandes des Unternehmerverbandes einander angegliedert worden. Da dadurch ein neuer Preisberechnungsmodus erforderlich ist und die Konfektionäre die jeweils übernommenen Aufträge noch nach dem alten Tarif kalkuliert haben, wurde zugestanden, daß dieser Teil des neuen Tarifs erst mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft tritt, während im übrigen der Tarif bis zum 1. Juli rückwirkende Kraft erhält, d. h. gestiftet, daß die vom 1. Juli ab ausgegebene Arbeit nach dem neuen Tarif entlohnt werden muß. Für die Liebergangszeit tritt jedoch auf die Grundlöhne des alten Tarifs in der Damskonfektion eine zehnprozentige Lohnerhöhung in Kraft. Die Bezüge für Extraarbeiten ist die gleiche geblieben, doch sind 71 Positionen neu eingeführt worden und gelten die Preise für Extraarbeiten, die bisher nur in der Großkonfektion besonders berechnet wurden, jetzt auch für die übrigen Konfektionsbranchen, und wo bisher für dieselben höhere Löhne gezahlt wurden, dürfen diese nicht gekürzt werden. Die Löhne für die Knabenkonfektion ergaben sich im alten Tarifverhältnis nach Abzug von 10 Proz. von den Löhnen der Großstücke. Das geschieht auch in dem neuen Tarif. Da aber bei der bisherigen Prozentberechnung die Arbeiter und Arbeiterinnen oft überfordert wurden, wurde nun nach einigem Widerstand von den Unternehmern zugestanden, daß die Lohnsätze berechnet und dem Tarif eingestuft werden.

Das Haupterfordernis der diesjährigen Lohnbewegung war die Erringung eines einheitlichen Tarifes für die Herrenkonfektion und die Damen- und Knabenkonfektion, damit auch die Löhne der armen Näherinnen aufgebessert werden. Es wurde zunächst gefordert, daß die Arbeit unter Ausschaltung der Zwischenmeister direkt an die Näherinnen ausgegeben werde. Aber das ließ sich noch nicht durchführen. Ein gangbarer Ausweg war, daß statt der bisherigen Firmentarife ein Einheits tarif geschaffen wird, was nach langem Widerstreben von den Unternehmern zugestanden wurde. Eine Vereinbarung über diesen Tarifteil ist noch nicht völlig zustande gekommen. Aber es wurde bereits vereinbart, daß innerhalb der nächsten 14 Tage durch die lokalen Unterhändler dieser Tarif mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli ab vereinbart werden muß, und ist bereits als Unterlage dieser weiteren Unterhandlungen eine Lohnhöhung von im ungünstigsten Falle 5, im Durchschnitt 7 und in einzelnen Fällen 8 bis 9 Proz. prinzipiell zugestanden worden. Wo in den bisherigen Firmentarifen schon mehr für eine Arbeit gezahlt wurde, als nach dem neuen Tarif vereinbart wird, sollen künftig 5 Pf. pro Stück mehr bezahlt werden. Für die Näherinnen, Wägher, Einrichter usw. liegt bisher nur ein Tarifentwurf der Zwischenmeister vor, der in weiteren Verhandlungen noch verbessert werden muß, damit angemessene Löhne für die Arbeiter und Arbeiterinnen erzielt werden. Bisher wurde vereinbart, daß niedrigere Löhne, als dieser Entwurf aufweist, nicht mehr gezahlt werden dürfen, und auch der neue Tarif auf den 1. Juli rückwirkend soll. Durch den Einheits tarif können die Näherinnen usw. künftig leicht errechnen, wie hoch sich ihre Lohnsätze beziffern, so daß sie bei einiger Aufmerksamkeit von den Zwischenmeistern nicht mehr überfordert werden können. Bezüglich der noch schwebenden Differenzpunkte hofft man bald zu einem zufriedenstellenden Ergebnis zu kommen.

Auch der Ablaufstermin des neuen Tarifs ist noch strittig, doch wurde statt der bisher dreijährigen, eine vierjährige Tarifdauer festgelegt. Die Arbeitnehmervertreter konnten auf diesen Wunsch der Arbeitgeber um so eher eingehen, als im Jahre 1916 voraussichtlich um einen Reichstarif für Maßschneider gekämpft werden muß und es ihnen deshalb nicht ratsam erschien, im gleichen Jahre noch mit größeren Lohnbewegungen in der Konfektionsindustrie rechnen zu müssen.

Gemeinsame Tagung der Verbände der Glas-, Porzellanarbeiter und Töpfer.

Leipzig, 3. Juli 1913.

Die Delegierten der drei Verbände der Glas-, Porzellanarbeiter und Töpfer traten heute früh 8 1/2 Uhr zu gemeinsamer Beratung im großen Saale des Volkshauses zusammen. Die Versammlung wählte als Vorsitzenden die drei Vorsitzenden der Verbände, als Schriftführer Schmidt (Töpfer), Gadow (Porzellanarbeiter) und Dehmer (Glasarbeiter).

Der Vorsitzende Wollmann gibt bekannt, daß in der gemeinsamen Kommission über den ursprünglichen Entwurf eine Einigung nicht möglich war, vor allem waren die Glasarbeiter gegen die Vorlage, da diese für deren Verband eine erhebliche Steigerung der Beiträge vorsehe, jedoch verschiedene Kürzungen im Unterstützungsbeitrag enthält. Die Töpfer suchten ihre Sonderstellung in der Arbeitslosenunterstützung im Entwurf abzuschwächen, hierzu müssen die Vertreter der Porzellanarbeiter die Erklärung abgeben, daß das Verlangen, die Unterstützungsdauer der Töpfer bei Arbeitslosigkeit zu verlängern, als berechtigt nicht erkannt werden könne. Die Einführung eines speziell dafür zu entrichtenden Beitrages erscheine der damit verbundenen Schwierigkeiten wegen auch nicht annehmbar. Nunmehr habe die Kommission

einen neuen Entwurf

ausgearbeitet. Danach soll der Verbandbeitrag gesondert vom Krankenunterstützungsbeitrag geführt werden mit der Maßgabe, daß es jedem Mitgliede freigestellt sei, sich in der Krankenunterstützung (die zwar obligatorisch sein soll) beliebig hoch zu versichern. Die Streikunterstützung ist etwas erhöht worden.

Hierauf berichtet für die gemeinsame Kommission Wollmann (Glasarbeiter). Prinzipielle Verschmelzungsgegner seien in allen drei Organisationen wenig vorhanden. Der Redner erläutert die Gründe, die zu den neuen Vorschlägen geführt haben. Diese wirken in folgender Weise: Bei der Arbeitslosenunterstützung erleiden die Porzellan- und Glasarbeiter Nachteile, die Töpfer gewinnen. Bei der Streikunterstützung verlieren die Glasarbeiter in den niedrigen Klassen, die Porzellanarbeiter gewinnen, bei den Töpfern ergeben sich keine wesentlichen Veränderungen. Bei der Krankenunterstützung verlieren die Glasarbeiter, die Porzellanarbeiter gewinnen. Bei der Sterbeunterstützung büßen die Glasarbeiter ein. Redner tritt mit warmen Worten für die Verschmelzung ein.

Die Diskussion ergibt, daß den Töpfern der zweite Entwurf schlechter gefällt als der ursprüngliche, die Porzellanarbeiter erklären sich durchgängig, die von ihnen geforderten Opfer im Interesse der Verschmelzung bringen zu wollen, die Glasarbeiter erklären sich durchgängig auch gegen die zweite Vorlage, da sie diese vor ihren Mitgliedern nicht vertreten zu können glauben.

Der Generalkommissionsvertreter Umbreit, der lebhaft für die Verschmelzung eintritt, eröffnet neue Perspektiven durch Empfehlung einer besonderen höheren Beitragsklasse oder, da vor allem die Redner der Töpfer durch das fakultative System der Krankenversicherung starke Einmischungsfälle befürchten, eine

zweite Krankengeldklasse obligatorisch zu machen.

Die Sitzung, die nachmittags etwas später als festgesetzt eröffnet wird, weil die Glasarbeiter noch eine gesonderte Tagung abhalten mußten, brach

eine sensationelle Ueberraschung.

Der Vorsitzende Girbig vom Glasarbeiterverband gab folgende Erklärung ab:

Die Generalversammlung der Glasarbeiter lehnt in ihrer Mehrheit den vorliegenden Statutenentwurf ab, da die darin vorgesehene Beitragserhöhung bedeutende Mitgliederverluste bringen dürfte, die die Aktionsfähigkeit des Verbandes lähmen würden. Wohl seien die Glasarbeiter für eine Verschmelzung, jedoch sei der Weg dorthin auf Grund der Kommissionsvorschläge nicht gangbar. Deshalb habe die Generalversammlung beschlossen, die Verschmelzung bis zur nächsten Generalversammlung zu vertagen. Die Glasarbeiter werden ihre Beiträge erhöhen, um so den anderen Organisationen näher zu kommen. Die Glasarbeiter beantragen, daß von allen drei Organisationen je 5 Kollegen aus den einzelnen Gauen Deutschlands gewählt werden, die in Gemeinschaft mit je einem Vertreter der Verbände bis zur nächsten Generalversammlung einen Statutenentwurf ausarbeiten und diesen frühzeitig den Mitgliedern unterbreiten.

Aus dieser Erklärung ergab sich, daß angesichts dieser neugeschaffenen Situation die beiden anderen Organisationen sich genötigt sehen, hierzu gesondert Stellung zu nehmen. Die gemeinsame Sitzung wird auf morgen früh 8 Uhr vertagt.

Verbandstag der Töpfer.

Gleich nach Schließung der gemeinsamen Tagung der drei Verbände tritt der Verbandstag zusammen, um zu der neugeschaffenen Situation

Stellung zu nehmen. Lebhaft debattiert wird der Antrag der Glasarbeiter, der vornehmlich in seiner technischen Lösung Schwierigkeiten mache. Diesfach wird auch der Anschauung Raum gegeben, daß die Verschmelzungsfrage auf drei Jahre bis zu den nächsten Generalversammlungen vertagt werden möge. Andere Redner verlangen eine Anbahnung der Verschmelzung, zwischen Porzellanarbeitern und Töpfern auf Grund der ursprünglichen Vorstands vorlage. Zwischendurch treten die grundsätzlichen Gegner der Verschmelzung für ein Aufgeben der Bestrebungen nach dieser Richtung hin ein.

Der Vertreter der Generalkommission bittet, die Erklärung der Glasarbeiter ernst zu nehmen. Prinzipielle Gegner der Verschmelzung seien dort fast gar nicht vorhanden. Es seien eben noch große Hindernisse vorhanden. Zweifellos aber habe dieser Verbandstag das Recht, mit den Porzellanarbeitern weiter zu beraten und den Mitgliedern eine Verschmelzung zunächst auf dieser Grundlage zu empfehlen.

Nach Schluß der Debatte wird ein Antrag Richter, Leipzig, die Verschmelzung prinzipiell abzulehnen, mit 50 gegen 16 Stimmen verworfen. Dagegen wird ein

sofortigen Weiterverhandlung mit den Porzellanarbeitern

mit 40 gegen 25 Stimmen zugestimmt. Falls aus der Verschmelzung mit den Porzellanarbeitern nichts wird, soll die Verschmelzung auf drei Jahre vertagt werden. Dem Antrage der Glasarbeiter soll dann insofern zugestimmt werden, daß die Verbände einen neuen Entwurf in Angriff nehmen sollen, jedem Verbände soll aber überlassen bleiben, nur falls er es für nötig hält, zu diesen neuen Beratungen auch Vertreter aus dem Lande hinzuziehen. Hierauf wird die Sitzung auf morgen vertagt.

Die Porzellanarbeiter

erörterten die neue Situation sehr eingehend. Die Aussprache zog sich bis zum Abend hin. Ein Beschluß wurde doch nicht gefaßt; dies soll morgen früh geschehen. Der Beschluß wird dann der gemeinsamen Tagung unterbreitet, die morgen früh wieder zusammentritt.

Die Vereinigung der drei Verbände ist aber vorläufig gescheitert.

14. Generalversammlung des Verbandes der Maler und Weißbinder.

Vierter Tag.

Halle, 3. Juli 1913.

In der Fortsetzung der Beratungen über die Satzungsänderungen erhält zunächst das Wort

Walther, Hamburg: Es ist ein Antrag eingelaufen, wonach die Kollegen im ersten Gesellenjahre und an Orten mit einem geringeren Stundenlohn als 45 Pf. in eine besondere Beitragsklasse mit 45 Pf. pro Woche eingewiesen sind. Wir haben uns in der Kommission mit der Frage beschäftigt und wir bitten Sie den Antrag abzulehnen. Dagegen schlagen wir vor:

In Lohngebieten, in denen der Tariflohn für Kollegen unter 20 Jahren 40 Pf. und darunter beträgt, kann auf Verlangen der Filiale und unter Zustimmung des Vorstandes eine Vorklasse errichtet werden. Dieser Vorklasse können nur solche Mitglieder beitreten, die keinen höheren Lohn als 45 Pf. haben.

Der Beitrag in dieser Vorklasse und für weibliche Mitglieder beträgt 40 Pf. mit einem Zuschlag von mindestens 5 Pf. für die Filialklasse.

Der Beitritt zu dieser Klasse ist freiwillig.

Bei Erwerbslosigkeit durch Krankheit beträgt die Unterstützung pro Tag 40 Pf. und für Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit pro Tag 75 Pf.

Rehl, Mannheim tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein, da sie eine wesentliche Verbesserung der Vorstandsvorlage bringen. (Zustimmung.)

Buch, Köln: Der Umstand, daß der Arbeitgeberverband jetzt eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages um 50 Proz. beschlossen hat, sollte für uns doppelte Veranlassung sein, ohne weiteres den neuen Beitragsjahren zuzustimmen.

Roh, Berlin: Wir müssen betonen, daß die Unterstützungs-einrichtungen für uns nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sind, nämlich im Kampf zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Kirch, München: Die Gärten, die jetzt noch in unseren Unterstützungsbeirichtungen vorhanden sind, werden im Laufe der Zeit durch Verbesserungen, die wir später, sobald wir Erfahrungen gesammelt haben, schaffen, verschwinden. Vor zwei Jahren hat man den Delegierten nach der Generalversammlung in den Mitgliedschaften Vorwürfe gemacht, daß wir wohl eine Erhöhung der Beiträge, nicht aber die Erwerbslosenunterstützung beschlossen haben. Jetzt ist der günstige Augenblick, dies nachzuholen, wir dürfen auf keinen Fall diesmal mit leeren Händen heimkommen. (Vehemente Zustimmung.)

Verschiedene Redner haben Bedenken dagegen, daß man einheitliche Beitragsmarken für das ganze Jahr schafft, denn dadurch wird das Verlangen gestärkt, im Winter Arbeitslosenmarken zu haben.

Da der Verbandstag heute nach Leipzig zum Besuch der Bauausstellung fährt, werden die Verhandlungen um 11 Uhr auf Freitag vertagt.

Aus Industrie und Handel.

Zur amerikanischen Zolltarifreform wird uns aus New York geschrieben: Der Senat (Erste Kammer des Kongresses) überweist den ihm vom Repräsentantenhaus zugegangenen Entwurf seiner Finanzkommission, welche nicht nur zahlreiche Zollpositionen änderte, sondern auch die Zolltarifvorschrift und die Schmüffelbestimmung strich. Diese beiden gegen die Konkurrenz des Auslandes gerichteten schärfsten Bestimmungen können damit als definitiv abgetan betrachtet werden.

Die amerikanischen Zölle sind überwiegend Wertzölle. Die Höhe des zu zahlenden Zolles richtet sich nach dem Werte der zum Import gelangenden Waren. Die von der Senatsfinanzkommission gestrichene sogenannte Schmüffelvorschrift wollte der amerikanischen Zollverwaltung die Befugnis übertragen, zur Verhinderung von Zolldefraudationen durch falsche Wertdeklarationen Einsicht in die Bücher der ausländischen Fabrikanten, welche die Importartikelfabrikanten, zu nehmen. Würde diese Einsicht verweigert, so sollten die amerikanischen Zollbehörden ermächtigt sein, nach freiem Ermessen nicht nur den Marktwert, sondern auch den in den Vereinigten Staaten zu erwartenden Verkaufspreis zu schätzen und danach den Zoll zu berechnen.

Gegenwärtig werden, soweit z. B. die deutsche Einfuhr in Betracht kommt, die von Handelskammern des Exportlandes, das zugleich Produktionsland ist, beglaubigten Fakturen als genügender Wertnachweis angesehen. Unter der Schmüffelbestimmung wäre die ausländische Industrie gezwungen worden, entweder ihre Fabrikgeheimnisse den amerikanischen Zollagenten und damit ihrer amerikanischen Konkurrenz preiszugeben oder auf den Absatz nach den Vereinigten Staaten zu verzichten. Denn die diskreditierte Wertfestsetzung durch unsere Zollbehörden wäre, wie die Anwendung der Ausführungsbestimmungen des gegenwärtig geltenden Payne-Adrich-Zolltarifs darthut, zu einer schändlichen, den Import unterbindenden Waffe geworden.

Die Gewährung des Zollrabatts müßte einer Schiffsahrt-Subvention gleichgesehen werden und würde gegen die mit mehr als einem Duzend Staaten abgeschlossenen Handelsverträge verstoßen.

Nach einer von der Senatsfinanzkommission angenommenen Resolution soll eine parlamentarische, aus Repräsentanten und Senatoren bestehende Kommission während der bevorstehenden Kongressferien die geltenden, der Willkür Tür und Tor öffnenden Ausführungsbestimmungen des Zollgesetzes einer kritischen Prüfung unterwerfen und dem Kongreß bei dessen im Dezember erfolgenden Wiederzusammentreten einen Reformentwurf unterbreiten.

Den Beschluß der Senatsfinanzkommission, Wolle, Fleisch, Schlachtvieh, Mehl und Weizen unmittelbar, dem Jüder nach einer Liebergangszeit Zollfreiheit zu gewähren, darf man zurzeit noch nicht allzu ernst nehmen. Denn der schließliche Ausgang des Schachers um die einzelnen Zollpositionen läßt sich höchstens vermuten, aber noch nicht mit einem gewissen Maße sachlicher Be-rechtigung vorhersehen.

Volksfeindliche Absicht. Das starke Hinaufgehen der Fleischpreise hat vielfach den Verbrauch von Fischen begünstigt. Der Erfolg davon war, daß auch für dieses Nahrungsmittel die Preise hinaufschneitelen. Im laufenden Jahre ist beispielsweise die Gesamtmenge der aus der Nordsee kommenden Fische im Vergleich mit dem Vorjahre um 2 1/2 Millionen Kilogramm zurückgegangen, der Preis für die kleinere Renge ist jedoch um 1 1/2 Millionen Mark höher. Es betragen die Fangergebnisse in den ersten 5 Monaten: 1912: 36 806 973 Kilogramm im Werte von 8 174 351 M., 1913: 34 189 386 Kilogramm im Werte von 8 632 742 M. Also 2 617 600 Kilogramm weniger, 458 391 M. mehr! So sieht das Ergebnis unangenehm genug für die Konsumenten aus. Die Fischer wollen die Preise aber noch weit kräftiger hinaufreiben. Die Handhabe dazu sollen Fische liefern. Die Agrarier unterstützen solche Forderung selbstverständlich, aus zweifachen Gründen. Einmal, um damit Bundesgenossen für ihre eigenen Forderungen zu gewinnen, weiter auch, um die Preise für Fische sicherer in die Höhe zu bringen, damit billige Fische dem Fleische keine merkbare Konkurrenz bereiten.

Zeichen des Konjunkturrückgangs. Gleich dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat wird der Essener Robeisenverband in den nächsten Tagen die Ausfuhrvergütung einführen. Es schweben zurzeit noch Verhandlungen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Verband neben der vom Kohlenyndikat zu übernehmenden Bonifikation von 1 1/2 M. pro Tonne eine weitere Vergütung in gleicher Höhe gewährt. Eine teilweise Ermäßigung der Robeisenpreise wird dagegen nicht erwogen.

In Belgien haben in der letzten Zeit einzelne Eisenwerke mit Produktionsbeschränkungen begonnen. Der Wettbewerb um neue Aufträge ist noch schärfer geworden. Die Inlandspreise für Stahl- und Bandstahl sind weiter um 2,50 Franc ermäßigt worden, wodurch Pfahlschrauben auf 130 bis 135, Schweißstabeisen auf 147,50 bis 152 Franc gefallen ist. Grobbleche haben sich erneut um 2,50 bis 5 Franc auf 140 bis 145 Franc ermäßigt.

Soziales.

Die gefüllte Kompottschüssel der Landarbeiter.

Seit Jahren fasseln Junker und agrarische Blätter von den „hohen Löhnen“ der Landarbeiter. Immer wieder erzählen sie die Märchen, der Landarbeiter erzeuge sich günstiger Erwerbsverhältnisse, und es sei nur die „Vergnügungssucht“, die ihn in die Großstädte und Industriebezirke locke. Es ist daher nötig, an der Hand von Tatsachen den Herren immer wieder entgegen zu halten, wie erbärmlich schlecht die Landarbeiter bezahlt werden.

Im Kreise Weßlau hat ein im besten Alter stehender Landarbeiter bei einem Gutsbesitzer von 14 Hufen Land an Jahresreinkommen:

Barlohn	120 M.
180 Ruten Kartoffelland à 0,80 M.	144
25 Scheffel Roggen	150
4 Scheffel Gerste	20
2 Erbsen	16
6 Futtergetreide	27
6 Hafer	24
Zutter für eine Kuh im Winter, zwei Ruder Heu à 30 M.	60
im Sommer Weide	45
Wohnung gerechnet	30
Golsgeld	80

Insgesamt 576 M.

Das ist der Gesamtjahresverdienst eines ostpreussischen Landarbeiters. Dem Großstädter mag vielleicht die Wohnungsmiete zu niedrig vorkommen, aber der Landarbeiter haust in einer Bude, die aus Lehm und Brettern hergestellt, mit Stroh notdürftig gedeckt ist und keinen Holzfußboden hat. Im Hausflur und in der Stube kann man sich auf dem Ziegelfußboden die Beine brechen; der Kochherd ist nicht in Ordnung. Durch das Strohdach regnet es durch und der Regen ruiniert die paar Nabeisigkeiten des Landarbeiters. Rechnet man, daß im Durchschnitt die tägliche Arbeitszeit 12 Stunden beträgt (im Sommer dauert sie bis zu 16 Stunden, im Winter ist sie kürzer), so kommt, wenn man 305 Arbeitstage im Anrechnung bringt, ein täglicher Verdienst von 1,90 Mark und ein Stundenlohn von nahezu 16 Pfennigen heraus. Für 16 Pfennig pro Stunde muß der Landarbeiter die schwere Arbeit verrichten. Er stellt aber auch noch einen Sohn, der bereits vom Militär zurückgekommen ist und ein Gespann Pferde übernommen hat. Dieser erhält an Lohn:

im Sommerhalbjahr pro Arbeitstag 0,70 M.	108,50 M.
im Winterhalbjahr pro Arbeitstag 0,40 M.	60
5 Scheffel Roggen à 6 M.	30
2 Erbsen à 5	10
1 Hafer à 8	8
5 Hafer à 4	20
40 Ruten Kartoffelland à 0,80 M.	12
für das Beforgen der Pferde am Abend, pro Monat 3 M.	36

Insgesamt 290,50 M.

Dieser erwachsene kräftige Arbeiter erhält also alles in allem einen durchschnittlichen Tagelohn von 95 Pfennigen, und rechnet man auch mit einer zwölfstündigen Arbeitszeit (bei Pferdetrachten ist sie auch im Durchschnitt oft länger), so kommt ein Stundenlohn von sage und schreibe acht Pfennigen heraus. Und da versucht man in den Kavernen, die Reservisten zur Rückkehr aufs Land zu bewegen und wundert sich, wenn die Leute so gar keine Sehnsucht nach den ländlichen Gefilden haben. Auch die Frauen der Landarbeiter werden auf den Feldern des Gutsbesitzers beschäftigt. Sie erhalten bei zehnstündiger Arbeitszeit 60 Pf. pro Tag, macht pro Stunde sechs Pfennige. Dafür müssen die Frauen im Sommer in glühender Hitze oder auch oft im Regen auf dem Felde schuften.

Der Landarbeiter wird durch solche Verhältnisse verelendet und aus seiner Heimat gejagt.

Aufklärung der Landarbeiter, Eintritt derselben in den „Deutschen Landarbeiterverband“ und in die politischen Organisationen tut dringend not, um bessere Verhältnisse zu schaffen.

„Du sollst den Feiertag heiligen.“

Jahrzehntelanges rastloses Drängen der Arbeiterklasse und ihrer parlamentarischen Vertretung, der Sozialdemokratie, hat zur widerwilligen Anerkennung der Forderung geführt: dem Arbeiter muß ein Ruhetag in der Woche werden.

Im Parlament hat die sozialdemokratische Fraktion durch einen ausdrücklichen Antrag das Verbot der Sonntagsarbeit zuerst bei Beratung der Gewerbeordnung im Jahre 1869 gestellt. Immer wieder lehrte ihre Forderung in ihren Arbeiterschutzgesetzentwürfen vor. Die Fassung im sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwurf vom Mai 1890 lautete:

„Die den Arbeitern zu gewöhnliche Ruhe hat für jeden Sonn- und Festtag mindestens 36 Stunden, für zwei aufeinanderfolgende Sonn- und Festtage mindestens 60 Stunden zu dauern. Die Ruhe hat am vorhergehenden Werktag spätestens abends 6 Uhr zu beginnen.“

Die Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1891, der sogenannte Verlesche Entwurf, brachte eine geringfügige Abmilderung: für die ländlichen Arbeiter blieb's wie vor, dem gewerblichen Arbeitern brachte die Novelle eine 24stündige, aber vielfach durchlöcherzte Ruhezeit, im Handlungsgewerbe wurde noch eine fünfstündige Sonntagsarbeit zugelassen, die allerdings durch Gemeindebeschluß herabgesetzt und beseitigt werden kann. Seitdem ist gesetzgeberisch trotz wiederholter Vorstöße der Sozialdemokratie auf dem Gebiet der Sonntagsruhe nichts erreicht.

Parallel mit der politischen Aktion geht die Bewegung der freien Gewerkschaften auf allen Gebieten zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter. Für die Erringung der Sonntagsruhe für Handlungsgeschäft tritt der Zentralverband der Handlungsgeschäftler seit je lebhaft ein. Wo es ihm unmöglich wird, auf die Gemeindevertretungen einzuwirken, da treten seine Mitglieder an das laufende Publikum heran. So kürzlich in Braunschweig. Dort sind die städtischen Behörden ganz hartleibig. Da wendeten sich Zentralverbändler an einem schönen Sonntag im Mai während der Verkaufszeit an das Publikum, dem sie unentgeltlich Zettel folgenden Inhalts überreichten:

Rotto: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut.“ (Goethe.)

„Wönnen Sie auch den Handelsgeschäftlichen ein wenig Licht, Luft und Sonne! Dies erreichen Sie, wenn Sie Sonntags

keine Einkäufe vornehmen. Sie schaffen damit vielen Ihrer Mitbürger nicht nur einen freien Tag in der Woche, sondern fördern auch die allgemeine Volksgesundheit.“

Doch mit braunschweigischen Gesetzesmächten ist kein schöner Bund zu flechten und der Schuhmann schreiet schnell. Zwei Handlungsgeschäftler, die der verdienstlichen Tätigkeit für ihre Klassenossen sich unterzogen hatten, wurden auf Antrag eines Geschäftsinhabers von einem Schuhmann festgestellt und dann mit Strafbefehlen von 3 und 5 Mark bedacht. Das Schöffengericht bestätigte kürzlich diese Verurteilung, weil die Sünder am Sonntag durch eine unentgeltliche Tätigkeit zur Feier des Sonntags angereizt, dadurch aber die braunschweigischen Landesgesetze über Sonntagsfeier verletzt hätten. Diese Gesetze sind ein Kuddelmuddel der altpreussischen Prehgesetzgebung und Sonntagsheiligungsvorordnungen.

„Du sollst den Feiertag heiligen.“ Forderst Du aber in Braunschweig zur Heiligung des Sonntags auf, dann gibt es 3 bis 5 M. Strafe. Denn „edel sei der Mensch, hilfreich und gut“. So will's der Kapitalismus.

Hitzschlag als Betriebsunfall.

Die Frage, unter welchen Umständen Hitzschläge als Betriebsunfälle zu entschädigen sind, ist gerade jetzt sehr zeitgemäß. Kürzlich gelangte folgender Fall zur Entscheidung des Reichsversicherungsamtes: Ein Arbeiter R. verlor Schweißes aus einem Kahn auf einen Eisenbahnwagen. Er war am Tage des Unfalls schon von morgens an tätig und hatte im Freien auf dem Eisenbahnwagen zu stehen. Um 4 Uhr nachmittags unterbrach er die Arbeit wegen heftiger Kopfschmerzen und ging nach der Kantine. Von hier mußte er nach dem Krankenhaus geschafft werden. Dort starb er an den Folgen des Hitzschlages.

Die Rentenansprüche der Hinterbliebenen wurden von der Berufsgenossenschaft abgelehnt, vom Reichsversicherungsamt dagegen als berechtigt anerkannt. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Erkrankungen und Todesfälle, die bei der Betriebsstätigkeit durch Hitzschlag herbeigeführt werden, sind dann als Betriebsunfälle anzuerkennen, wenn die Art und der Ort der Betriebsarbeit wesentlich dazu beigetragen haben, die Gefahr eines solchen Unfalls zu steigern. Derartige Umstände haben in dem gegenwärtigen Falle vorgelegen. Die Temperatur betrug in dem betreffenden Ort am 29. Juli morgens 19,8 Grad und stieg um die zweite Nachmittagsstunde auf 33,4 Grad Celsius, um am Abend auf 27,1 Grad zu sinken. R. war bei seiner Arbeit den Sonnenstrahlen schußlos preisgegeben. Ob die Arbeit anstrengend war oder nicht, ist hierbei nebensächlich. Jedenfalls waren der Ort und die Art der Betriebsstätigkeit sowie die Witterung durchaus geeignet, einen Hitzschlag herbeizuführen. Demgemäß sind durch den Betrieb Verhältnisse geschaffen worden, welche die an sich schon herrschende hohe Tagestemperatur an der Arbeitsstelle noch bedeutend gesteigert und auf den Gesundheitszustand des an sich körperlich wohl wenig widerstandsfähigen R. in besonderem Maße nachteilig eingewirkt haben. Darin liegt aber ein Betriebsunfall. Dieser ist auf ein zeitlich begrenztes Ereignis zurückzuführen. R. mag bereits am 28. Juli unter denselben Bedingungen gearbeitet und infolge der Einwirkung der Hitze an Kopfschmerzen gelitten haben, in dessen fehlt es an jedem Anhalt dafür, daß er schon an diesem Tage von einem Hitzschlag betroffen worden wäre. Dagegen spricht vielmehr, daß R. am 29. Juli die Arbeit wieder aufgenommen und noch bis zum Nachmittag fortgesetzt hat. Es besteht sogar eine Wahrscheinlichkeit dafür, daß erst die Nachmittagsstunde an diesem Tage die Krankheit ausgelöst hat. Aber auch selbst, wenn die Einwirkung der Hitze vom Morgen bis zum Nachmittag als ursächliches Moment für den Eintritt des Hitzschlages angesehen wird, so ist doch gleichwohl dieser Zeitraum nicht so lang, um nicht noch als ein dem Erfordernisse der Blödsichtigkeit genügender verhältnismäßig kurzer Zeitraum aufgefaßt werden zu können.“

Jugendveranstaltungen.

Jugendausflug Treptow-Baumfahnenweg. Sonntag, den 6. Juli, Ausflug nach Köpenick—Helmholtz—Obersee—Kiepenhagen—Bernau. Abfahrt von Baumfahnenweg 4.44, von Treptow 4.50 Uhr nach Alexanderplatz. Abfahrt vom Stettiner Bahnhof 5.59 Uhr nach Köpenick ufm. Begleitende etwa 25 Kilometer. Fahrgehalt 1.20 M. Proviant für den ganzen Tag mitbringen.

Köpenick. Sonntag, den 6. Juli, treffen sich auf dem Turnplatz des Turnvereins „Eiche“ nachmittags 2 Uhr die Jugendturner des V. Bezirks vom 1. Kreise. Es werden Kassenfreibungen (300 Turner) und volkshilfliches Turnen stattfinden. 500 Meter Stalotten und 1000 Meter Stalotten, Barlauf, Faust-, Fuß- und Schlagballspiele. Beginn nachmittags 2 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Fundament und eine Seite als Preis zu bezeichnen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abnommenscheinung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

— **Leipzig 100.** Rein. — **N. R. 37.** Die Gründe reichen zur Verurteilung nicht aus, insbesondere mit Rücksicht auf die bereits 2 Jahre andauernde Krankheit. — **G. M. 10.** 1. Pa. 2. Nur nach vorausgegangener Kündigung, die bis zum 15. eines Monats ausgeprochen sein muß mit Wirkung zum darauffolgenden Monatsanfang. — **W. 8.** Ein Anspruch besteht nicht. — **G. C. 2. 00.** Aus rechtskräftigen Schuldtiteln ist u. E. auch die Eintragung bei Forderungen unter 300 M. zulässig. Im übrigen ist der Wegner zur Annahme einer Zeileistung nicht verpflichtet. Er könnte wegen der Forderung auch das Zwangsversteigerungsverfahren einleiten. — **Th. 1.** Lohnzahlungsfrist besteht nicht. 2. Für unbedingte Zeildauer, sofern nicht die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft die Heilbehandlung übernimmt. 3. Nach Ablauf von etwa 4 Wochen. 4. §§ 616, 617 Bürgerliches Gesetzbuch, § 86 Gefangenordnung. — **W. 2.** Das Testament kann durch eigenhändige mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift verfertigte Niederschrift des einen Teils errichtet werden. Der andere Teil muß aber den ebenfalls eigenhändig geschriebenen mit Ortsbezeichnung, Datum und Unterschrift versehenen Teil machen, daß das Testament auch als das seinige gilt. Andernfalls muß das Testament zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll erklärt werden. — **P. B. 50.** Pa. — **Gr. 1. 1.** und 2. Somett erteiltlich sechs Wochen vor Beginn eines Jahresquartals mit der Wirkung zu Ende des Kalenderquartals. 3. Pa, sofern schwere Verleumdung oder Falschheit vorliegt. — **Friedrichsfelde 77.** Die von dem Steuerbeamten erteilte Auskunft ist leider zureichend. — **Z. 17.** 1. und 2. Unseres Erachtens nicht. 3. Invalidenversicherungspflichtig. — **Gr. 1. 1.** Bei der geringfügigkeit des Einkommens nicht. 2. Rein. — **W. 8. 72.** 1. Die vorgebrachten Tatsachen erscheinen nicht ausreichend. Im übrigen wäre eine Klage nicht zulässig, sondern es müßte ein Antrag beim Vormundschaftsgericht gestellt werden. 2. und 3. Rein. — **W. 6. 50.** Rein. Erfolgt Beschlagnahme, so kann Beschlager erhoben werden. — **S. C. 24.** Wiederholen Sie Ihre Anfrage und geben Sie noch an, welche Tätigkeit Sie ausüben. — **P. A. 16.** Der Anspruch ist verjährt. — **A. P. 22.** Die Klage war unseres Erachtens unzulässig, jedoch muß Ihre Frau sich das Krankengeld anrechnen lassen. Außerdem hat sie Anspruch auf Entschädigung für Koll. — **G. E. 1.** Somett erteiltlich, ja. — **C. E. 885.60 M.** — **Hof 3. 53.** 1. Pa. 2. und 3. Rein. — **C. M. 66.** 70 Jahre. — **Z. 82.** 1. Ob der Beitrag rechtskräftig ist, läßt sich nur nach Einsichtnahme in denselben beurteilen. 2. Klage beim Landgericht durch einen Rechtsanwalt. Für das Kind muß zunächst beim Amtsgericht Bestellung eines Pflegers beantragt werden. Antrag auf Sühntermin beim Amtsgericht. Wenn Sühntermin erfolglos, Scheidungsantrag beim Landgericht durch einen Rechtsanwalt. — **S. 7. 1000.** U. E. ja, sofern der Vater vorher die Handlungen des Kindes gesehen hat und dies bewiesen werden kann. — **H. G. 69.** Sie können den Betroffenen aus dem Lokal verweisen. — **G. B. 1.** Verjährung ist nicht eingetreten. — **H. 100.** Gegen das Verbot des Eigentümers dürfen die Sachen nicht entfernt werden. Geht es dies dennoch, so kann Bestrafung erfolgen und zwar durch Geld- oder Gefängnisstrafe. — **C. B. 4.** Das Lehngeld gilt allerdings als Einkommen. Da aber nach Ihrer Darstellung nicht die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes für jugendliche Arbeiter erreicht wird, dies aber die Voraussetzung der Nichtberücksichtigung bildet, hat trotzdem eine Verurteilung Aussicht auf Erfolg.

SAISON AUSVERKAUF

Sämtliche Restbestände sollen geräumt werden

Jackett-Anzüge für Herren

Serie I. . . 14.25 Serie II. . . 20.50
Serie III. . . 33.50 Serie IV. . . 45.75

Ulster u. Paletots für Herren

Serie I. . . 16.25 Serie II. . . 23.50
Serie III. . . 35.50 Serie IV. . . 44.50

Hosen für Herren

Serie I. . . 2.85 Serie II. . . 4.90
Serie III. . . 6.95 Serie IV. . . 9.75

Touristen-Anzüge für Herren

Jacketts, teilweise Joppenformen

Serie I. . . 12.50 Serie II. . . 20.50
Serie III. . . 26.50 Serie IV. . . 32.50

Bozener Loden-Mäntel

Serie I. . . 15.75 Serie II. . . 19.50

Gummi-Mäntel für Herren

Serie I. . . 9.75 Serie II. . . 18.25

ca. 1000 flanellartige Jacketts gestr., in allen Größen, wenig gelitten 2.40
ca. 1000 flanellartige Hosen in allen Längen, wenig gelitten . . . 1.85
ca. 1000 flanellartige Westen in allen Größen, wenig gelitten . . . 75 Pf.

Bast-Anzüge, imit., für Herren

Serie I. . . 11.75 Serie II. . . 16.75

Bast-Jacketts, imit., für Herren

Serie I. . . 4.35 Serie II. . . 7.20

Lüster-Jacketts für Herren

Serie I. . . 2.65 Serie II. . . 5.20
Serie III. . . 7.50 Serie IV. . . 10.80

Weißer Hosen für Herren

Serie I. . . 2.35 Serie II. . . 5.25
Serie III. . . 7.10 Serie IV. . . 10.90

Loden-Pelerinen für Herren u. Damen

Serie I 120-130 cm lang 6.65 Serie II 120-130 cm lang 14.75

Loden-Pelerinen f. Knaben u. Mädchen

Serie III 70-90 cm lang 3.85 Serie IV 70-90 cm lang 6.80
Serie V 100-110 cm lang 5.35 Serie VI 100-110 cm lang 9.60

Jünger-Anzüge, Paletots, Ulster, Hosen usw. sind den Serien entsprechend herabgesetzt!

Wäsche, Krawatten, Hüte, Strohhüte spottbillig.

Prompter Versand nach außerhalb

Den Einkauf bitten wir möglichst vormittags zu bewirken

Stoff-Anzüge für Knaben

von 3-8 Jahren in Sport- und Blumenformen

Serie I Einheitspreis 3.95 Serie II Einheitspreis 5.75
„ III „ 6.90 „ IV „ 9.35

Wasch-Anzüge für Knaben

von 3-8 Jahren

Blusen-Anzüge in verschiedenen Farben 5.25 4.10 3.65 1.65 55 Pf.

Kleider und Prinz-Heinrich-Anzüge

5.50 4.15 3.10 2.75

Schul-Anzüge für 7-12 Jahre

4.85 3.60 2.10 1.45

Sport-Hosen blau Satin,

3-8 Jahre 1.85 9-15 Jahre 1.55

Sport-Anzüge für Knaben

von 7-14 Jahren

Serie I 9.50 Serie II 14.50

Jackett-Anzüge für Knaben

von 7-12 Jahren

Serie I 6.95 Serie II 10.50

Gelegenheitsposten

Damen-Gummi-Mäntel

Moderna Farben und Macharten in allen Größen

Serie I. . . sonst 18.— jetzt 11.75

Serie II. . . sonst 21.— jetzt 14.25

Serie III. . . sonst 24.— jetzt 17.50

Serie IV. . . sonst 30.— jetzt 21.50

BAER SOHN

Berlin • Gegr. 1891
Chausseestraße 29-30
11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Str. 20
Schöneberg, Hauptstr. 19

Fortsetzung unseres Saison-Ausverkaufs!

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Haut-Messing- u. Bismutwerk-Kell.
C. 25 Baristr. 18, Fernsp. Kgl. 13708

Si-Si
Bestes alkoholfreies Getränk.
Berlin O. Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bildung
Hamburger Laden, Charl. Wallstr. 69

Auto-Fachschulen
Sanke
Gr. Frankfurterstr. 44
Eintr. fgl., Teilg. gest.

Bäckereien, Konditor.

Blottner's Großbäckerei
Geschäfte in
Berlin,
Charlottenburg,
Schöneberg,
Wilmersdorf.

Albrecht, E., Fruchtstr. 59.
Asmus, Wilh., Uckerländerstr. 11.
Friedr. Bars, Landstr. Allee 146
Paul Berger, Mirbachstr. 29
K. Biedermann, Gryphusstr. 18.
Paul Dolly, Markussstr. 18.
Albert Denkwitz, Jähnsstr. 14
Dollwe, Ferdinand Torellstr. 4

Brot-Fabrik „Vorwärts“
Hermann Ulrich, Köpenick.

Franz Paulwetter, Nussbaumstr. 57.
Friedr. Flemming, Bismarckstr. 37.
E. Froyer, Bismarckstr. 71. & Markussstr.
Georg Genz, Memelerstr. 20
Gumbler, R. Posenstr. 16.
Göring, Hugo Großewaldstr. 226
M. Gruschka, Königsbergerstr. 35

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins
und in Potsdam.
Gegründet 1898.

Hoppe'sch. Kranzstr. 44
Max Kniffert, Landstr. Allee 29
Paul Köbernick, Nussbaumstr. 35
Ernst Klister, Frankf. Allee 197.
Felix Kynast, Döberstr. 4.
Grüner
Ladenthin, O. Weg 54.

Emil Lieske, Grüner Weg 122.
H. Liesegang, Danzigerstr. 43
Carl Lindenberg, Lychnstr. 4
August Maute, Ebertstr. 57.
Hermann Mackau, Rigauerstr. 107
E. Mertins, Reichenbergerstr. 165.
Mühlstädt, Spandau, Bismarckstr. 5.
Fritz Nölde, Gräberstr. 4.

Alfred Müller, Brunnenstr. 87.
Roman Nowak, Wisenerstr. 8.
Friedrich Oste, Madalstr. 10.
Paul Otto, Danzigerstr. 31
Herm. Proell, Nennendamm.
Friedrich Probst, Andreasstr. 81

Bäckerei „Nordstern“
Inh.: Gust. Müller
Filialen in verschied. Stadtteilen

Ranfft
Reichenbergerstr. 176
Admiralstr. 38 u. 19a

Otto Reutwisch, Simon-Dachstr. 1.
F. Rieheben, Samariterstr. 11.
Arthur Roemer, Köh. Dam 101
Walter Rohr, Anklamerstr. 26.
Max Sander, Dunckerstr. 22.
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.
Helm. Schobert, Boxh. Chaus. 5/6
Sikorski, Wilhelmschloßstr. 11
R. Schade, P. Allee 51-53 Pfl. O. u. NO

Paul Sorge, Prochauerstr. 21
Markus
Straß 28.
P. Schinnow, Anklamerstr. 19.
Gustav Schöffsch, Döberstr. 21
Paul Schulz, Hufelandstr. 2
Paul Schürer, Thälitzerstr. 12.
H. Spillmann, Grüner Weg 118-
P. Sygusch, Schönk. Allee 159
Gustav Tappitz, Prinzen-Allee 61.
Carl Tennert, Schloßstr. 29.
F. Thiedemann, Boxh. Chaus. 47.
Filialen in allen Stadtteilen.

Turban
Josef Ulrich, Mantelhofstr. 109.
Volksbrot, E. G. m. b. H.
Otto Wagnitz, Müllerstr. 13.
Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.
Fritz Wahl, Koppenstr. 46
K. Walter Jr., Löwenstr. 18

Hermann Weid
Chorinerstr. 33
Pfl. Ackerstr. 1

Clemens Weiss, Jablonitzstr. 1
Brotfabrik
Andreasstr. 22.
Otto Winkler, Nannystr. 72.
E. Wolff, Grüner Weg 75.
Zählke, Glatzerstr. 7, Gürtelstr. 22a

Badonanthalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Bad Alt-Moabit 104
Bad
Landbergerstr. 107
Gollnowstr. 41.
Bürgerbad
Weberstr. 40b
Am Kgl. 894.
Canitz-Bad, Münzstraße 2
Central-Bad
Neukölln,
Ansbacherstr. 25.
Münchener Bad
Neukölln,
Münchenerstr. 51

Bad Frankfurt, Gr. Frankf. Str. 136.
Lieferant städt. Krankenkassen

Bad Friedrichshagen, Landstr. Allee 181
Bad Hufeland, Hufelandstr. 43.
Kaiser-Friedrich-Bad, Carlstr. 25.

Original Lohlanen Bad
früher Mühlgr., Wallstr. 707/1

National-Bad, Brunnenstr. 9.
Bad Ostend
Boxh.-Str. 17
Lief. all. Kassen

Passage-Bad
Kottbuser-
Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Silesia-Bad
Schlesische Str. 21.

Victoria-Bad
Kottbuser Damm 75
Friedrich-Wilhelm-Bad
Chausseestr. 97.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bandagen, Gummw.

R. Baake, Stralauer Str. 56.
Berkholz, Köpenickerstr. 70.
Lange, A. E., Brunnenstr. 187.
Liepe, Schöneberg, Grünwaldstr. 39.
Meyer, P. Nils, Berlinstr. 49-50
J. Ch. Pollmann, Lötterstr. 69.
Reiche, A., Seydelstraße 15.
Lief. aller Kassen

Beleucht.-Begegn.

Böttner, A., Danzigerstr. 76.

Drogen u. Farben

Reinh. Asmus, Gerichtr. 10.
Gustav Beraus, Weidenweg 99.
Brunnenstr. 108 u. 157 Apotheker
H. Wiegler.
Drogerie Sudrow, Ebertstr. 28.
Prinz Handwerkerstr. 2 Nkl. G. Wolff.
Kreihl's Drogerie, Fennstr. 51.
Klahn, H. Nils, Kaiser-Friedrichstr. 236

Knesebeck-Drop.
Neukölln,
Hermannstr. 119.
Krönings-Adler-Drogerie, Lötterstr. 7.
P. Lehrke, Kottbuser Damm 81-82, Parf. im
Alfr. Marsch, Culmstr. 37.
Carl Müllig, Grüner Weg 68.
Rathaus-Drogerie, Nils. Bismarckstr. 24.

Hermannstr. 57
Neukölln
G. R. Prenzel.

Prinzenstr. 103
Alfred
Hoffmann
Fr. Schlusmann, Liebenauerstr. 22.
Hugo Schultz, Mollerstr. 166a.
Hyg. Gummw., Photograph.-Artikel.

Palisadenstr. 45
Drogerie
Erich Probst
Ulrichswilke Wilhelmshafenstr. 44
Froge, hyg. Gummw., Billig
Werder-Drogerie, Nils. Schwertstr. 84
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 20.

Bettfedern u. Betten

G. Behrends, Neuk. Kassestr. 104
Bullmann, Fahrhollersstr. 1, E. Schick. A.
Carl Henze, Andreasstr. 55, Leipzig
Landsberger Allee 149
reell und billig.

Beordig.-Anst., Sargm.

Otto Bittner, Neukölln, Ringstr. 31.
Nils, Hohenzollernpl. 11
Jochow a. Rind. Kranzstr. 11

Max Fuchs
Oppenauerstr. 1
Frankfurter Allee 170
Hansch, Weissenhofstr. 101
Hickel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37
Gust. Robert, Potsdamerstr. 115a
H. Petermeier, Streifenstr. 5
Peter-Schley, Wilh., Fasanenstr. 11.

Berufsbildung

Kelner, Otto, Gerichtr. 86.
Roter Laden, Schönch. Hauptstr. 104

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adeltung & A. Hoffmann
Akt.-Brauerei, Potsdam, Eig. Brauerei
Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 15
Brandenburg, E. Wilhelmstr. 110
Spez. Potsd. Stangenbier

Bergbrauerei Weißensee
T. 1, Lager-
u. Malzerei

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Tivoli
Weiß- u. Malz-
Brauerei,
Frochtr. 37

Weissbier - Caramelbier
Brauerei E. Willner
Pankow.

Groterjans
Malzbier, Schick. Allee 114, T. II, 1001

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.
Hempel, E., Müllerstr. 128 d.

Goldbier
ist nicht nur ein
Erfrischungsgetränk, sondern
auch ein
Gesundheitsbier ersten
Ranges.

Berliner Gulasch-Brauerei, Berlin S.
Lohsenbrauerei Weißensee.

Münchener Brauhaus Berlin.

Löwen-Brauerei
vorzügliche Pils- und
Flaschen-Biere.

Schutz, Herrn., Schöneleinstr. 22.

Ver eins-Brauerei Teufonia, NW 67.

Victoria-Brauerei
Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt,
Palisadenstr. 97. Tel.-A. VII, 3034.

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.
Blumen-Fischer-Zöllner Soeststr. 86
E. Degr. Nils, Kais. Friedr. 56, 58, 59, 60
O. Hahn, S. Thälitz, Albrechtstr. 101
Menzel, Neukölln, Döberstr. 110/111
F. Müller, Danzigerstr. 27.
Görber, A. P. Meltzer, Nkl. Ringstr. 17
W. Rotzschke Nils. Hermannstr. 62

Topfhanzen aller Art
Brl. Rudowstr. 92 Tel. Nkl. 134
Zastrow, H. Turinerstr. 24.

Butter, Eier, Käse

Drei Kronen
Carl
Davidohn
Danne, Karl Chorinerstr. 36.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Gebrüder Groh
40 Filialen
in Berlin und Vororten

August Holz
15 Detail-
Geschäfte.

F. HAGEN
22 Verkaufsstellen 22

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Wilh. Pleß, Buttergroßhdlg.
Berlin C. 54, Rosaenhofstr. 40
(Hakenstraße) Fernsp. A. Bert 3287

Schulz, Arth., Nils, Hermannstr. 62

Gust. Schultze & Sohn
Kosmalla, E., 4 Detail-
Geschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Melerieen
48 Verkaufsstellen

Cacao, Chocolate

Adler's Konditorat, Wagnplatz, 87.
Althaus, Krieger-Str., Lötterstr. 16.

STOLWERCK
Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao
In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind
untereinander gleichwertig und
unterscheiden sich, wie die
deutschen Edelweine, nur durch
ihre Aromen.

Cyliax, G., Filialen in all
Stadtteilen

Ferd. Hahn, Berlin, Perlebergstr. 73

Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Cigarrenhandlungen

J. P. Hofer, Kottbuser-Damm 79.
Nöckerstr. 77, Adalbertstr. 3, Dresdenerstr. 14

Klein, Wilh., Müllerstr. 184,
Oberbaum 1

Krakow, Fr. NW, Wicelast. 47.
J. Nothmann, NW 67, Turnstr. 59.
G. & S. Peterke, 50, Kottbuserstr. 14
W. Schuster, NW, Neanderstr. 29.
Alb. Warner, Nkl. Ebersstr. 29

Damenkonfektion

Dombrowsky
Charl. Feldstr. 111
Anfert. nach Maß

Restat, J.
Kottbuserstr. 76
Bismarckstr. 31

Eisen- u. Stahlw., Waff.

W. Allner, Mulsenstr. 24.
Beutel, C., Boxh.-Neue-Fahnd. Str. 24
Herm. Braun, Landstr. Allee 149.
Grüner Weg 49
Wagnplatz, 59.
Emil Braun, Adalbertstr. 75 Ecke Dresdenerstr.

G. Brucklacher, Oranien-
str. 45

Flack, E., Spandau, Schloßstr. 21.
Carl Jung, Stromstr. 41.
Franz Pfeiffer, O. Frankf. Allee 139.
Eugen Heum, Nils. Hermannstr. 19

Jungbluth, Hermannstr. 172.

H. Rockstroh, Berlin
Gieselerstr. 7a.

Rühlmann, P. Müllerstr. 40b, E. Soest.
F. Schubert, Volpt 10, K. Schreiberstr.
Schlach, Th., Nils. Hermannstr. 48
E. Thum, Schleif-, Waldemarstr. 78

Alex Weimar
Alexandrinenstr. 14
Reichenbergerstr. 100
(Inh. Otto Janke).

Fahrrad-, Nähmasch.

Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönhauser-Str. 11.

Fahrrad-Naus Frischauf
Brunnenstr. 55.
Gründung und Eigentum der
radfahrenden Arbeiterschaft.

Fahrrad-Schallplatte, Weissenhofstr. 47a
W. Malloshchy, Oberbaumstr. 3, 59

O. Naefe
Färberei u. chem. Wäscherei
f. Herren- u. Damengarder.
Läden in allen Stadtteilen
Berlin, Rixdorf, Schöneberg

G. Kulliek, Färb., Wäscherei
Pfl. Scharf Adlstr. 1, Weissenhofstr. 41
Eisenhollers 16, Weidenstr. 9
Kellerstr. 40a, Neukölln, Hermannstr. 37-39

Fleischer- u. Wurstw.

G. Aming, Neukölln, Eisenstr. 74
August Birnstein-Dunkerstr. 76.
Kaiserin
Augusta Allee 9.
Hans Böhm, Weidenweg 31.
A. Bentele, Thierstr. 21.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik,
Speck- und Schinkensalzer.
Berlin-Schöneberg, Kolumenstr. 37-39
Beete und billigste Bezugs-
quelle f. Wiederverkäufer.

K. Christ, Eilbingerstr. 58.
Ph. Christ, Petersburgerstr. 4a.
Darge, O., Finowstr. 5.
Thilo Dörgerlob, Lötterstr. 31
St. Doroszewski, Ebertstr. 29.
W. Dörfl, Schloßstr. 37.
August Fenger, Grünauerstr. 8
Feyerherm, F. Al-Bahagen 1
W. Friedmann, Nils., Warstr. 7.
Oskar Fröhlich, Ebelingstr. 16.
Willy Gerike, Petersburgerstr. 21
Albert Gols, Frankf. Allee 231.
Fr. Gerlach, Tauroggenstr. 1a.
Gustav Oltra, Waldemarstr. 14.
Rob. Gleiss, Weissenhofstr. 11
Hoehst 37.
Oranien-
straße 17.
Gelschmann, Fleisch-u. Aufnahm-
Centr., Wicelast. 109.
O. Gleich, Neukölln, Hohenzollernpl. 7
F. Gutschmidt, Kolonnenstr. 22.
E. Harzbecher
Döberstr. 8
A. Herold, Ackerstr. 63
G. Herrmann, Lichtung, Oderstr. 4
Heinrich Höhne, Skalarstr. 97.
Janik, C., Köpenicker-
str. 5.
Fr. Jantke, Köh. Dam 14, Fleisch, Wurst
H. Fleisch u. Wurst.
B. Immlig, Mantelhofstr. 109.
Heinr. Jochmann, Zietenstr. 41.
Wilhelm Kitz, Knipproderstr. 118.
Fritz Klebe, Kottbuserdamm 11.

Bruno Keller
Moabit
Hüttenstr. 11.
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.
Bruno Kusche, Fruchtstr. 38.
Ernst Kolbe, O. 112, Weichenstr. 15
Königsbergerstr. 27.
H. Fleisch u. Wurstwaren
Krumm, Reihn., Großewaldstr. 16
M. Kops, Reichstr. 154.
H. Kunert, Schöneberg, Goethestr. 41
A. Lange, Reichstr. 154, Kottbuserstr. 113
Neukölln,
Nimmestr. 8.
Weiden
weg 75.
Fr. Lindemann, Kmdenstr. 48.
August Lincke, Alte Jacobstr. 28.
Emil Lindigkeit, Hakenstraße 14.
Lochmann, Malplaquetstr. 22.
Rostockerstraße 43.
Fisch-u. Wurstfabrik
Aug. Mann, Schulstraße 109.
Märk. Fleischh., Nils., Warstr. 78
Paul Matschke, Thierstr. 17
M. Manersberger, Nils., Kanstr. 14
Max Metzler, Rigauerstr. 16.
Greifenhagen-
straße 30
Moers, Otto
R. Müller, Pankow, Wollankstr. 101

A. Möbes Ndf.
Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

Georg Neumann, Örtnerstr. 19.

F. Heborowsky
Frankfurter
Allee 178.

W. P. Zimmermann
Ferd. Döberstr. Fleisch u. Wurst-Zentrale
Seestr. 112.
Aankenstr. 17

Paul Nuss
Stolpische
Str. 26.

Ptach
Große
Frankfurterstr. 13.

P. Rechel
Wurstfabrik, Landstr.
Allee 120, Sp. Rof.
Schick. Nusschink. Schloßstr. 21

Rodewald, Franz Albert 1, Kat. 1104.
Franz Rose, Frankf. Chausse 11a.
Ottomar Rudolph, Girtnerstr. 17
Herm. Rauchfeld, Zietenstr. 19.
A. Rehmet, Moab, Perlebergstr. 2
E. Rummelant, Thierstr. 62.
Hermann Schmidt, Thierstr. 48.
Gebr. Schulz, Lötterstr. 78.
W. Segling, Christburgstr. 43.
Heinr. Schülz, Danzigerstr. 37
Max Schlack, Langestr. 67.
Th. Scheuermann, Helmholtzstr. 1
Schramm, Felsenstr. 11, Trpt. Nkl. 11797
Otto Schluenser, Nils. Kolumenstr. 9
Aug. Szczygiel, Nils., Teupinerstr. 110

Reik
Neukölln
Filialen in allen Stadtteilen.

Fritz Gerull, Beusselstr. 78.

Hökenkamp & Neumann
Crosener-
str. 14.

Kopernikusstr. 19, Niederarkenstr. 10.

Heinicke, Wilh., Markgrafend. 27.
Fritz Höbner, Schloßmannstr. 18.
Kohle, W., Lichtberg, Hagenstr. 58.
Kramer, Rich., O. Krugstr. 37/39

Lips, Chamissoplatz 8

Losler, G., Warschauer Str. 5

Karl Mercier, Hüttenstr. 3

Gabe auf War. 5%, R.
Tegelstr. 111 7002

H. Müller
Kottbuser Damm 31

Müller, G. Bernstr. 115, Kottbuserstr. 19
Probe, E., Boxh.-Chausse 22.
A. Ramhold, Prinzen-Allee 18.
Carl Rohrer, Langhamstr. 36 u. 148.

Willy Rohne
Mickernstr. 84a,
Kranzbergerstr. 36.

Runge, Otto, Nils. Hermannstr. 56.
A. Sägebarth, Friedrichstr. 30/32.
Schneider, F., Nils. Kaiser-Friedr. 54/57
Scheffler, Carl, Badstr. 14.
Fritz Schell, Schwedterstr. 47.
Schlechter, Emil, Hüttenstr. 7.
Rudolf Spremberg, Wörtherstr. 1.
Wilh. Thoms, Reichstr. 14.

Otto Tödt, Gubenstr. 11.

Willi Wegener, Posenstr. 4.

Korbwar., Kinderwag.

Metzners Filialen
Beusselstr. 67.

Krankenbedarfsartik.

Fischer, Wilh., N. Weissenhofstr. 114
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Lederwaren

Hermann Callies
Grüner
Weg 169

Taschen-Müller
Schöneberg,
Kolonnenstr. 64.

Lehranstalten

Zuschneide-Schule des
Deutsch. Zuschneider-
Verbandes o. V., BERLIN,
Mauerstr. 88 88 T. 13401.

Mehlhandlungen

Bethke, Georg, Kottbuser-
str. 44.
Neukölln, Ebertstr. 23, Kaiser-Friedr.-
Str. 64, Wasserstr. 163, Frielestr. 23.
Treptow, Grün-Str. 44.

Bordasch G. Nils., Kais.-Frd.-Str. 3139.
C. E. Flak, N. Pankstr. 92.

Prese, Ernst 6 Geschäfte
im SO.

Gaage, Otto Charlotten-
burg.

Paul Gaage, Spandau.

Jos. Hauke Mehl-u. Kolonnenstr.
Bergmannstr. 93.

Heerma, H. Nils., Hermannstr. 173
Karl Huhn, Schererstr. 9.

Korn, Hugo Wrangel-
str. 117.

W. Lau, Ch. Krumme Str. 54.

G. Laupfischer, Turnstr. 89.
Gus. Meyer, Boxh. Str. 19, Wist. Str. 1
C. Neugebauer Ober-Schloßwe

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine

Berlins und Umgegend.

Zentralvorstand für 1913/1914.

A. Aktionsauschuss:

- Eugen Groß, SW. 68, Lindenstr. 2, erster Vorsitzender. Telefon: Amt Moritzplatz, 1863.
Max Groger, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, zweiter Vorsitzender.
Theodor Fischer, SW. 68, Lindenstr. 2, Schriftführer.
Emil Boeske, SW. 68, Lindenstr. 2, Kassierer.
Karl Petermann, SW. 68, Ritterstr. 49.
Heinrich Schröder, SW. 29, Bergmannstr. 95.
Rathilde Barm, W. 85, Steglitzer Str. 45.
August Pohl, SO. 26, Raumnstr. 30.
Paul Hoffmann, O. 34, Königsberger Str. 28.
Hermann Varentsin, O. 17, Stralauer Platz 1/2.
Willi Friedländer, N. 24, Elbasser Str. 25.
Friedrich Stäffer, N. 65, Hochstädter Str. 16.
Karl Fahrow, N. 39, Gerichtstr. 71.
Richard Herdt, N. 58, Zettlerstr. 7.
Riina Reichert, NW. 52, Spenerstr. 16.
Franz Thurom, Neukölln, Weiserstr. 11.
Alfred Scholz, Neukölln, Weiserstr. 23.
Emil Lehmann, Friedrichsfelde, Walderseefer Str. 26.
Paul Brühl, O. 112, Scharnweberstr. 6/7.
Otto Weiß, SW. 68, Lindenstr. 69, Obmann der Wahlkommission.
Karl Welle, O. 34, Tilsiter Str. 19, Obmann der Schiedsgerichts-kommission.
Albert Hahnisch, O. 54, Auguststr. 51, Obmann der Lokalkommission.
Emil Basner, N. 29, Prinzenallee 46a, Obmann der Stadtverordneten und Gemeindevorsteher.
Gustav Schmidt, W. 57, Kirchbachstr. 14, Obmann der Revisoren.
Richard Seibel, SW. 68, Lindenstr. 2, Sekretär des Bezirksbildungs-ausschusses.
Richard Weimann, SW. 68, Lindenstr. 2, Sekretär des Bezirksjugend-ausschusses.
Alle Briefe und Mitteilungen sind an Theodor Fischer (Berliner Verbandsbureau), SW. 68, Lindenstr. 2 I, alle Wert- und Geldsendungen an Emil Boeske (Berliner Verbandsbureau), SW. 68, Lindenstr. 2 I, zu richten.

B. Wahlkommission:

- Alfred Sadof, Neukölln, Schillerpromenade 3.
Ferdinand Gwald, S. 59, Schönleinstr. 6.
Gustav Häufer, SW. 68, Alexandrinenstr. 109.
Jusuf Braun, Neukölln, Idealpasse 18.
Georg Davidsohn, O. 25, Kaiserstr. 10.
Max Sassen, NO. 18, Paul-Heyse-Str. 2.
Gustav Müller, O. 34, Wemeler Str. 5.
Agnes Fahrenwald, O. 34, Hornborfer Str. 13.
Otto Weiß, SW. 68, Lindenstr. 69.
Alfred Paezsch, NW. 21, Oldenburger Str. 10.
Hermann Müller, N. 39, Gerichtstr. 71.
Adam Bittorf, N. 28, Zehrfelderstr. 25.
Gustav Heinrich, Neukölln, Teupiger Str. 12.
Fritz Woid, Köpenick, Jägerstr. 3.
F. Dylhof, Charlottenburg 5, Philippstr. 4.
Franz Gründler, Weihensee, Berliner Allee 251.
Oskar Wüste, O. 112, Grünberger Str. 9.
Alle Mitteilungen und eventuelle Beschwerden den „Vorwärts“ betreffend sind an den Obmann der Wahlkommission Otto Weiß, SW. 68, Lindenstr. 69, vorn 4 Tr., zu richten.

C. Schiedsgerichtskommission:

- Wilhelm Döwll, Charlottenburg, Cuno-Fischer-Str. 20.
L. Zalusowski, SW. 47, Kreuzbergstr. 72.
Paul Jakob, SO. 36, Reichenberger Str. 123.
Karl Welle, O. 34, Tilsiter Str. 49.
Eugen Rosemann, NO. 55, Winostr. 58.
Gustav Laufen, N. 39, Roderstr. 11.
Reinhold Küter, Schöneberg, Ebersstr. 70.
Estride Ryned, Baumgärtelweg, Riefholzstr. 180.
Hermann Glas, O. 112, Blumenthalstr. 24.
Alle Anträge für die Schiedsgerichtskommission sind an Karl Welle, O. 34, Tilsiter Str. 49, zu richten.

D. Lokalkommission:

- Franz Lucht, SO. 36, Siegnitzer Str. 43.
Richard Reinhardt, S. 59, Urbanstr. 67.

- Gustav Müller, SO. 36, Grünauer Str. 26.
Franz Beiersdorf, O. 34, Wittthauer Str. 14.
Albert Hahnisch, O. 54, Auguststr. 51.
Salomon Joseph, NW. 21, Stromstr. 36.
Karl Kehr, Neukölln, Neue Jonaststr. 38, vorn IV.
Graf Beckmann, Friedrichshagen, Köpenicker Str. 18.
Martha Krensch, Richtenberg, Möllendorffstr. 82.

Alle Mitteilungen, Zuschriften und Beschwerden in Lokal-Angelegenheiten für Berlin und Umgegend sind nur an den Obmann der Lokalkommission

Albert Hahnisch, O. 54, Auguststr. 51, Quergebäude 4 Tr., zu richten.

E. Revisoren:

- Gustav Schmidt, W. 57, Kirchbachstr. 14.
Paul Burghardt, O. 34, Straßmannstr. 31.
Paul Dobrowlan, N. 58, Schliemannstr. 39.
Paul Weimann, Berlin-Brig, Kochowstr. 2.
Graf André, Weihensee, Gürtelstr. 24.

Obmann der Revisoren ist: Gustav Schmidt, W. 57, Kirchbachstr. 14, hochpart.

Vorsitzende und Kassierer der Wahlvereine:

- 1. Kreis: Vorsitzender Karl Petermann, SW. 68, Ritterstr. 49. Kassierer Max Holzmann, SW. 29, Wittenwalder Str. 39.
2. Vorsitzender Heinrich Schröder, SW. 29, Bergmannstr. 95. Kassierer Gustav Schmidt, W. 57, Kirchbachstr. 14.
3. Vorsitzender August Pohl, SO. 26, Raumnstr. 30. Kassierer Albert Haradt, O. 19, Friedrichsgracht 22.
4. Vorsitzender Paul Hoffmann, O. 34, Königsberger Str. 28. Kassierer Hermann Varentsin, O. 17, Stralauer Platz 1/2. Wahlvereinsbureau. Telefon: Amt Königsstadt 3759.
5. Vorsitzender Willi Friedländer, N. 24, Elbasser Str. 25. Kassierer Karl Kirke, NO. 58, Jablonstr. 13.
6. Vorsitzender Friedrich Stäffer, N. 65, Hochstädter Str. 16. Schriftführer Karl Fahrow, N. 39, Gerichtstr. 71. Kassierer Hermann Müller, N. 39, Gerichtstr. 71, Wahlvereinsbureau. Telefon: Amt Norden, 2137.
Zeltow-Beeslow: Vorsitzender Franz Thurom, Neukölln, Weiserstr. 11. Schriftführer Max Groger, SW. 68, Lindenstr. 3. Kassierer Alex Pagels, SW. 68, Lindenstr. 3, Wahlvereinsbureau. Telefon: Amt Moritzplatz, 14714.
Nieder-Barnim: Vorsitzender Emil Lehmann, Friedrichsfelde, Walderseefer Str. 26. Kassierer Paul Brühl, O. 112, Scharnweberstr. 6/7, Wahlvereinsbureau. Telefon: Amt Königsstadt, 851, Nebenanschl.

Der Berliner Arbeitsmarkt im Monat Mai.

Nach den an den Zentralverein für Arbeitsnachweis gelangten Berichten gestaltete sich im Monat Mai der Arbeitsmarkt wie folgt:

Die Verschlechterung des Geschäftsganges in verschiedenen Zweigen der Metall- und Maschinenindustrie, der elektrotechnischen Industrie, im Holzgewerbe und anderen Berufsarten, sowie besonders die langanhaltende Depression auf dem Baumarkt, deren Ende bei dem teuren Geldstande noch nicht absehbar ist, zeitigte trotz der sommerlichen Zeit einen großen Andrang am Berliner Arbeitsmarkt. Bei den Männern kamen im Berichtsmontat auf 100 offene Stellen 175 Arbeitsgesuche und bei den Frauen 132. Die Folge des daniederliegenden Arbeitsmarktes machte sich teils in einer Abwanderung von Bauarbeitern aus Groß-Berlin nach der Provinz, teils im Sinken der Arbeitslöhne für ungerne Arbeiter und Arbeiterinnen bemerkbar. Die Mitgliederzahlen der Krankenkassen Berlins sind gegen den Vormonat und die Parallelzeit des Vorjahres ganz beträchtlich gefallen, und die Rentenbewegung bei der Landesversicherungsanstalt Berlin läßt auch die Not der Zeit, der in der Vermehrung der Anträge zutage tritt, erkennen.

Im einzelnen war berichtet: Gärtnerei und Landwirtschaft. Die Nachfrage in der Landwirtschaft als auch in der Gärtnerei steigerte sich im Berichtsmontat weiter.

Metall und Maschinen. Die Lage in der Metall- und Eisenindustrie war noch weiter flau. Die Rohrleger und Helfer, Maschinenisten und Heizer hatten wenig zu tun. Die Musikinstrumentenarbeiter arbeiteten bei verkürzter Arbeitszeit. Der Metallarbeiterverband zählte am Schluß des Monats 3796 Arbeitslose. Nur bei den Schmieden und Kupfer Schmieden war die Geschäftslage steigend.

Textil. Die Weber und Kurbler hatten schlechten Geschäftsgang, die Posamentiere waren mittelmäßig beschäftigt, die Wirker, Stricker, Felateure, Färber und Wäsher dagegen gut.

Leder und Papier. Die Geschäftslage bei den Sattlern war im Vergleich mit dem Vormonat unverändert geblieben. Die Tapezierer hagen über Plaque in allen Fächern. Im Buchbinder-gewerbe dagegen hob sich der Geschäftsgang gegen Ende des Monats.

Holz. In allen Branchen der Holzindustrie war die Lage sehr schlecht, die Zahl der Arbeitslosen steigerte sich forisgesetzt. Am Schluß des Monats wurden 4835 Arbeitslose gezählt. Auch bei den Holzbildhauern verschlechterte sich die Arbeitsgelegenheit. Nur die Böttcher hatten besser zu tun.

Nahrungs- und Genussmittel. Im Brauereigewerbe und für die Bäckereien war ein Rückgang bemerkbar. Dagegen herrschte in der Selterwasserfabrikation und der Zigarettenbranche rege Tätigkeit.

Bekleidung und Reinigung. Die Damenkonfektion ging weiter zurück und stieg noch zirka 5000 weibliche Arbeitskräfte ab. Bei den Kürschnern war die Lage still. Infolge frühzeitigen Schlußes der Strohhutfaison herrscht große Arbeitslosigkeit in der Hutindustrie. Das Schuhmacherhandwerk war normal beschäftigt, die Schuhindustrie gegen den Vormonat ungünstiger. Wegen der Wabefaison Mangel an Friseurgehilfen.

Bau. Das Baugewerbe liegt noch immer sehr danieder; in der Gips- und Zementbranche war keine Besserung zu bemerken. Ein großer Teil der Maurer, Dachdecker, Ofenseher und Stein-seher mußte Berlin verlassen, um in der Provinz Beschäftigung aufzunehmen. Die Glaser, Zimmerer, Steinbildhauer und Töpfer melden sehr schlecht, bei letzteren waren am Schluß des Monats 592 Arbeitslose. Nur bei den Malern steigerte sich die Arbeits-gelegenheit nach Beendigung der Lohn Differenzen.

Graphisches Gewerbe. Die Steindrucker, Chemi-graphen und Kupferdrucker waren gut beschäftigt, dagegen die Lithographen schlecht. Auch im Buchdruckgewerbe war die Nach-frage zurückgegangen.

Handel und Verkehr. Die Lage im Handelsgewerbe war im Berichtsmontat nicht günstig. Bei den weiblichen kauf-männischen Angestellten für höhere Gehälter überstieg das Angebot die Nachfrage. Für Kontorpersonal bei kleinen und mittleren Löhnen etwas günstiger. Ungünstig war auch die Arbeitsgelegen-heit für die Handelsreisende. Der Transportarbeiterverband zählte am Schluß des Monats 1416 Arbeitslose. Aus dem Ver-sehrsgewerbe wird gemeldet, daß das Droschkengeschäft jetzt besser geht wie das Autofuhrwerk.

Beherbergung. Im Gastwirtsgewerbe war infolge des günstigen Wetters reichlich Arbeitsgelegenheit. An den Sonn-tagen schloß es an Anstiftskräften. Bei den Köchen hat sich die Lage ebenfalls gebessert.

Sonstige Arbeiter usw. Nach dem Bericht des Zen-tralarbeitsnachweises gestaltete sich die Lage des Berliner Arbeits-marktes im Berichtsmontat gegen den Parallelmontat des Vorjahres erheblich schlechter. Die Schaffheit im Baugewerbe machte sich immer fühlbarer in den verwandten Berufen, besonders in der Holz- und Eisenindustrie. Eine größere Anzahl Arbeiter muhten wegen Mangel an Aufträgen aus den Gas-Revierinspektionen usw. entlassen werden. Dazu kommt der Saisonstich in der Kon-fektion und die Steigerung der Arbeitsuchenden. Der Antrag an den Arbeitsnachweiser ist sehr stark, offene Stellen werden in der Provinz sehr gern angenommen. In der männlichen Abteilung für ungerne Arbeiter wurden im Mai 2413 offene Stellen gemeldet, im Vorjahre desselben Monats 3123. Es kamen auf 100 offene Stellen 165 arbeitssuchende Personen, im Vorjahre 154 und im Vormonat 167.

In der weiblichen Abteilung kamen 1783 offene Stellen zur Meldung, im Mai des Vorjahres 1640. Es entfielen auf 100 offene Stellen 124 arbeitssuchende Personen, im Vorjahre 114 und im Vor-monat 138. Auch für die weiblichen Arbeitskräfte besserte sich die Lage nicht, sondern die Beschäftigungsmöglichkeit ist relativ ge-sunken, besonders in der Metallfabrikation und im Buchdruckgewerbe trat ein Rückgang der Nachfrage ein. Bessere Nachfrage für Dampfwaschereien konnte konstatiert werden. Der Durchschnitts-lohn der Fabrikarbeiterinnen sank von 12,39 auf 12,22 M. Die Nachfrage nach Dienstmöten war in der ersten Hälfte des Monats flau, belebte sich aber wieder in der zweiten Hälfte, so daß es an Dienstmädchen, besonders aber an Hausmädchen fehlte.

Reise-Winke

Sich mit geeigneter Fußbekleidung auszurüsten, ist wohl eines der wichtigsten Erfordernisse für eine Sommerreise, um den Aufenthalt im Freien zu einem wirklichen Genuß zu gestalten.

Für den Strand * für das Gebirge

bieten wir eine enorme Auswahl zweckentsprechender Schuhwaren Wir studieren jahraus, jahrein, aufmerksam die Bedürfnisse für die Reise und für den Sport und bringen sofort alle Neu-schöpfungen auf diesem Gebiete. Mag es sich nun um einen leichten, bequemen Reiseslipper oder um den schwersten Gebirgs-Stiefel handeln.

- Zentrale: Berlin C., Jerusalemer Straße 32-35, am Dönhoff-Platz
Potsdamer Straße Nr. 2 | Friedrich-Str. Nr. 75 | Oranien-Str. Nr. 101 | Schönebg., Haupt-Str. 146
Tauenitzien-Str. 19 a | König-Str. Nr. 25-26 | Gr. Frankfurter Str. 123 | Neukölln, Berg-Str. 25
Tauenitzien-Str. 7 b | Rosenhäger Straße Nr. 5 | Chaussee-Str. Nr. 114-115 | Charl., Wilmersdorfer Str. 45

Zweig-Niederlassungen: Magdeburg · Halle · Cassel · Posen · Danzig · Königsberg i. Pr.

Stiller

Gegr. 1867



Neue Halbschuhe für Damen
Strand-Schuhe * Sandalen
Leinen-Schuhe
Kräftige Kinder-Stiefel

Partei-Angelegenheiten.

Stierter Kreis, Abteilung 22. Am Sonntag, den 8. Juli, findet ein Familienausflug nach Sadowa, Restaurant Pierdebucht, statt.

Konwales. Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Schmidischen Lokal, Wilhelmstr. 41/43, die Versammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt.

Berliner Nachrichten.

Waldbrände.

In den heißen Tagen der Monate Mai und Juni ist die Mark, wie man nach und nach erfährt, von ganz ungewöhnlich vielen Waldbränden heimgesucht worden.

Es soll nicht verkannt werden, daß auch viele Ausflügler es an der nötigen Vorsicht fehlen lassen. Im Walde Zigarren oder Zigaretten zu rauchen, ist überhaupt nicht nötig.

Konto S.

Ein kostbare Mär. Es war einmal eine Frau, die verpflanzte die englische Idee, einen „Mütterbund“ zu gründen, nach Deutschland, und hatte Erfolg damit, um so mehr als ihr die Gunst eines hohen Magistrats, die der größte deutsche Dichter nicht entbehren kann, lächelte.

Und es war einmal ein junger Stadtsekretär, der hieß Schmidke. Der war gegen den Geburtenrückgang und war trotzdem Junggeselle.

Aber die Gemanner der jungen, frischen Mütter, die schon lange einen ganz unbegründeten Groll auf den gefälligen Junggesellen und unumschränkten Bundesdirektor hegten, nahmen Vergerniß an diesem harmlosen Konto S. Sie stachelten einen kleinen Teil

„einsichtiger“ Mütter gegen den zielbewußten Stadtsekretär auf, und obgleich sich der größte Teil der für ihren Bundesdirektor schwärmenden Mütter dagegen empörten und jammernd klagten: „Und ist alles andere „dies“, wenn wir nur unseren Bundesdirektor behalten!“

Man sollte das bunte Kränzlein schwarz übermalen.

Gedrängte Heimatkunde mit Ohnmächtsanfällen.

Am 14. Juni berichteten wir an der Hand eines besonderen Falles, daß der Berliner Magistrat die Eltern derjenigen Kinder, die bei den Einzugsfeierlichkeiten im Mai ohnmächtig geworden waren, mit einem Angebinde bedacht hatte.

Sieht man davon ab, daß es eine recht gewagte Sache ist, einen heimatkundlichen Schulausflug mit dem Anstehen der in Berlin eingezogenen Potentaten in Verbindung zu bringen, so hat die Wilmerdorfer Behörde in dem vorliegenden Falle gehandelt, wie sie anstandslos handeln mußte.

Vom Wohnungsamt.

Der Magistrat hat zum Direktor des Wohnungsamtes, das am 1. Oktober d. J. seine Arbeiten aufnehmen wird, den Syndikus der Handelskammer in Göttingen Dr. phil. Raporte gewählt.

Geburten und Sterbefälle in Groß-Berlin.

Die vom Berliner Statistischen Amt herausgegebene Zeitschrift „Groß-Berlin, Statistische Monatsberichte“ bringt in ihrem neuesten Heft eine für Groß-Berlin ausgeführte Zusammenstellung über die Geburten und Sterbefälle aus 1912.

Für Berlin allein stellte sich die Gesamtzahl der Geburten in 1911 auf 44 848 (lebend 43 199, tot 1649), in 1912 auf 44 303 (lebend 42 562, tot 1741), das heißt pro 1000 Personen der durchschnittlichen Bevölkerung in 1911 auf 21,7 (lebend 20,9, tot 0,8), in 1912 nur noch auf 21,3 (lebend 20,4, tot 0,9).

Die Sterblichkeit war in 1912 sehr viel geringer als in 1911. Berlin allein hatte im vorletzten Jahre 32 907 Sterbefälle, im letzten Jahr nur 29 980 Sterbefälle (immer ohne die Totgeburten), das sind 15,6 und 14,4 pro 1000 der Bevölkerung.

Verrechnet man den Geburtenüberschuß, so ergibt sich — wegen dieser bedeutenden Unterschiede in der Zahl der Sterbefälle — für 1912 ein sehr viel höheres Plus als für 1911. Der Geburtenüberschuß des ganzen Gebietes Groß-Berlin stellte sich in 1911 auf nur 24 580, aber in 1912 auf 27 442. Berlin allein war in 1911 mit nur 10 892, in 1912 mit 12 582 beteiligt.

Ein geplantes Eisenbahntentat?

Amlich wird gemeldet: Berlin, den 4. Juli. Heute vormittag gegen 9 Uhr 30 Minuten entdeckte ein Bahnwärter beim Streckenbegang zwischen den Bahnhöfen Neubabelsberg und Zehlendorf-Mitte, daß im Gleis Ragdeburg—Berlin durch Lösen einzelner Schienenbefestigungen ein Anschlag versucht worden war.

Fliegerzusammenstoß in Johannisthal.

Einen jähen Abbruch nahm der gestrige Tag auf dem Johannisthaler Flugplatz. Bei dem schönen Wetter waren eine ganze Anzahl von Piloten zu Übungsflügen aufgefliegen.

Der gefälschte Scheck.

Durch Unterschlebung eines gefälschten Schecks ist die Reichsbank von einem ihrer Angestellten, wahrscheinlich einem Hilfsarbeiter, um ungefähr 60 000 M. geschädigt worden.

Ein Opfer der Jahrhundertfeier.

Einer Vergiftung durch Schwefeldämpfe ist gestern der Hauswart Ferdinand Draheim aus Friedrichshagen erlegen.

Ein raffinierter Ringnepper

treibt gegenwärtig sein Unwesen. Der Gauner operiert in folgender Weise: Er spricht auf der Straße Damen an und erzählt ihnen in fast weinerlichem Tone, es ergehe ihm sehr schlecht.

Bei einer Explosion tödlich verunglückt ist gestern nachmittag der 27 Jahre alte Meierereiarbeiter Johann Wojewski, der in der Meierei von Walle in Alt-Neubau beschäftigt war.

Eine Fandaustellung des Deutschen Desinfektorenbundes findet vom 13. bis 16. Juli im „Marinehaus“, Brandenburger Ufer 1, statt.

Vermißt wird seit Montag ein vierzehn Jahre altes Mädchen Wanda Blume, Charlottenburg, Vestalozstr. 103, bei dem Eltern wohnhaft.

Verloren. Etwa 50 Marken vom Deutschen Transportarbeiterverband sind verloren gegangen auf dem Wege von der Wittstocker Straße (Neubau) nach der Waldkrone.

Vorort-Nachrichten.

Neukölln.

Errichtung einer Provinzial-Gebammen-Lehranstalt in Neukölln. Die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen mit der Provinzialverwaltung über Verlegung einer der großen sanitären Anstalten der Provinz nach Neukölln haben zu einem Erfolge geführt.

in der nächsten Provinziallandtagsitzung erfolgen. Die Anstalt ist eine Musteranlage großer Stills, die das ganze Jahr über geöffnet bleiben soll. Mit der Lehranstalt wird nach dem vorläufigen Projekt eine gynäkologische Abteilung verbunden werden, in der die Ausbildung von Wochenpflegerinnen in Lehrgängen von etwa dreimonatiger Dauer erfolgen soll. Das Projekt sieht u. a. Räume für die Unterbringung von 70 Schülerinnen und 3 Säle für Wöchnerinnen vor, von denen 80 unentgeltlich Verpflegung finden sollen.

Die Stadtverordnetenversammlung, die sich grundsätzlich bereits mit dem Projekt einverstanden erklärt hat, wird sich in der ersten Sitzung nach den Ferien mit der Angelegenheit beschäftigen.

Lichtenberg.

Anlage einer Straßensahnerfiedlung. Einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 3. Juli betraf die Anlage einer Straßensahnerfiedlung auf dem Gelände des ehemaligen Rittergutes Noeder in der Nähe des neuen großen Bahnhofs der großen Straßensahnerfiedlung. Dessen Anlage macht den Zugang einer großen Zahl Straßensahner nach Lichtenberg notwendig.

Die große Berliner Straßenbahn beabsichtigt nun, für etwa den dritten Teil ihrer in Lichtenberg wohnenden Angestellten eine Kolonie zu errichten. Das Gebiet wird im Norden durch die Straße 28, im Osten durch die Straße 23, im Süden durch das nördlich der Herzbergstraße abzweigende Eisenbahnanschlussgleis und im Westen durch die Siegfriedstraße begrenzt.

Das Siedlungsgelände wird in der Mitte von zwei 12 Meter breiten Hauptgangsstraßen und von mehreren 4 bis 8 Meter breiten Nebenstraßen durchkreuzt, deren Befestigung durch Zementmaße erfolgt. Die Verfestigung sowie die dauernde Unterhaltung dieser Verkehrsstraßen einschließlich aller Nebenanlagen wie der Kanäle liegt der Großen Berliner Straßenbahn ob und entstehen der Stadtgemeinde durch die Anlegung keinerlei Kosten. Innerhalb des Siedlungsgeländes werden nach dem eingereichten Projekte circa 300 Zweifamilien-, circa 100 Einfamilien- und etwa 170 Drei- und Vierfamilienhäuser für insgesamt etwa 2000 Köpfe errichtet. Die Häuser sind lediglich zum Wohnen der Angestellten bestimmt und gehört zu jedem Hause ein kleiner Garten. An dem Hauptzugangsweg in der Mitte des Siedlungsgeländes wird vor einem circa 1/2 Morgen großen freien Platz ein Verkaufs- und Klubhaus errichtet, das den Angestellten zur Erholung und zur Förderung der Geselligkeit dienen soll.

Von bürgerlicher Seite wurde beantragt, die Angelegenheit in die nächste Sitzung zu verweisen. Angeblich kämen geheim zu haltende Angelegenheiten zur Erörterung. Gegen den Widerspruch unserer Genossen wurde die Verweisung in die Dunkelkammer beschlossen. Und von hier aus schob man sie — Zeit gewonnen, viel gewonnen! — in eine Sonderkommission ab. Die eigentlichen Beweggründe für den Widerstand wurden schon vorher angegeben: man will den Hausbesitzern keine Konkurrenz machen. Da jetzt Ferienzeit ist, hofft man, die unangenehme Angelegenheit wenigstens auf die lange Bank geschoben zu haben.

Die Stadtverwaltung hatte bei der Eisenbahndirektion um Wiedereinführung der Sonntags-Nord- und Südringe auf der Stadtbahn petitioniert. Das Gesuch wurde abgelehnt. Eine erneute Eingabe hatte denselben Erfolg. Die Eisenbahndirektion befreit in dem Antwortschreiben, daß die Bewohner des Bestens auf der Stadtbahn begünstigt würden und die Einziehung der Nord- und Südringe an Sonntagen irgendwelche Nachteile für die Bewohner des Ostens im Gefolge hätten. Fertig!

Als Vorsitzenden des Kaufmanns- und Gewerbegerichts wählte die Versammlung auf weitere 3 Jahre den bisherigen Inhaber des Amtes, den Assessor Willweber. — Die Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte — vom 19. bis 20. September in Leipzig — soll nach dem Vorschlage des Magistrats durch je einen Arbeitnehmer und einen Arbeitgeber besetzt werden. Genosse Grauer beantragte, je 2 Delegierte zu entsenden; Genosse Becker befürwortete die Erhöhung der Deputen von 12 auf 15 Mark. Der letztere Antrag fand eine Mehrheit, der erstere verfiel der Ablehnung.

Für die weitere Ausschmückung der Mittelpromenade in der Frankfurter Chaussee werden weitere 1700 M. gefordert und bewilligt. — In der Sitzung vom 11. April d. J. hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, daß in Zukunft Lieferungen an die Magistratsmitglieder sowie Lieferungen an Stadtverordnete, die als Kommissionsmitglieder auf die Vergebung von Lieferungen Einfluss haben, zu unterlagen seien. Der Magistrat, teilweise als Interessent, ist dem Beschlusse nicht beigetreten. Angeblich haben sich aus dem bisherigen Verfahren, das die Vergebung von Lieferungen an Magistratsmitglieder und Stadtverordnete in keiner Weise behinderte, Mängel nicht ergeben. Der Beschlusse würde eine Anzahl Stadtverordnete und Magistratsmitglieder, auf deren Mitarbeit man nicht verzichten möchte, veranlassen, ihre Tätigkeit im Dienste der Stadt einzustellen. Gegen diese merkwürdige Begründung wandte Genosse Grauer ein, daß Lichtenberg zweifellos genügend Kräfte besitze, die ohne Sonderinteressen die Kempter übernehmen würden, wenn jetzt amtierende Stadtverordnete und Magistratsmitglieder, ohne Geschäfte mit der Stadt machen zu können, nicht mitarbeiten wollten. In Berlin, auch

in dem früheren Himmelsburg, habe man den Ausschluß von Mandatsinhabern von städtischen Lieferungen mit gutem Erfolge durchgeführt. — Als eventuellen Rückzug für vier von der Stadt mit dem Blättern-Direktor zu veranstaltende Konzerte forderte der Magistrat 600 M. Genosse Grauer beantragte, anstatt, wie vorgeschlagen, Karten zu 30 und 50 Pf. für diese Konzerte anzugeben, den Einheitspreis auf 30 Pf. festzusetzen. Die Vorlage des Magistrats fand ungeändert Annahme. — Der Verein evangelischer Frauenhilfe hat bei der Stadt beantragt, ihr ein Grundstück für den Bau einer Krippe und Kinderbewahranstalt zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat will dem Antrage entgegenkommen durch Vergabe eines Platzes auf dem Terrain der Löper-Stiftung in Erbbaupacht, und zwar auf 30 Jahre zum jährlichen Pachtzins in Höhe von 1380 M. Das Grundstück hat einen Verkaufswert von 27 600 M. Die Vorlage soll noch näher erörtert werden, deshalb wandert sie in eine Kommission.

Weißensee.

Augu viel ist ungesund! Die kürzlich stattgehabten Nationalfeiern jagten sich förmlich und keine wird auf die Kosten gekommen sein. Die Volksschulen haben die Kinder nach dem Rennbahngelände befohlen und so war einigermassen Volk vorhanden. Ein nationales Komitee lud die patriotischen Vereine abends 6 Uhr zur Grundsteinlegung eines Kaiserfeins ein, die Beteiligung war nicht besonders. Dann folgten die höheren Schulen mit einer Extrafreier und zum Schluß sollte noch was Großartiges geschehen. Einige Geistliche und ein Stadtmissonar wollten den nationalen

Gedanken unter Volk bringen und forderten die Bevölkerung auf, zu einem Feste nach dem Schloß zu kommen. Ein Festzug sollte den Akt eröffnen und eine Militärkapelle, — anders wird es hierorts nicht mehr gemacht — spielte auf. Wenn es viel waren, so folgten der Kapelle 150 Kinder einschließlich der Kurrende. Das war der groteske Anfang dieser Festlichkeit. Der Besuch des Festlokals bot daselbst Bild, und in seiner Festebe soll dann auch der Stadtmissonar seinen Unwillen über das böse Volk Ausdruck verliehen haben. Voller Zorn bekannte er, daß der nationale Gedanke in Weißensee nicht hochzubringen sei. Die vielfachen Bemühungen des Herrn Stadtmissonars, das verbotene Volk zur Umkehr zu bringen, kann er auch durch seine Kurrende nicht erreichen, da sollte er sich dorthin wenden, wo das böse Uebel sitzt.

Für die Arbeiterchaft zieht solch Nummernschanz nicht. Für die Kurrende hat sie höchstens Mitleid und sie wundert sich, daß es noch Eltern gibt, die ihre Kinder der Ausnutzung so frühzeitig preisgeben. Was sollte denn der Zweck sein für die Veranstaltung des Nationalfestes und was bezweckt die Kurrende, die von Tür zu Tür um ein Scherflein bittet. Steht nicht in der Bibel: Du sollst nicht Schätze sammeln, die der Aoft und die Wotten freffen!

Herzfelde.

Seinen Verletzungen erlegen ist jetzt der Aufsicht des hier in der Lindenstraße wohnhaften Landwirts H. Weiche im Räderdorfer Verbandskassenhause. Der Aufsicht, ein bejahrter Mann, war am Montag auf der Berlin-Frankfurter Chaussee in der Nähe von Bogelsdorf von einem Fuhrwerk heruntergefallen und von demselben überfahren.

Reiseführer, Wanderkarten und Bücher, Kursbücher
hält stets am Lager
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

40 Mark
Anzug oder Paletot n. Maß.
Cut-away n. gestr. Hoss 40 M.
Gute Futuraten, auf Hochbar.
Garantierte labellosen Stih.
Der Stoff liefert von 24 M. an
Franz Hänke,
Friedrichstr. 25 (Alexand.-Pl.). Tel.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden)

Ansichtskarten
vom
Riesengebirge, Harz, Sächsische Schweiz, Dresden, Berlin
in reicher Auswahl.
Stück 5 Pf.

Die Sommerhitze
ist gefährlich für die Säuglinge.
Daher sollte jede Mutter lesen:
Das erste Lebensjahr
Wie ernähren und pflegen wir den Säugling?
Von **Dr. med. R. Silberstein.**
(Hest 2 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.)
— Preis 20 Pfennig. —
Zu beziehen durch
Buchhandlung Vorwärts,
Lindenstraße 69,
sowie durch alle Vorwärts-Ausgabe-
stellen. 248/12*

Griehens Reiseführer

Bayerisches Hochland (Salzburg, Salzkammergut)	M.	1,50
kleine Ausgabe		8,-
große Ausgabe		9,-
Buckow und Umgebung		—,60
Dresden u. Sächs. Schweiz		2,-
Erzgebirge		2,-
Freienwalde u. Eberswalde		—,60
Harz (kleine Ausgabe)		1,30
(große Ausgabe)		2,50
Mecklenburg		1,50
Nordseehäder		—,90
Oberspre		2,-
Ostseehäder		—,50
Potadam und Umgebung		1,50
Rheinreise		1,50
Riesengebirge (kl. Ausg.)		1,20
(gr. Ausg.)		2,50
Rügen		1,30
Sächsische Schweiz		1,-
Schwarzwald (kl. Ausgabe)		1,20
(gr. Ausgabe)		2,50
Spreewald		—,60
Thüringen		2,50
Thüringer Wald		1,30
Tirol (große Ausgabe)		3,-
(kleine Ausgabe)		1,50
und andere.		

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden

Erscheint wöchentlich
:: einmal ::
Untenstehende Geschäfte empf. sich bei Einkäufen

Abzahlungs-Geschäfte Laser & Co. Müllerstraße 31 Möbel auf Cred.	Kakao, Schokolade K. Brachmann Badstraße 3 Madatstr. 14	Kohlenhdlg. Oldensbüttels Kohlenplatz Müllerstraße 122-24. Hermann Stoll Müllerstr. 48A Bbl. Tegeyerstr.
Bandagen, Gummiwaren Robert Paalzow Nachf. Inh. W. Tewes Orthopädie und Bandagen Kunst. Gipsabst. Plasterarbeiten, Gummistempel, Art. Krankenspfleg. Kaufgeschäft: Ursulenerstr. 16 gegr. 1890. Tel. N. 724.	Zigarrenhdlg. Tabake O. Blochstein, Berlin N 38. Tel. N. 9577, Brenal. Allee 130	Kolonialwar. F. Steinmetz Nieder-Schlesische Schl.-Allee 21, 43.
Bäckereien u. Konditoreien Zerpenschleuser Landhrot v. M. Kohler, Am Well. 100 best. u. nahrhaftigst. Brot Herrn Ernst Knglerstraße 4 Böck. u. Kondit. Friedrich Marten, Pankow, Cavallierstr. 11, 2 Stck. 10 Pfg. Fritz Conrad, Danzigerstr. 8. Edmund Fiebig Stargarder- straße 33. Wilhelm Gand Zionskirch- str. 10. Gustav Haase Anklamer Str. 48. Franz Kögler Stralander- Str. 28. Paul Pohl, Bernauerstr. 77. Max Hamsch, Dunker-Str. 7. Berthold Remus, Grolstr. 18. Aug. Sommerfeld Fehrb.- str. 43. Georg Sy, Franseckistr. 37.	Drogen und Farben Carl Morick Anklamerstr. 31 Auf. 2801, Kassestr. Otto Behrens Veteranenstr. 13 Parfumerie, Seifen, Hann Hansen, Köpenickerstr. 90, Friedrichstr. 23. Telefon Rel. 250.	Korbwaren Kinderwagen Korbwaren Kinderwagen G. m. b. H. (A. Silbermann) Brunnenstraße 100. Metallborten, Kinderwagen, Reparaturen.
Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden)	Elektrische Bedarfsart. J. Ziellow Badstr. 62, elektr. Installationsgesch.	Möbelmagaz. Wih. Gabbert Brunnenstr. 100 Möbellager. H. Heinrich Möbelfabrik Badstr. 55a, geg. 1567 Richard Rettig Fennstr. 44 Genossen 55. Franz Seml Schützenstr. Allee 41 an der Beckhörsbr.
Die Sommerhitze ist gefährlich für die Säuglinge. Daher sollte jede Mutter lesen: Das erste Lebensjahr Wie ernähren und pflegen wir den Säugling? Von Dr. med. R. Silberstein. (Hest 2 der Arbeiter-Gesundheits- Bibliothek.) — Preis 20 Pfennig. — Zu beziehen durch Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69, sowie durch alle Vorwärts-Ausgabe- stellen. 248/12*	Fleisch- und Wurstwaren A. Möbes Nachf. Fleischwaren und Wurstfabrik Berlin N 24 Oranienburgerstraße 4. C. Schnabel, Badstr. 37 Richard Krause Zionskirch- str. 23. Bernh. Filzeck, Rykestr. 10. Otto Krause Nieder-Schlesische Kaser Wilhelmstr. 54. Willy Meyer, Bernauerstr. 99. Paul Schulz, Franseckistr. 47. Adolf Konrad Rheinsberger- str. 13.	Optiker E. W. Adam, Friedrichstr. 106. Reißzeuge J. Ziellow Schul- u. Präsenstr. 100. Badstr. 62.
Griehens Reiseführer	Gelegenheitskäufe Paul Schulz Nachf. Berliner- str. 41 I Dam. u. Kind.-Konf., Wäsche, Gardinen, Aussteuerartikel.	Schirme und Stöcke M. Albrecht Chausseestr. 105 (Hest. Vorkass.)
Bierbrauereien Berliner Bierbrauerei-Gesellschaft m. b. H. N. 1801, Zionskirchstr. 24/25 Café Röder Pankow Schönholzerstr. 1, Fernsp. P 74 Strauchwiese Gr. Ehd. der Nordsee, Site für Terrine u. Feink. 41 gk. Wied. u. Sommer geg. Fest. 350er Stück. F. Am. Pank. 719	Haus- und Küchengeräte K. Andree Bernauerstr. 75, Emallier, gut u. billig.	Schuhwaren Val. Csanjek, Heiligsandstr. W. Nr. 16, Eichhornstr. Nr. 16. Fr. Siebeky Bernau Barnauerstr. 225
Butter, Eier, Käse Kauft „Märkische Perle“ Carl Franke Nachf.	Herr.-Artikel J. Ferester Reilickendorferstr. 104. Aelteste u. billigste Bezugsq. f. Hüte, Mützen, Kravatten, Wäsche, Schirme, Trikotasen.	Zahnatelier Zahn-Praxis A. Hoppe Reilickendorferstraße 41 Ecke Gutschedstraße Schmerzloses Zahnziehen mit allgemeiner Betäubung Plattenslos Zähne Inhalt: 2000 Kr. Zahn- u. Nig. nur Schönehauser- Allee 43. Emil Bode
Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden).	Herr., Dam.- u. Knab.-Gard. E. Bierlumpfel Berlin-Pankow, Vineta Str. 64. Herron-Moden, ff. Maßanfert. Garantie für guten Sitz. Kostante Bedingungen.	Tegel Otto Schumacher, Uhren u. Goldw. Berlinerstr. 5a, Tel. 23.
	Deutsche Bekleidungs-Co. Reilickendorferstr. 92, Ecke Schauerstr. Bill. Bezugsq. für Herr.-, Knab.-, Arb.-Berufskl.	Weißensee Konfektionshaus P. Dewitz Langhausstr. 30 Müssen, Kleider, Röcke. Ed. Bruns F. J. J. u. W. Garw. Wilhelmstr. 29. Weinatz, Weine, Liköre. Küchenmöbel Hanners- dorferstr. 26. Fritz Petrick Friseur- und Langhausstr. 19 Haargeschäft Karl Schmidt, Langhausstr. 30 Uhren, Goldw., Reparatur. Springer Berliner Allee 111 Feinbäckerei, Café Spiller J. Frenal, Promenad. 30 J. Brot- u. Kuchenbäck. Stein & Sohn Hackepeter, Berliner Allee 48 Clara Wallersack-Gitarren, 304 Köln, Langhausstr. 146/147 u. 148

Das muß man sehen
den großen Schuhwaren-Saison-Ausverkauf!

Bis 50% Preis-ermäßigung!

Braune Damen-Stiefel	früh. bis 10.50, jetzt	5 ⁵⁰ M.
Schwarze Damen-Stiefel	mit Lack, jetzt	3 ⁹⁵ M.
Weisse Damen-Spangen	Gr. 36 u. 37, jetzt	75 Pf.
Div. Halbschuhe	braune u. schwarze v. 1 ⁵⁰ bis	4 ⁹⁰ M.
Diverse Herren-Stiefel		5 ⁵⁰ M.
Diverse Lackschuhe		2 ⁵⁰ M.
Damen-Hausschuhe		1 ⁸⁵ M.
Herren-Hausschuhe		2 ⁸⁵ M.
Mädchen-Stiefel	braune, schwarze u. weiße, 27/30, jetzt	3 ⁹⁵ 31/35 4 ⁴⁵ M.
Leinen-Schuhe: ein Restbestand		1 ⁸⁵ M.
Damen- und Herren-Pantofel		45 Pf.

Schuhhaus Kuntze
nur Gr. Frankfurter Str. 83, Eckladen.
Vorzeiger dieser Annonce erhält trotz d. billigen Preise 5% Rabatt!

Heute Schluß
der Verausgabung
doppelter Anzahl
Sparmarken

Warenhaus
Wilhelm Stein

Berlin N, Chausseestrasse 70-71

Heute Schluß
der Verausgabung
doppelter Anzahl
Sparmarken

Grosser Saison-Ausverkauf

Preisermässigung 10-50%

Beginn heute Sonnabend, den 5. Juli cr.

Kleider- u. Waschstoffe

1 Posten Waschmusseline mit Bordüre Mtr. 24 Pf.
1 Posten feiner Waschmusseline mit Bordüre Mtr. 52 Pf.
1 Posten Reinwoll. Musseline Mtr. 95, 75 Pf.
1 Posten Waschvoile 80 u. 110 cm breit Mtr. 98 Pf.
1 Posten Blusen-Zephir Mtr. 28, 38 Pf.
1 Posten Kostüm-Stoffe 110 u. 130 cm br., jetzt Mtr. 1.95, 95 Pf.

Damen-Konfektion

Voile-Blusen auf Futter, schöne Farben . . . 2.95
Imit. Leinen-Mäntel in Weiss 2.95
Imit. Leinen-Röcke weiss und écrü 2.45
Imit. Leinen-Kostüme 5.95
Staubmäntel, Kostüme in Marine, Schwarz und couleuré, bedeutend im Preise ermässigt.

Kinder-Konfektion

Kittelkleidchen in festen Waschstoffen, reich verziert, 45-60 cm Wert bis 3.20, jetzt 1.95
Waschkleidchen in geschmackvoller Ausführung, 45-60 cm Wert bis 5.45, jetzt 2.95
Waschkleidchen 65-100 cm, Wert bis 9.00, jetzt 5.45
Musselinkleider 45-60 cm, u. Knaben-Waschanzüge bis Grösse 10, bedeutende Preisermässigung.

Schuhwaren

Herren-Rindbox-Agraffen-Stiefel mit und ohne Lackkappe Paar 7.50
Damen-Chromleder-Schnürstiefel Lackkappe, Derbyschnitt, Preßfalt. Paar grün und beige, Paar 6.75
Damen-Schnür-, Knopf- und Salonschuhe grün und beige, Paar 3.90
Damen-Tennisschuhe braun, grau, mit kräftiger Chromledersohle Paar 2.45
Kinder-Tennisschuhe braun, grau, mit kräft. Chromledersohle, Paar Gr. 22-24 1.25 Gr. 25-30 1.65 Gr. 31-35 1.85

Damen-Leder-Reiseschuhe schwarz u. farbig, echte Ziege, biegsam Paar 2.65
Herren-Leder-Reiseschuhe schwarz u. farbig, echte Ziege, biegsam Paar 2.95
Damen-Stoff-Reiseschuhe mit Kordelsohle Paar 95 Pf.
Herren-Stoff-Reiseschuhe mit Kordelsohle Paar 1.10
Damen-Reise-Pantoffel Paar 55 Pf.

Strümpfe

1 Posten Damen-, Herren- u. Kinderstrümpfe Paar 18, 28, 38, 48, 68 Pf.

1 Posten halbseidene Regenschirme für Damen und Herren jetzt 1.95

1 Posten Damen- u. Herrenschirme in nur feiner Ausführung . . regulärer Wert bis 12.50, jetzt Stück 5.90

Regenschirme

Herren-Artikel

2 Posten bunte Oberhemden mit Manschetten durchgeh. Perkal, Stück: Posten I 2.45 Posten II 3.45

1 Posten Herren-Strohhüte ohne Rücksicht auf früheren Wert jetzt 1.35

1 Posten Knabenstrohhüte Stück 1.65, 50 Pf.
1 Posten Herren-Krawatten Regatta, offene Binder . Stück 55 Pf.

Damen-Wäsche

Damen-Fasson-, Achsel- u. Passen-Hemden, Kniebeinkleider, Röcke und Nachtjacken aus guten Stoffen m. feinen Stickerelen u. Seidenbanddurchzug
jetzt Serie I 1.28 Serie II 1.95 Serie III 2.95

Kinder-Wäsche

Knaben- und Mädchen-Hemden und Mädchen-Beinkleider
kleine Grössen mittlere Grössen grosse Nummern
Stück 50 Pf. 95 Pf. 1.45

Bade-Wäsche

Damen-, Herren- und Kinder-Trikots in Marine, Schwarz und gefingelt
Posten I kleine Grössen Posten II mittlere Grössen Posten III grosse Nummern
Stück 58 Pf. 85 Pf. 1.45

Damen-Hüte

Englische Hüte Wert bis 6.50 jetzt 2.95 ♦ Garnierte Hüte bis 50 Prozent Ermässigung ♦ Formen u. Hutblumen enorm billig!

Extra-Preise in Lebensmitteln

bis Dienstag, den 8. Juli.

Soweit Vorrat

Soweit Vorrat

Wurst und Fleischwaren

Blutwurst Pfund 55 Pf. | Zwiebelwurst Pfund 55 Pf. | Bauernbratwurst . . . Pfund 90 Pf. | Berliner Mettwurst . . Pfund 90 Pf.
Landleberwurst Pfund 95 Pf. | Feine Leberwurst . . . Pfund 1.05 | Fleisdiwurst Pfund 1.00 | Schinkenspeck Pfund 1.20
Kassler Rippespeer . . Pfund 95 Pf. | Rückenfeil Pfund 58 Pf. | Speck fett Pfund 90 Pf. | Mettwurst Pfund 95 Pf.
Junge lebende Tauben . . Stück 45 Pf. | Himbeersaft in Raffinade eingekocht m. Kirschsafte gefärbt Fl. 85 Pf. | Junge lebende Hühner St. 70-90 Pf.

Käse

Tilsiter Käse in kleinen 1/4 Pfund 20 Pf. | Schweizer Käse in kleinen 1/4 Pfund 25 Pf. | Limburger Stück 65 Pf. | Romatur Stück 30 Pf.
Camembert Stück 25 Pf. | Faust-Käse 3 Stück 25 Pf. | Spitzkäse 3 Stück 25 Pf. | Landkäse Stück 18 Pf.

Gemüse und Obst

Wirsingkohl Kopf 15 Pf. | Mohrrüben 3 Bund 10 Pf. | Kohlrabi Mandel 18 Pf. | Salat 4 Kopf 10 Pf.
Gurken Stück 10 Pf. | Erdbeeren Pfund 38 Pf. | Blaubeeren Pfund 25 Pf. | Stachelbeeren reif . . . Pfund 20 Pf.
Neue Matjes-Heringe Stück 10 Pf. | Neue blaue Magdeb. Kartoffeln 5 Pfund 35 Pf.

Warenhaus Hermann Tietz

Soweit Vorrat

Frankfurter Allee

Soweit Vorrat

Saison = Ausverkauf

Diese Woche

Soweit Vorrat

Dieser Verkauf erstreckt sich auf fast alle Abteilungen. Sämtliche Waren, die dem Wechsel der Mode unterworfen sind, sollen vor Saisonschluss unbedingt geräumt werden

Preise teilweise bis zur Hälfte herabgesetzt.

Damen- und Kinder-Konfektion

Gr. Posten Batist-Blusen reich garniert	85 Pf. 1 ⁴⁵ 1 ⁹⁰	Kostüm-Röcke aus leinenartigen Stoffen	1 ⁶⁵ 2 ⁹⁰ 4 ⁷⁵
Gr. Posten Voile-Blusen elegante Ausführung	1 ⁹⁰ 2 ⁷⁵ 3 ⁷⁵	Damen-Ulster aus englisch-artigen Stoffen	2 ⁹⁰ 5 ⁷⁵ 7 ⁷⁵
Gr. Posten Batist- u. Stickereikleider	3 ⁹⁰ 7 ⁵⁰ 12 ⁷⁵	Staub- und Reisemäntel aus div. Stoffen	4 ⁹⁰ 7 ⁵⁰ 9 ⁷⁵
Gr. Posten Musselinkleider	6 ⁷⁵ 9 ⁷⁵ 12 ⁷⁵	Damen-Kostüme aus englisch-artigen Stoffen	8 ⁵⁰ 13 ⁷⁵ 18 ⁷⁵

Ein sehr groß. Posten eleg. Seiden-Blusen
nur moderne Fassons
2⁹⁰ 3⁹⁰ 4⁹⁰ 5⁹⁰

Ein sehr groß. Posten Kostüm-Röcke
aus Stoffen engl. Geschmacks oder blau la Verarbeitung, moderne Fassons
2⁹⁰ 4⁹⁰ 7⁵⁰ 10⁷⁵

Mädchen-Kleider
aus guten 2²⁵ 3⁷⁵ 4⁷⁵
Waschstoffen
Knaben-Anzüge
aus guten 70 Pf., 1²⁵ 1⁷⁵
Waschstoffen

Ein großer Posten Knaben-Hosen
aus Waschstoffen und Buxkin
85 Pf. 1³⁵ 1⁹⁰

Handschuhe

Strümpfe

Trikotagen

Lange Halbhandschuhe Zwirn durchbrochen	15, 25 Pf.
Lange Fingerhandschuhe Zwirn durchbrochen	35, 55 Pf.
Lange Halbhandschuhe reine Seide	65, 85 Pf.
Lange Fingerhandschuhe reine Seide gemustert	95 Pf. 1 ⁴⁵

Damenstrümpfe schwarz und leder	Herren- u. Schweißsock. } Paar 25 Pf.
Damenstrümpfe schwarz, leder und geringelt	Herren- u. Schweißsock. } Paar 33 Pf.
Damenstrümpfe durchbrochen und glatt	Herrensocken schwarz, farbig u. Schweißsocken } Paar 42 Pf.

Herren-Einsatzhemden neue Muster	1 ²⁵ 1 ⁷⁵ 2 ²⁵
Knaben-Hemden, Hosen macofarbig	alle Größen 75 Pf.
Direktoire-Beinkleider viele Farben	75 Pf. 1 ¹⁵
Knaben-Sweaters äusserst preiswert	Grösse 35-40 48, ⁴⁵ / ₈₅ 58 Pf.

Waschstoffe

Damenwäsche

Seidenstoffe

Baumwoll. Musseline mit und ohne Bordüre	25, 35 Pf.
Zephir in verschied. Streifen, moderne Muster	25, 35 Pf.
Voile mit Bordüre, moderne Muster	45, 60 Pf.
Foulardine seidenglänzend, moderne Muster	45, 65 Pf.

Hemden □ Jacken □ Beinkleider aus guten Stoffen, Stück	100 135
Hemden aus guten Stoffen verschiedene Passen	145 165
Untertaillen mit Stickerei gute Ausführung	60, 95 Pf.
Kinderwäsche, Hemden u. Beinkleider Serie I	65 Pf., Serie II 95 Pf.
Kinderjacken aus Flauschstoffen gute Qualität	Stück 65 Pf.

Reinseld. Foulard mit kleinen Mustern	75 Pf.
Reinseld. Messaline schwarz u. einfarbig	95 Pf.
Reinseld. Blusenstoffe Sobotten u. Streif., Mir.	95 Pf.
Reinseld. Blusenstoffe sehr elegante Qualitäten, Mir.	1 ⁶⁵
Satin Liberty elegantes fließendes Gewebe, 90 cm breit	3 ⁹⁰

Schweiz. Stickereistoff
mit kleinen Fehlern Mtr. 45, 65, 95 Pf. 1²⁵

Schuhwaren

Herrenartikel

Kleiderstoffe

Damen-Haus- und Reiseschuhe	170
Rindleder-Sandalen 25 2 ²⁵ 27 2 ⁵⁵ 31 2 ⁸⁵ 35 3 ⁴⁵ 43 3 ⁸⁵	
Kinder-Stoffstiefel breite Fassons	240 290 350
Damen-Stoffhalbschuhe in verschiedenen Ausführungen	3 ⁹⁰

Oberhemden farbig, durchgehend Perkal, mit festen Manschetten	1 ⁴⁵
Oberhemden farbig, Perkal-Einsatz mit festen Manschetten	1 ⁸⁵
Oberhemden farbig, mit wascheid. Einsatz und festen Manschetten	2 ⁹⁰
Oberhemden farbig, durchgehend Perkal, moderne kleine Muster, mit festen Manschetten	2 ⁸⁵ 3 ⁷⁵
Offene Binder Regattes und Schleißen	25, 35, 45 Pf.
Stehkragen Leinen 4fach, verschiedene Formen und Höhen	1 ²⁵
Manschetten Leinen, 4fach, verschiedene Formen	2 ³⁵ 2 ⁹⁵
Südwester f. Knaben u. Mädchen, versch. Unterränd.	35, 45, 65 Pf.
Matrosen-Hüte für Knaben u. Mädchen	35, 65 Pf.
Knaben-Basthüte mit Garter, natur, federleicht	95 Pf. 1 ⁴⁵

Woll-Musseline mit und ohne Bordüre	45 Pf.
Woll-Batist mit eleganter Bordüre, in allen Dessins	75 Pf.
Schwarz-Grenadine klares Gewebe	95 Pf.
Voile moderne Farben, mit feinen Streifen, 110 cm breit	1 ²⁵
Kostümfstoffe graue, schwere Qualitäten, 120 cm breit	1 ²⁵
Damen-Hüte und Südwester Strohhut u. d. in englischem Geschmack	95 Pf.

Sonder-Angebot! **Moderne Formen!**

Damen-Chevreaux-Stiefel Schwarz 6⁹⁰ Braun 7⁹⁰

Damen-Halbschuhe Schwarz Chevreaux 5⁹⁰ Braun Chevreaux 6⁹⁰ Lack-Leder 7⁹⁰

Besonders preiswert! **Mit Derbyschnitt!**

Reste und Coupons zu Einheitspreisen:

Wollstoff-Reste u. Coupons	Waschstoff-Reste	Seidenstoff-Reste u. Coupons
Meter 45, 75, 95 Pf., 1 ²⁵	Serie I II III IV Meter 25, 35, 50, 75 Pf.	Meter 65, 95 Pf., 1 ³⁵ 1 ⁶⁵